



DIE POLITISCHE ARBEIT DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN 2019-2021

BERICHT ZUM ERSTEN DIGITALEN ORDENTLICHEN
LANDESPARTEITAG AM 24. APRIL 2021



EINFACH SCHÖNER ARBEITEN.

Unser Tagungshaus am Kellersee, im Herzen der Holsteinischen Schweiz gelegen, bietet einen besonderen Rahmen für Klausurtagungen und Workshops. Ausgestattet mit Badesteg und Ruderbooten, Bibliothek, Billardraum und einem gemütlichen Bierkeller hat das Haus viele Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung vor Ort. Sprecht uns an!

Für alle Gliederungen der SPD gibt es 10% Nachlass auf die Gesamtrechnung.

BERICHT DES LANDESVORSTANDES	4
BERICHT DES SCHATZMEISTERS	10
BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION	13
BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION	14
DIE ARBEIT DES LANDESPARTEIRATES	15
BERICHT DES LANDESGESCHÄFTSFÜHRERS	16
POLITISCHE BILDUNGSARBEIT 2019-2021	21
LANDESPARTEITAGE DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN	22
ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, FOREN UND ARBEITSKREISE	
AFA	24
AFB	25
AG 60plus	26
AG MIGRATION UND VIELFALT	27
AGS	28
ASF	29
ASG	30
SPDqueer	31
AK SPD, KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN	32
UMWELTFORUM	32
<i>(Die Berichte der SGK, ASJ, des EuropaForums, des AK Digitale Gesellschaft und der Jusos lagen zu Redaktionsschluss nicht vor bzw. werden dem Landesparteitag anders vorgelegt)</i>	
DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION	34
DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN	46
EINZELBERICHTE DER SECHS BUNDESTAGSABGEORDNETEN	48
DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT	57

POLITISCHER BERICHT DES LANDESVORSTANDES FÜR DIE JAHRE 2019-2021

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

die zurückliegenden zwei Jahre gehören sicher zu den besonderen in der langen Geschichte der Nord-SPD. Das Corona-Virus hat auch unser Parteilieben kräftig durcheinandergewirbelt. Umso stolzer sind wir darauf, wie gut und wie schnell wir uns als Partei von den Ortsvereinen, über die Kreisverbände bis zu den Arbeitsgemeinschaften und dem Landesvorstand an die neuen Rahmenbedingungen angepasst haben. Besonderen Respekt haben wir dafür, wie ihr euch unter diesen schwierigen Bedingungen um die Aufstellung von Direktkandidat*innen und Delegierten für die Landeswahlkonferenz gekümmert habt.

Obwohl wir gerade in dieser Zeit als Partei an einem Strang gezogen haben und zusätzlich zusammengewachsen sind, können wir es natürlich nicht erwarten, dass wir uns wieder wie gewohnt bei Sitzungen und in geselligen Runden direkt begegnen können. SPD ist auch ein wenig Familientreffen. Dazu gehört, dass man sich auch mal in den Arm nehmen kann. Ohne das fehlt etwas. Gleichzeitig ist unser Wunsch als Landesvorstand, dass wir einen Teil der neu erlernten Arbeitsformen bewahren. Sie können dazu beitragen, dass unsere Partei mehr Mitmach-Möglichkeiten für Menschen mit kleinen Kindern, in Schichtarbeit oder mit anderen erschwerenden Vorbedingungen bietet. Das macht uns insgesamt stärker.

Trotz oder gerade wegen der Corona-Pandemie, haben wir auch in diesen zwei Jahren bewiesen, dass Schleswig-Holstein zwar ein kleiner, aber ein lauter und selbstbewusster SPD-Landesverband ist. Es ist ein Zeichen besonders guter Arbeit, dass wir nun schon seit sechs Jahren durchgehend im Parteipräsidium vertreten sind. Unsere Landesvorsitzende Serpil Midyatli ist zudem neben ihrer Arbeit als stellvertretende Parteivorsitzende für den wichtigen familienpolitischen Teil des Regierungsprogramms für die Bundestagswahl zuständig. Das zeigt, dass unsere Arbeit im Norden gesehen und geschätzt wird. Unser Landesvorstands-Team und die hauptamtlichen Mitarbeiter*innen sind ebenfalls im Ver-



Serpil Midyatli auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2019

gleich zu anderen Landesverbänden eine kleine Gruppe. Das ändert aber nichts an unserer politischen Schlagkraft. Mit vielen ehrenamtlichen und teilweise neuen Mitgliedern haben wir nach dem Landesparteitag im März 2019 schnell eine sehr kollegiale Zusammenarbeit mit klar definierten Zuständigkeiten gefunden. Vor allem haben wir uns als Team verstanden, das füreinander einsteht. Deshalb haben wir unseren Rechenschaftsbericht auch – anders als in den letzten Jahren – gemeinsam verfasst und auf Einzelberichte verzichtet.

PARTEI IN BEWEGUNG UND IM SCHULTERSCHLUSS MIT DER GESELLSCHAFT

Eines unserer ersten Ziele war es, die Verbindung der SPD Schleswig-Holstein zu gesellschaftlichen Gruppen zu vertiefen. Als Oppositionspartei ohne großen Regierungsapparat brauchen wir Expertise und Hinweise von außen. Dafür haben wir systematische Bündnisarbeit betrieben. Dazu gehörte als erster Schritt, dass wir die Sozialdemokrat*innen, die in Vereinen, Verbänden, Unternehmen und anderen öffentlichen Funktionen gut vernetzt sind, angesprochen und eingebunden haben. Zudem haben wir unsere Verteiler aktualisiert, um auch die zu erreichen, die im Herzen Sozialdemokrat*innen sind, aber kein Parteibuch haben.

Wir haben von Anfang an das Volksbegehren gegen Fracking unterstützt. Insgesamt ziehen wir aus dem Prozess eine sehr positive Bilanz.

Unsere Ortsvereine haben hunderte Plakate aufgehängt und tausende Unterschriften gesammelt. Durch die Kampagne wurde eine Debatte in Schleswig-Holstein angestoßen. Zudem hat die Landesregierung aufgrund des öffentlichen Drucks viele der Forderungen der Volksinitiative übernommen. Politisch haben wir das als Landesvorstand mit einem Wasserpapier begleitet, das breit in die Partei gestreut wurde. Für uns bleiben das Thema und das Papier auch nach dem Volksbegehren wichtig. Die SPD hat den Schutz des Wassers im Blick – auf allen Ebenen.



Der enge Kontakt zu den Gewerkschaften ist seit jeher ein Kernanliegen unserer Partei. Regelmäßig kommen Vertreter*innen des DGB und der Einzelgewerkschaften im Gewerkschaftsrat mit dem SPD-Landesvorstand zusammen. Neu eingeführt haben wir einen „Jungen Gewerkschaftsrat“ in Zusammenarbeit mit den Jusos. In diesem Gremium steht insbesondere die Situation von Auszubildenden, dualen Studierenden und jungen Beschäftigten im Mittelpunkt. Besonders intensiv haben wir uns um die Unterbringung von Auszubildenden während des Blockunterrichts in den Landesfachklassen gekümmert. Wir wollen eine unbürokratische Unterstützung, damit niemand mehr im Auto oder Zelt übernachten muss. Dazu sind wir mit den Gewerkschaften, der Handwerkskammer und der Landesregierung im Gespräch und hoffen auf ein baldiges Ergebnis.

Nachdem der Auftrag für das Mehrzweckkampfschiff 180 an eine niederländische Werft vergeben wurde, steht der Marineschiffbau in Schleswig-Holstein vor einer Neustrukturierung. Die Corona-Krise hat die Not in der Branche weiter verschärft. Gemeinsam mit der IG Metall Küste haben wir einen Zukunftsdialog für den Schiffbau angestoßen. Dazu haben Gespräche mit Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und den

zuständigen Abgeordneten aus der SPD-Bundestagsfraktion stattgefunden. Ziel bleibt, dass die Verteidigungsministerin mit ihrer Beschaffungspolitik die Voraussetzung dafür schafft, dass die hochqualifizierten Industriearbeitsplätze in Schleswig-Holstein erhalten bleiben.

Um die Situation der Beschäftigten von Karstadt haben wir uns in Zusammenarbeit mit den betroffenen SPD-Kreisverbänden und ver.di intensiv gekümmert. Es ist ein großer Erfolg, dass es durch den Einsatz von Bürgermeister Jan Lindemann und der SPD gelungen ist, den Standort in Lübeck zu erhalten.

Besonders wichtig ist uns auch die Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden. Gemeinsam mit dem Kulturforum haben wir viele Künstler*innen sowie kulturelle Institutionen im Land besucht. Gerade im Jahr 2020 stand dabei die Bewältigung der Folgen der Corona-Krise für die Kultur im Mittelpunkt. Dafür haben wir uns unter anderem mit Landtagsinitiativen erfolgreich eingesetzt.

Beim polnischen Theater Kiel, im jüdischen Museum Rendsburg oder am digitalen runden Tisch mit der Flensburger Kulturszene, bei den Gesprächen und Besuchen im ganzen Land, aber auch bei der jährlichen Klausur des Kulturforums hat sich der Kontakt zwischen SPD-Landesverband und Kulturforum Schleswig-Holstein weiter intensiviert. Bei der Entwicklung einer kulturpolitischen Positionierung der Landes-SPD spielt dieser Austausch eine wichtige Rolle. Ob gesetzliche Kulturquote, Kultur als Staatsziel oder Kulturorte als Dritte Orte der gesellschaftlichen Begegnung, die Ideen sind vielfältig – in naher Zukunft werden wir sie zu einem konkreten kulturpolitischen Programm weiterentwickeln.

EINE NEUE POLITIK FÜR EINE NEUE ZEIT

Das politische Schwerpunktthema der SPD Schleswig-Holstein war in den letzten zwei Jahren „Arbeit im 21. Jahrhundert“. Zu der Thematik haben Fachgespräche mit Betriebsräten und Gewerkschaften ebenso wie mit dem Unternehmerverband Nord stattgefunden. Unter Beteiligung von Wissenschaftler*innen haben wir im Landesvorstand Anträge zu den Themen Zeitsouveränität, Fachkräftemangel, Automatisierung und New Work entwickelt. Die Ergebnisse sind im Landesparteirat beschlossen worden und werden

weit über die Grenzen von Schleswig-Holstein hinaus diskutiert. Mit unseren Vorschlägen zur Zukunft der Arbeit haben wir einen Nerv getroffen und viele der erst durch die Corona-Pandemie in der Breite deutlich gewordenen Veränderungsprozesse offengelegt.



Postkartenaktion zur Zukunft der Arbeit

Auch in anderen Feldern haben wir bundesweit Akzente gesetzt. Der letzte ordentliche Landesparteitag hat uns den Auftrag gegeben, auf Basis der eingereichten Anträge eine Position zur Rentenpolitik zu erarbeiten. Als Landesvorstand haben wir die Positionsentwicklung der Parteilgliederungen moderiert. Am Ende des Prozesses stand ein Beschluss zur zukünftigen Rentenpolitik, den wir auch in die Rentenkommission des Bundesparteiorgans eingebracht haben. Allen Vertreter*innen der am Prozess beteiligten Gliederungen möchten wir herzlich für ihren Einsatz danken.

Als Landesvorstand haben wir uns das Ziel gesetzt, uns politisch zum Thema Prostitution zu positionieren. Bei einem gemeinsamen Besuch mit der ASF Schleswig-Holstein bei der Beratungsstelle Cara*SH in Neumünster im Februar 2020 haben wir uns über Auswirkungen des Prostituiertenschutzgesetzes und die vorhandenen Probleme rund um Sexarbeit informiert. Anschließend haben wir im Landesvorstand beschlossen, Diskriminierung und Stigmatisierung von Prostituierten klar entgegenzutreten. Wir lehnen ein Sexkaufverbot ab und fordern den Ausbau von Hilfen und Beratung für Sexarbeiter*innen. Auch der Parteivorstand der Bundes-SPD hat im November 2020 einen entsprechenden Beschluss gefasst.

In die bundesweite Diskussion zur nuklearen

Teilnahme haben wir uns eingebracht. Auftakt war eine Debatte mit unserer Europaabgeordneten Delara Burkhardt und dem Bundestagsabgeordneten Mathias Stein im Landesvorstand. Es folgte eine öffentliche Veranstaltung mit dem Bundestagsfraktionsvorsitzenden Dr. Rolf Mützenich und weiteren Fachpolitiker*innen zu diesem Thema. Den darauf aufbauenden Beschlussentwurf haben wir Oktober 2020 im Landesvorstand behandelt. Für uns als SPD Schleswig-Holstein ist klar: Nukleare Waffen müssen aus Deutschland abgezogen werden.

Und auch landespolitisch haben wir die öffentliche Debatte vorangebracht. Wir waren die ersten, die sich der schwierigen Situation der Innenstädte im Land angenommen haben. Der dort schon lange laufende Strukturwandel wurde durch Corona zusätzlich verstärkt. Viele Einzelhändler*innen kommen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Die Schließungen von Karstadt-Filialen waren das sichtbarste Zeichen für diese Entwicklung. Wir haben konkrete Vorschläge für die Neuerfindung der Innenstädte im Land gemacht. Im Rahmen der Verhandlungen für den Nachtragshaushalt konnten wir diese Projekte sogar aus der Opposition heraus im Haushalt verankern. Es gibt dank uns einen ersten Fördertopf im Volumen von 10 Millionen Euro, der den Kommunen für die anstehenden Veränderungen zur Verfügung steht.

Vorangebracht haben wir auch die öffentliche Debatte zur Neuausrichtung der Agrarpolitik im Land. Auf Grundlage der Beschlüsse auf dem Landesparteitag ist eine Broschüre in der Landtagsfraktion entstanden. Zu diesen Thesen haben wir im Anschluss einen Dialogprozess mit Akteur*innen aus der Landwirtschaft gestartet.

KONSTRUKTIVE OPPOSITION IM LANDTAG

Zu unserem Profil als Nord-SPD gehört, politische Verantwortung für die Menschen im Land zu übernehmen. Fast drei Jahrzehnte haben wir regiert und wir sind jederzeit bereit, wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auf uns kann man sich verlassen. Deshalb haben wir in der Corona-Krise, wo es nötig war, eng mit der Landesregierung zusammengearbeitet und beispielsweise durch unsere Zustimmung zum Nachtragshaushalt die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes sichergestellt. Wir haben aber

auch kritisiert, wenn es notwendig war und so unseren Beitrag zum Wohl des Landes geleistet.

Nach drei Jahren Jamaika-Regierung kann man festhalten, dass es sich nicht um ein neues Politikmodell, sondern um ein Zweckbündnis handelt, das sich bei den großen Zukunftsfragen gegenseitig auf den Füßen steht. Die Konflikte innerhalb der Regierung werden immer deutlicher. Ein Projekt nach dem anderen scheitert oder kann die Erwartungen nicht erfüllen. Sichtbar wird das beispielsweise an der Kita-Reform, die niedrigere Beiträge, höhere Qualität und Entlastungen für die Kommunen versprochen hat. Wie von uns bereits vor der Reform angekündigt, wird am Ende keines dieser Versprechen flächendeckend erfüllt sein. Der Frust auf allen Seiten ist groß. Ähnlich ist es mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien im Land, der unter Jamaika eine Vollbremsung erlebt hat. Auch die A20 und andere große Bauprojekte kommen nicht vom Fleck. An diesen Stellen gehen wir hart in die Auseinandersetzung. Aber immer um der Sache wegen.

Unser konstruktiver Stil in der Opposition zeigt sich exemplarisch an den Verhandlungen zum Nachtragshaushalt. Die Landesregierung brauchte aufgrund der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse unsere Zustimmung für die Kreditaufnahme. Als SPD haben wir uns unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein gestellt und die Handlungsfähigkeit des Landes gesichert. Unsere Bedingung war, dass von diesem Nachtragshaushalt ein Modernisierungsschub ausgehen muss. Damit waren wir in den Verhandlungen sehr erfolgreich. Das Ergebnis sind unter anderem 120 Millionen Euro für den Schulbau, 124 Millionen Euro zur Unterstützung unserer Krankenhäuser, zusätzliche 60 Millionen Euro für bezahlbare Wohnungen, ein Fonds für mehr Attraktivität in den Innenstädten und weitere 17 Millionen Euro für digitale Endgeräte für Schüler*innen. Mit diesen SPD-Akzenten im Paket wird Schleswig-Holstein moderner und gerechter. All das ist durch Umschichtungen im Vorschlag der Landesregierung gelungen, so dass dadurch keine zusätzlichen Schulden gemacht werden.

DENKFABRIK – IMPULSE FÜR UNSER

LANDTAGSWAHLPROGRAMM



Unsere Landesvorsitzende Serpil Midyatli hat die einst von Björn Engholm eingerichtete Denkfabrik neu begründet. Darin entwickeln rund 20 hochkarätige Expert*innen Zukunftsvisionen für Schleswig-Holstein. Der Ausgangspunkt der Überlegungen war die Frage, für wen die SPD in der aktuellen Zeit Politik macht. Mehr und mehr tragen wir die Debatten der Denkfabrik in die Partei. So hat beispielsweise der Landesparteirat im Herbst 2020 gemeinsam mit der Denkfabrik getagt und die Mitglieder der Denkfabrik besuchten Kreisvorstände und Ortsvereine, um die diskutierten Thesen vorzustellen. Am 6. Dezember 2020 hat die Denkfabrik gemeinsam mit SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil auch über die bundespolitischen Bezüge ihrer Überlegungen diskutiert. Die Ergebnisse des Prozesses sollen als Impulse in die Programmarbeit der Nord-SPD zur Landtagswahl 2022 eingehen.

EINE EUROPAWAHL MIT LICHT UND SCHATTEN

Mit dem Ergebnis der Europawahl im Mai 2019 können wir als SPD Schleswig-Holstein nicht zufrieden sein. Auch wenn die Gründe dafür weniger bei uns im Land lagen, ist es ein Weckruf, wenn die SPD nur auf Platz drei landet. Wir haben in Land und Bund die richtigen Schlussfolgerungen aus dem Wahlergebnis gezogen. Zudem freuen wir uns, dass Schleswig-Holstein durch Delara Burkhardt weiterhin mit einer SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten ist.

Im Europa-Wahlkampf haben wir mit Enrico Kreft und Delara Burkhardt auf das Konzept einer Doppelspitze gesetzt. So konnte eine sehr hohe

SPD-Präsenz im ganzen Land erreicht werden. Auch unsere weiteren Kandidat*innen für das Europaparlament haben dazu mit Fleiß beigetragen. Damit haben wir viel aus der schwierigen Ausgangslage gemacht. Der Wahlkampf für die Europawahl wurde im Anschluss evaluiert. Die Ergebnisse fließen in den Strategie-Prozess für die Landtagswahl ein.

WAHLERFOLGE IN DEN KOMMUNEN

Die Stärke der Nord-SPD zeigt sich an den Erfolgen bei den Bürgermeister*innenwahlen. Keine andere Partei hat in den letzten zwei Jahren so viele Wahlen in den Städten und Gemeinden von Schleswig-Holstein gewonnen. Beispiele dafür sind Stephan Dose in Schleswig, Ulf Kämpfer in Kiel oder Ulrike Schmidt in Henstedt-Ulzburg. Wir könnten viele weitere aufzählen. Als Landesvorstand ist es uns wichtig, engen Kontakt zu unseren erfolgreichen Bürgermeister*innen zu halten. Sie sind bekannte und beliebte Gesichter der SPD Schleswig-Holstein. Eine starke öffentli-



Im Mai 2021 steht die Bürgermeisterwahl in Neumünster an. Es ist die letzte kreisfreie Stadt, deren Rathaus nicht sozialdemokratisch geführt wird. Tobias Bergmann und die SPD Neumünster haben unsere volle politische und organisatorische Unterstützung für den Wahlkampf.

DIE PARTEIREFORM MIT LEBEN FÜLLEN

Über ein Jahr haben wir in drei Projektgruppen die Wahlen im Jahr 2017 und den Zustand unserer Parteiorganisation evaluiert. Am Ende stand eine Reihe von konkreten Vorschlägen, die auf dem letzten ordentlichen Landesparteitag 2019 in Norderstedt beschlossen wurden. Als Landesvorstand haben wir uns zur Aufgabe gemacht, diese Vorschläge mit Leben zu füllen und den

begonnenen Reformprozess fortzuführen. Dabei unterstützt hat uns der Landesmitgliederbeauftragte Hendrik Schwind-Hansen.

Zu den konkreten Projekten gehört die Entwicklung und der Beschluss einer neuen Landessatzung mit mehr Transparenz bei Listenaufstellungen, einer Jugendquote sowie die Stärkung von Frauen durch eine Gleichstellungsbeauftragte. Aufgrund der Absagen des Landesparteitages im März 2020 und die Einigung auf einen digitalen Landesparteitag im April 2021 musste die endgültige Beschlussfassung über die neue Satzung vertagt werden, die nur in einer Präsenzsitzung erfolgen kann.

Wir haben eine Mitgliederbefragung durchgeführt. In die Befragung wurde auch das Monitoring von Diskriminierungserfahrungen in der SPD Schleswig-Holstein aufgenommen. Zudem haben wir einen Leitfaden für ein transparentes Verfahren für die Aufstellung der Direktkandidat*innen für den Bundestag entwickelt, der von den Kreisverbänden sehr gut angenommen und umgesetzt wurde.

Die stärkere Förderung von Talenten innerhalb der Nord-SPD haben wir durch die Neuauflage des Nachwuchsqualifizierungsprogramms vorangebracht. Das Programm läuft gerade an, da sich der Start aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie verzögert hat.

FÖRDERUNG VON FRAUEN IN DER SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN

Die verstärkte Förderung von Frauen im Landesverband war eines der Ergebnisse des Reformprozesses. Dazu haben wir ein Frauenseminar durchgeführt, das auf große Nachfrage gestoßen ist. Dieses Angebot wollen wir fortführen. Zudem haben wir eine Projektförderung eingeführt, die Parteigliederungen beantragen können, wenn sie Aktionen oder Veranstaltungen zur Förderung von Frauen durchführen. Mit Dorothea Siemers haben wir zudem eine kommissarische Gleichstellungsbeauftragte gewählt, die uns als Landesvorstand bei der frauenpolitischen Arbeit unterstützt. Die Funktion soll in der neuen Landessatzung fest verankert werden.

SCHLESWIG-HOLSTEIN IN DER MITTE EUROPAS

Die SPD Schleswig-Holstein pflegt seit vielen Jahren enge Kooperationen im Ostsee-Raum. Viele unser fest eingeplanten Reisevorhaben mussten aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt oder verschoben werden. Das betraf auch Veranstaltungen rund um das 100. Jubiläum der deutsch-dänischen Grenzziehung. Den Faden werden wir wieder aufnehmen. Wir sind fest entschlossen, die bestehenden Kontakte nach Ende der Reisebeschränkungen mit voller Kraft zu reaktivieren.

Neben dem Austausch im Ostseeraum insgesamt nimmt die Zusammenarbeit mit Dänemark und der Kontakt zu den Minderheiten in Schleswig-Holstein einen hohen Stellenwert für die SPD ein. Der Austausch ist eng und der Dialog beständig. So waren wir als Gastredner*innen auf dem Parteitag des SSW vertreten und haben eine gemeinsame Vorstandssitzung mit dem SSW durchgeführt.

STRATEGIE FÜR DIE WAHLEN IN 2021 UND 2022

Gemeinsam mit unserem Team in der Landesgeschäftsstelle sind wir bereits in die Planungen für die Bundestags- und Landtagswahl eingestiegen. In einer Roten Koordinierung zwischen den geschäftsführenden Vorständen von Landesverband und Fraktion stimmen wir uns in der politischen Planung eng ab. Hinzu kommt die Intensivierung der Kontakte zu möglichen Bündnispartner*innen im Land. Dafür haben wir gemeinsame Vorstandssitzungen mit den Grünen, der FDP und dem SSW durchgeführt. Das werden wir fortführen, so dass wir für die anstehenden wichtigen Wahlentscheidungen gut gerüstet sind.

Die letzten zwei Jahre waren nicht einfach. Wir haben uns aber stets durch eure Unterstützung getragen gefühlt. Dafür sagen wir herzlich Danke! Die SPD Schleswig-Holstein ist etwas ganz Besonderes. Und es ist eine große Ehre für uns, euer Landesvorstand zu sein.

MIT SOLIDARISCHEN GRÜßEN

Serpil Midyatli, Sönke Rix, Sophia Schiebe, Stefan Bolln, Kirsten Eickhoff-Weber, Clemens Teschen-dorf, Marc Timmer, Christopher Keiichi Schmidt, Aylin Cerrah, Enrico Kreft, Wiebke Tischler



EINE GUTE ORGANISATION IST DAS FUNDAMENT FÜR GUTE POLITIK

Von Stefan Bolln, Landesschatzmeister

Wenn die Überschrift stimmt, müssten wir in den nächsten Jahren in Schleswig-Holstein die Wahlen reihenweise gewinnen. Aber so leicht wird es wohl nicht...

Der vorherige Landesvorstand hatte die Grundlage für wichtige Entscheidungen zur Umstrukturierung von Verwaltungsarbeiten und zur überregionalen Zusammenarbeit für den neuen Landesvorstand vorbereitet, sowie mir den Auftrag erteilt einen Entschuldungsplan für den Landesverband zu erarbeiten. Der neue Landesvorstand hat nach seiner Wahl 2019 die entsprechenden Beschlüsse gefasst.

Die wichtigsten Ergebnisse sind, dass wir mit dem ServiceCenter der SPD, der Agentur SOZ.IS und der SPD-eigenen „Office Consult“ eine neue engere Zusammenarbeit vereinbart haben und unser Dienstleistungsnetzwerk verbreitern konnten. Mit der Bundesschatzmeisterei haben wir einen Tilgungsplan für die Altschulden bis zum



Jahre 2028 vereinbart. Bis dahin schreiben wir jedes Jahr 140 Tsd. € ab.

Wir haben dabei immer unsere betroffenen hauptamtlichen Mitarbeiter*innen eingebunden und auch die ehrenamtlichen Kräfte nicht vernachlässigt, sondern hatten immer ein offenes Ohr für die Anregungen. Im Ergebnis hat das zu einem Schuldenabbau in Höhe von 837 Tsd. €

MITGLIEDERBESTAND, STICHTAG: 30.12.2020

SPD KREISVERBAND	Mitglieder	männlich/ %	weiblich/ %
KIEL	1.522	996/ 65,44	526/ 34,56
NEUMÜNSTER	345	235/ 68,12	110/ 31,88
PLÖN	1.136	703/ 61,88	43/ 38,12
RD-ECK	1.920	1.211/ 63,07	709/ 36,93
FLENSBURG	301	202/ 67,11	99/ 32,89
NORDFRIESLAND	966	632/ 65,42	334/ 34,58
SCHL.-FLENSBURG	1.222	800/ 65,47	422/ 34,53
DITHMARSCHEN	777	499/ 64,22	278/ 35,78
PINNEBERG	1.571	976/ 62,13	595/ 37,87
SEGEBERG	1.152	765/ 66,41	387/ 33,59
STEINBURG	737	469/ 63,64	268/ 36,36
LÜBECK	996	647/ 64,96	349/ 35,04
LAUENBURG	1.013	697/ 68,81	316/ 31,19
OSTHOLSTEIN	1.170	742/ 63,42	428/ 36,58
STORMARN	1.211	772/ 63,75	439/ 36,25
GESAMT	16.039	10.346/ 64,51	5.693/ 35,49

in den Jahren 2018 und 2019 geführt. Am Ende des 3. Quartals 2020 verbuchten wir den Schuldenstand der Landes SPD erstmals unter 400 Tsd. €. Das letzte Mal gab es das am Ende des Jahres 2008. Berücksichtigt man, dass uns das Walter-Damm-Haus in Kiel gehört und in Treuhand von der SPD eigenen Immobilienverwaltung gehalten wird, können wir feststellen, dass die SPD Schleswig-Holstein finanziell gesundet ist.

Bevor ich zu den Zahlen im Detail komme, möchte ich dem Vorstand, den vielen Kreis- und Ortsvereinsvorständen und unseren insgesamt 24 Arbeitnehmer*innen, ver.di und der Bundes-schatzmeisterei danken. Ohne diese Teamleistung hätten wir die Wende bei unseren Finanzen nicht erreicht.

Nur am Rande sei bemerkt, dass wir mit ver.di und unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Tarifvertrag um zwei weitere Jahre ohne große Probleme verlängern konnten. Dabei haben wir vereinbart, dass wir die politische Vorgabe der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich gemeinsam umsetzen wollen. Diese Umsetzung wird auch eine Arbeit der nächsten Monate für mich sein. Wir werden weiterhin zeigen, dass man schwierige Zeiten mit Gewerkschaft und den Beschäftigten gemeinsam nutzen kann, um Arbeit und Familie besser vereinbar zu machen. Unsere Zahlen im Detail s.u. in der Übersicht des Reinvermögens.

Die Gesamteinnahmen aller SPD-Gliederungen inkl. Landesverband betragen 2019 4,05 Mio. €. Die Gesamtausgaben aller SPD-Gliederungen inkl. Landesverband betragen 2019 3,25 Mio. €.

Die Einnahmen des Landesverbands aus Mitgliedsbeiträgen betragen in Schleswig-Holstein im Jahr 2019 1,28 Mio. €, sowie aus Mandatsträger*innenbeiträgen 65 Tsd. €. Die viel diskutierten Spendeneinnahmen des Landesverbands betragen 17 Tsd. € und die staatlichen Mittel knapp 674 Tsd. €.

Die Ausgaben des Landesverbands im Jahr 2019 betragen 1.71 Mio. €. Davon sind für allgemeine politische Arbeit inklusive Wahlkampf 300 Tsd. €, sowie für Personalkosten 1,13 Mio. € angefallen. Kurz vor Bundestags- und Landtagswahl steigt der Anteil für allgemeine politische Arbeit inklusive Wahlkampf deutlich an. Unser Ziel ist es, den Landtagswahlkampf 2022 zu 50% aus Eigenmitteln zu finanzieren.

Einnahmerückgänge sind zukünftig im Bereich der Staatlichen Mittel zu erwarten. Eine geringere Anzahl an Wähler*innenstimmen sind auch mit weniger staatlichen Mitteln verbunden. Wir dürfen uns also nicht ausruhen.

Die aktuellen & zukünftigen Mitglieder sind zusammen die SPD Schleswig-Holstein. Nach den großen Eintrittswellen der Vergangenheit ist es normal, dass sich die Mitgliederstände normali-

Jahre	LV	KV	OV
1989	1.048.148 €		
1990	820.112 €		
1991	439.711 €		
1992	-196.336 €	557.308 €	1.374.353 €
1993	-83.341 €	673.371 €	1.677.549 €
1994	-70.558 €	422.327 €	1.180.573 €
1995	115.552 €	533.789 €	1.487.859 €
1996	-269.962 €	360.972 €	1.585.516 €
1997	-295.527 €	542.992 €	1.883.599 €
1998	-111.973 €	397.274 €	1.269.026 €
1999	-741.885 €	597.189 €	1.572.223 €
2000	-1.238.860 €	659.567 €	1.637.668 €
2001	-1.085.473 €	877.888 €	1.862.636 €
2002	-936.000 €	857.000 €	1.899.000 €
2003	-728.000 €	511.000 €	1.411.000 €
2004	-1.575.000 €	703.000 €	1.610.000 €

Jahre	LV	KV	OV
LTW 2005	-1.533.590 €	482.213 €	1.555.288 €
2006	-1.241.924 €	572.001 €	1.752.352 €
2007	-637.844 €	648.857 €	1.757.816 €
2008	-271.003 €	451.933 €	1.148.883 €
LTW 2009	-1.047.993 €	276.061 €	1.225.789 €
2010	-817.621 €	427.368 €	1.428.737 €
2011	-887.578 €	570.750 €	1.650.903 €
LTW 2012	-1.245.952 €	574.812 €	1.717.292 €
KW, BTW 2013	-1.119.397 €	379.130 €	1.180.285 €
2014	-739.012 €	565.369 €	1.449.347 €
2015	-477.993 €	785.614 €	1.655.456 €
2016	-867.275 €	939.605 €	1.894.906 €
LTW, BTW 2017	-1.738.847 €	773.318 €	1.946.290 €
KW 2018	-1.363.155 €	563.083 €	1.436.102 €
EW 2019	-839.658 €	668.968 €	1.600.535 €

Tabelle: Übersicht Reinvermögen des SPD Landesverbandes Schleswig-Holstein 1989-2019

sieren. Jede*r Bergsteiger*in weiß, dass nach dem Glücksgefühl am Gipfel der Abstieg naht. Trotz Anstrengung im Tal heil anzukommen bedeutet, dass die Freude auf den nächsten Aufstieg beginnt. Deswegen ist das Bedauern der Mitgliedsstände zwar gerne ritualisiert, aber falsch. Ich möchte mich bei allen bedanken, dass sie mit ihrer Mitgliedschaft und ihren Beiträgen helfen, dass in politischen Prozessen und in Entscheidungsgremien fast immer Sozialdemokrat*innen beteiligt sind. Beitragsanpassungen für unsere Mitglieder und Mandatsträger*innen bedeuten, dass wir trotzdem finanziell stabil bleiben.

Ich bin froh darüber, dass der Bundesparteitag im Dezember 2019 nach vielen Jahren der Diskussion den Mindestbeitrag von 5 € auf 6 € angepasst hat und auch die einkommensabhängige Beitragstabelle leicht erhöht wurde.

Die damit verbundenen Bemühungen zur Reduzierung der unechten Beiträge zwischen dem bislang geltenden Mindestbeitrag von 5 € und dem Beitrag für Mitglieder ohne Einkommen von 2,50 € sind ein weiterer Schritt zur Stabilisierung der Beitragseinnahmen, welche die sinkende Mitgliederzahl ausgleicht.



Postkarte der Beitragskampagne

Für Beitragszahler*innen über 20 € je Monat wurde eine einmalige Sonderbeitragsserhöhung von 5% beschlossen. Wer mehr verdient, darf bei uns auch mehr zahlen. An dieser Stelle ein Dank an alle Mandatsträger*innen. Die SPD Schleswig-Holstein inklusive Landesverband bekommt abseits des normalen Mitgliederbeitrags regelmäßige Beiträge von 880 Tsd. €.

DURCHSCHNITTSBEITRÄGE/ MONAT

KREISVERBAND	Beitrag
Kreisverband Kiel	12,18€
Kreisverband Neumünster	10,41€
Kreisverband Plön	8,30€
Kreisverband RD-ECK	10,89€
Kreisverband Flensburg	12,79€
Kreisverband Nordfriesland	9,43€
Kreisverband Schl.-Flensburg	9,29€
Kreisverband Dithmarschen	7,92€
Kreisverband Pinneberg	11,60€
Kreisverband Segeberg	9,69€
Kreisverband Steinburg	9,37€
Kreisverband Lübeck	12,10€
Kreisverband Lauenburg	11,03€
Kreisverband Ostholstein	8,89€
Kreisverband Stormarn	11,20€
DURCHSCHNITT SPD SH GESAMT	10,38€

Stichtag: 31.12.2020

MEIN FAZIT AUS DEN ZAHLEN IST: MEHR MUT FÜR POLITISCHE AKTIVITÄTEN!

75% der Schleswig-Holsteiner*innen sind froh, dass wir politisch immer mit „an Bord“ sind. Aber noch besser wäre es, wenn 51% uns als politische Meinungsführerin sehen würden. Wir brauchen unsere Mitglieder, um politische Organisation zu leisten und wir brauchen das Vertrauen vieler Fans, die dann zu Wähler*innen werden.

Ich habe 2013 bei meinem Amtsantritt gesagt, dass wir Landtagswahlkämpfe wieder aus Eigenkapital bestreiten müssen. Gelänge mir dieses nicht, müssen es andere versuchen. Mein Ziel habe ich zu 50% erreicht oder meinetwegen auch verfehlt. Um den Weg zu den noch fehlenden 50% zu schaffen, bewerbe ich mich wieder als Schatzmeister für die nächsten zwei Jahre im Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein.

BERICHT DER REVISIONSKOMMISSION

Von Hermann Greve, stv. Vorsitzender

Im Anschluss an die Wahl am 31.3.2019 hat sich die Revisionskommission in der neuen Besetzung mit Jan Thorben Book, Hermann Greve, Hans-Jürgen Holland, Heidrun Isolt und Antje Möller-Neustock konstituiert und dabei Hermann zum Vorsitzenden und Antje zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

An den Sitzungen des Landesvorstands und des Landesparteirats haben der Vorsitzende bzw. die stellvertretende Vorsitzende teilweise beratend teilgenommen.

Bei gemeinschaftlichen Zusammenkünften - der Pandemie geschuldet teilweise auch in Form von Video-Konferenzen - sind die Quartalsabschlüsse der vergangenen zwei Jahre geprüft und auf unsere Nachfragen ausführlich erläutert worden. Darüber hinaus wurden zu einzelnen Konten, z. B. für Parteitags-Aufwendungen, Seminare, Neujahrsempfänge, Ausgaben einzelner AGs sowie Zweckzuwendungen an Organisationseinheiten zur Prüfung der Notwendigkeit/ Wirtschaftlichkeit Belegkontrollen durchgeführt.

Einnahmen wurden zeitgerecht gebucht und die Vorgaben der vom Landesvorstand beschlossenen jeweiligen Jahreswirtschaftspläne unter Berücksichtigung der Mittelfristigen Finanzplanung eingehalten. Positiv ist der zeitgerechte und regelmäßige Eingang der Sonderzahlungen und Abgaben der Mandatsträger*innen zu vermerken.

Des Weiteren testierten wir in diesem Berichtszeitraum die endgültigen Jahresabschlüsse und Rechenschaftsberichte für 2018 und 2019 vor der Übersendung an den Bundesverband zur Überprüfung durch die beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Beanstandungen sind uns nicht bekannt geworden. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2020 wird wiederum zum geplanten Zeitpunkt des Landesparteitags aus zeitlichen Gründen voraussichtlich noch ausstehen. Anderenfalls wird über das Ergebnis berichtet.

Summa summarum ist entsprechend § 6 Abs. 1 und 2 und § 3 der Finanzordnung auf der Basis einer geordneten und transparenten Buch- und



Hermann Greve, Revisor

Wirtschaftsführung festzustellen:

- dass die Bestimmungen der Finanzordnung eingehalten worden sind
- soweit wir geprüft haben die Buchungen mit den Belegen übereinstimmen
- die Ausgaben angemessen und in Übereinstimmung mit den Wirtschaftsplänen waren
- die Rechenschaftsberichte die Daten aller Konten und Kassen einbeziehen
- die Beiträge satzungsgemäß erhoben wurden
- die eingesetzten Mittel nach unseren Einsichten nur für die der SPD nach dem Grundgesetz und dem Parteiengesetz obliegenden Aufgaben verwendet wurden
- finanzielle Unregelmäßigkeiten haben wir nicht festgestellt

Die Mitglieder der Revisionskommission bedanken sich beim Landesschatzmeister und insbesondere auch bei Charlotte Sprengel als zuständiger Mitarbeiterin für ihre in diesen Zeiten besonders anspruchsvolle Aufgabenwahrnehmung und nimmermüdes Wirken, den Mitteleinsatz unserer Partei auch bei der bekanntermaßen sehr angespannten Finanzlage so effektiv wie möglich zu gestalten!

Auf der Grundlage der durch unseren Schatzmeister Stefan Bolln im einzelnen darzustellenden Finanzlage werden wir für die nächsten Jahre mit jeweils einer Wahl ab 2021 gemeinsam kreative Wege finden müssen, den Mitteleinsatz zur Durchsetzung unserer politischen Ziele min-

destens so erfolgreich wie bisher fortzuführen. Wir wünschen uns dieses in der berechtigten Hoffnung, dass aufgrund unserer guten Politik die von der Wähler*innengunst abhängigen Finanzaufwendungen der öffentlichen Hände „anziehen“ und dass sich dazu im Land zwischen den Meeren auch wieder ministerielle Mandatsträger*innen-Abgaben einstellen. Es gilt vor allem auch, die bisherigen Finanzhilfen des Bundesvorstands durch weitere Ausgabendisziplin zu kompensieren.

Insoweit werden von der Revisionskommission alle Bemühungen unterstützt, die Finanzkraft unseres Landesverbandes insgesamt unter Beteiligung aller Gliederungen und auf allen Ebenen

„solidarisch und einvernehmlich zu bündeln“ und die dafür notwendigen finanztechnischen und organisatorischen Vorkehrungen zu konzipieren und zu installieren.

HIERMIT STELLEN WIR DEN ANTRAG AUF ENTLASTUNG DES VORSTANDS IN SACHEN DER FINANZANGELEGENHEITEN.

Für eine Wiederwahl stehen die Mitglieder der Revisionskommission zur Verfügung.

BERICHT DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION

Von *Andreas Beran, Vorsitzender*

Positiv ist zu berichten, dass es im Berichtszeitraum nur ein neues Verfahren gibt, das noch abgeschlossen werden muss. Das kann darauf hindeuten, dass die Partei in schwierigen Zeiten mehr zusammenrückt.

Die Landesschiedskommission hat im Berichtszeitraum ein Parteiordnungsverfahren zum Abschluss gebracht, mit dem Ergebnis eines Verbleibs in der SPD. Ein weiteres Verfahren ist Anfang November 2020 eingegangen, dessen Verfahrensabschluss voraussichtlich erst nach Redaktionsschluss dieses Berichtes zu erwarten ist.

Aufgrund der Corona-Verordnung des Landes Schleswig-Holstein verkomplizierte sich das Verfahren. § 8 der Schiedsordnung sieht die mündliche Verhandlung als verpflichtend an, d.h. sie kann nicht durch eine Videokonferenz ersetzt werden.

Die Satzung sieht vor, dass die Landesschiedskommission in der Zusammensetzung Vorsitz und stellvertretende Vorsitzende tagt. Wenn davon eine Person verhindert ist, stellvertretend ein weiteres Mitglied. Die Verfahrensbeteiligten werden zu den Verhandlungen beigegeben. Somit wird bei einer Zusammenkunft der Schiedskommission mit mehr als 10 Anwesenden zu rechnen sein, zumal laut § 16 Parteimitglieder als Zuhörende an mündlichen Verhandlungen teilnehmen können.

IM BERICHTSZEITRAUM GEHÖRTEN DER LANDESSCHIEDSKOMMISSION AN:

Vorsitz:	Andreas Beran
Stellvertretung:	Christian Feist Gisela Teuchert-Benker
Weitere Mitglieder:	Christoph Bittner Hatice Kara Thorsten Pfau Holger Schulz

VERANSTALTUNGSTECHNIK AUS AHRENSBURG

SCHNELL UND PROFESSIONELL IN NORDDEUTSCHLAND

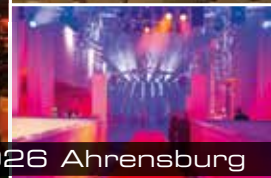


BIETET

- ✓ FIRMENEVENTS
- ✓ KONFERENZTECHNIK
- ✓ FESTINSTALLATION
- ✓ BESCHALLUNG
- ✓ TECHNIK VERMIETUNG

Telefon: 04102-47590
www.sound-light-service.de

An der Strusbek 50 · 22926 Ahrensburg



BERICHT ÜBER DIE ARBEIT DES LANDESPARTEIRATES

Von Olaf Schulze, Vorsitzender des Landesparteirats

Seit seiner konstituierenden Sitzung am 24.04.2019, auf der ich zum Vorsitzenden wiedergewählt und die Kreisvorsitzende Birte Pauls zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden, hat der Landesparteirat elfmal getagt, inklusive einer ersten digitalen Tagung per OpenSlides und Jitsi.

Der Landesparteirat hat sich auch in den vergangenen zwei Jahren als wichtiges Gremium für die Diskussion, Meinungsbildung und Abstimmung zwischen der Landesebene (Landesvorstand, Landtagsfraktion, Landesregierung) und den Kreisverbänden und Arbeitsgemeinschaften der Partei erwiesen. Als Plattform für den Informationsaustausch, die Koordinierung und die Beschlussfassung ist der Landesparteirat eine wichtige Klammer des Zusammenhalts in der SPD Schleswig-Holstein.

Der Landesparteirat hat 2019 das Wahlergebnis der Europawahl analysiert, die Wahl zum Bundesvorstand begleitet sowie Anträge für den Parteitag vorbereitet. Inhaltlich wurden in einem eintägigen Landesparteirat die Anträge des Landesparteitages beraten, die nicht auf dem Parteitag behandelt wurden.

Coronabedingt konnten wir den Parteirat im März 2020 nicht stattfinden lassen. Im Mai hatten wir erstmalig einen Landesparteirat als Videokonferenz abgehalten. Dabei wurde der „kleine Parteitag“ im August vorbereitet, da ein außerordentlicher Parteitag im März 2020 coronabedingt ebenso nicht möglich war. Der Parteirat tagte in einer Präsenzsitzung im August in Rendsburg - erstmalig mit paralleler digitaler Antragsberatung - mit dem Schwerpunktthema Arbeit und Wirtschaft. Hier war der Bezirksvorsitzende der IG Metall Küste, Daniel Friedrich, mit einem Grußwort zu Gast. Der Landesparteirat führte eine ausgiebige inhaltliche Debatte und sprach sich unter anderem für eine 30-Stunden-Woche aus - neben vielen weiteren Beschlüssen.



Die vom Landesvorstand eingerichtete Denkfabrik hat sich im November 2020 im Parteirat vorgestellt und es erfolgte eine breite Aussprache über das Papier „Gesellschaft“. Es wurde eine längere Grundsatzdebatte über die Aufgabe der SPD in der Gesellschaft geführt.

Im März 2021 tagte der Landesparteirat erstmals als kleiner Parteitag mit der digitalen Beratungssoftware OpenSlides und dem Videokonferenzsystem Jitsi, um Beschlüsse der Landespartei mit Akzenten aus dem Norden zum Bundestagswahlprogramm auf den Weg zu bringen.

Nicht im eigentlichen Sinne der Erfinder ist es, dass es zur Gewohnheit geworden ist, nicht erledigte Anträge auf Landesparteitagen körbeweise an den Landesparteirat zu überweisen. Umso wichtiger ist es, Grundsatzdebatten in den Mittelpunkt zu stellen, um so den Kurs der Partei im Landesparteirat zu begleiten und mitzugestalten.

Der Landesparteirat ist das höchste Beratungsgremium der Landespartei zwischen den Parteitagen. Er hat sich als Bindeglied zwischen der Kommunalpolitik, den Kreisverbänden, Arbeitsgemeinschaften und der Landesebene der Partei bewährt. Kritisch, kompetent und konstruktiv, so wird der Landesparteirat auch künftig eine selbstbewusste Rolle in der Landespartei wahrnehmen.

ARBEIT FÜR MORGEN

Von Götz Borchert, Landesgeschäftsführer

„Der Kongressabgeordnete John Lewis schrieb vor seinem Tod: *„Demokratie ist kein Zustand. Sie ist ein Akt.“*“

Mit diesem Zitat begann die frisch gewählte Vizepräsidentin der USA, Kamala Harris, ihre erste Rede nach Verkündung des Wahlergebnisses. Es ist gut gewählt. Haben doch nicht zuletzt die Vorgänge rund um die Stimmauszählung bei der US-Präsidentschaftswahl und dem Angriff auf das Kapitol gezeigt, dass selbst in einer „alten“ Demokratie nichts selbstverständlich ist. Und auch hier bei uns in Schleswig-Holstein heißt Demokratie, dass man sich für sie einsetzen muss. Wir in der SPD tun dies jeden Tag. Es lohnt sich.

I. ARBEITEN UND PARTEILEBEN IN CORONA-ZEITEN

Ohne Zweifel hat der Umgang mit der Corona-Pandemie die Arbeit der hauptamtlichen Mitarbeiter*innen wie auch das ehrenamtliche Parteilieben im Berichtszeitraum intensiv geprägt. Es hat mich sehr gefreut, dass vielerorts Unterstützungsaktionen für besonders gefährdete Menschen ins Leben gerufen wurden. Ortsvereine, die Einkäufe organisiert haben oder Telefonaktionen bei denen hauptamtliche Mitarbeiter*innen bei älteren Mitgliedern nachgefragt haben, sind gute Beispiele dafür, dass wir füreinander da sind.

Manche Veränderung des Arbeitslebens wurde deutlich beschleunigt: Die Arbeitsbedingungen wurden flexibler, die Kommunikation und Zusammenarbeit digitaler. In kurzer Zeit ist es uns gelungen nicht nur landesweit die technischen Möglichkeiten für mobiles Arbeiten der Beschäftigten des Landesverbandes herzustellen, sondern auch unsere Zusammenarbeit dementsprechend umzustellen. Diese enorme Entwicklung einer digitalen Zusammenarbeit wird unsere bewährten Konzepte ergänzen. Ich bin davon überzeugt: In den nächsten Jahren wird es mehr denn je darauf ankommen, dass unsere Organisation nicht als Selbstverwaltung, sondern als aktives Kampagnen-Zentrum fungiert.



Auch für das ehrenamtliche Parteilieben konnten wir technische Unterstützung und Handlungsleitfäden zur Verfügung stellen, um in dieser von Unsicherheit geprägten Zeit Orientierung zu geben. Die Organisation der Wahlkonferenzen zur Bundestagswahl stellt uns dennoch bis zuletzt vor große Herausforderungen. Die Anpassung der Gesetzeslage durch den Bundestag hat uns die Arbeit darüber hinaus etwas erleichtert: Präsenzversammlungen konnten somit vorerst vertagt werden, ggfs. auch über eine digitale Veranstaltung mit anschließender Brief- oder Urnenwahl durchgeführt werden. Das gibt Raum, uns jetzt auf das Wesentliche zu konzentrieren: unsere Politik.

II. ZUR ARBEIT UND ENTWICKLUNG DER PARTEIORGANISATION

Die politischen Ereignisse des Berichtszeitraums begannen mit einer enttäuschenden Europawahl im Mai 2019. Ich bin froh, dass die SPD Schleswig-Holstein mit Delara Burkhardt im Europäischen Parlament vertreten ist, das Ergebnis war aber sicherlich eine herbe Enttäuschung für uns alle. Das gilt sowohl für das bundesweite Ergebnis wie auch für das Ergebnis auf Landesebene. Mit 17,1%, also einem Minus von 14,8 Prozentpunkten zur vergangenen Europawahl, können wir in keiner Weise zufrieden sein und uns dieses Mal nicht vom Bundestrend absetzen. Es fiel uns außerordentlich schwer angesichts der laufenden FridaysForFuture-Demonstrationen die

politische Debatte mit unseren Positionen und Themen zu prägen. Organisatorisch konnte die Kampagne sich sehen lassen: Dazu gehörten Auftritte von Spitzenkandidatin Katarina Barley in Bad Segeberg oder Udo Bullmann in Kiel, Martin Schulz in Lübeck oder Kevin Kühnert in Ahrensburg, zahlreiche landesweite Termine der Waffel-Stände sowie eine große Anzahl von Wahlkampfmaterialien, die durch den Landesverband stark subventioniert wurden, um die Kassen der Ortsvereine und Kreisverbände zu schonen. Es bleibt beeindruckend, welche hohe Anzahl von Terminen und Aktivitäten real wie auch virtuell Delara Burkhardt und Enrico Kreft absolvierten.

Dem Ergebnis bei der Europawahl stehen zahlreiche erfolgreiche Bürgermeister*innen-Wahlen im Berichtszeitraum gegenüber. Darunter in der Landeshauptstadt Kiel und der Hansestadt Lübeck, in Ammersbek, Reinbek, Heide, Henstedt-Ulzburg, Schleswig, Fockbek, Molfsee oder auch Uetersen. Sie alle zeigen, dass die SPD in der Lage ist Wahlen zu gewinnen. Der große Dank gilt auch der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), die den Großteil der Wahlkämpfe begleitet hat.

Neben den Wahlen gab es eine weitere organisatorische Herausforderung mit dem Mitgliedervotum. Es war in kurzer Folge nach der Entscheidung über den Koalitionsvertrag gleich die zweite bundesweite Befragung unserer Mitglieder. Der Landesverband Schleswig-Holstein hat dabei die Einführung eines digitalen Abstimmungsverfahrens unterstützt. Auf einer zentralen Veranstaltung in Neumünster konnten sich die Kandidierenden präsentieren. Insgesamt stellten sich zu Beginn drei Schleswig-Holsteiner*innen dem Verfahren. Die Diskussion hat dieses Mitgliedervotum erneut bereichert und über die breite Auswahl der Kandidierenden unsere Partei präsentiert.

Die Mitgliederzahlen des Landesverbandes sind im Berichtszeitraum weiter gesunken und betragen zum Jahresende 2020 16.039 Mitglieder. Mit rund 35% waren Frauen dabei weiterhin unterrepräsentiert. Der Altersdurchschnitt lag bei 63 Jahren. Ich möchte nochmals betonen: Für die Zukunft wird auch entscheidend sein, ob unsere Arbeits- und Organisationsstruktu-

ren den Vorstellungen vieler Menschen für ein gesellschaftliches und politisches Engagement entsprechen. Es wird Zeit jenseits formaler Ämter Beteiligungsmöglichkeiten an befristeten und themengebundenen Projekten zu intensivieren. Ich denke, wir sind gut beraten, organisatorische Verfahren zu verschlanken um politischen Debatten mehr Raum zu geben.

(Übersicht Mitgliederzahlen: siehe Seite 10)

Die Organisationsstrukturen sind weiterhin - den Verwaltungsstrukturen des Landes entsprechend – recht kleinteilig. Das stellt uns gerade bei Wahlkampagnen vor Herausforderungen.

438 Ortsvereine bilden die Basis der SPD in Schleswig-Holstein. 15 Kreisverbände und 11 Landesarbeitsgemeinschaften, mehrere Foren und Arbeitskreise engagieren sich in unserem Land. Rein rechnerisch liegt die durchschnittliche Mitgliederzahl unserer Ortsvereine bei 37 Mitgliedern. Tatsächlich existieren aber 293 Ortsvereine, die weniger als diese Zahl beheimaten. Ganze 58 Ortsvereine haben 10 oder weniger Mitglieder. Die Anforderungen an das Ehrenamt in der Kommunalpolitik und in Wahlkämpfen steigen; unseren Ortsvereinsvorsitzenden kommt dabei eine immer bedeutender werdende Aufgabe zu. Umso mehr hat es mich gefreut, dass die von mir neu initiierte Reihe mit Treffen der neuen Ortsvereinsvorsitzenden gut angenommen wurde. Jährlich habe ich hier Menschen getroffen, die mit ihren Teams vor Ort das Parteilieben bereichern und Politik gestalten wollen. Sie verdienen unsere Unterstützung.

Künftig könnten „Stützpunkte“ (lt. Satzung Distrikte/ Ortsabteilungen) eine Möglichkeit für örtliche Gruppen der SPD sein, um beispielsweise die Kommunalpolitik zu gestalten und gleichzeitig das Gesicht der SPD vor Ort zu bleiben. Die breitere Parteiarbeit, inklusive Beginn der innerparteilichen Legitimationsketten könnte in größeren (gemeindeübergreifenden) Ortsvereinen organisiert sein. Gleichzeitig sollten wir überlegen, ob eine stärkere hauptamtliche Unterstützung und Beratung durch vereinheitlichte Abläufe in Gliederungen, mehr Zeit für politische Arbeit ermöglichen würden. Als Vorbild könnten meines Erachtens die Organisationswahlen der SPD in Hamburg dienen.

MITGLIEDER JE ORTSVEREIN	1-20	21-50	51-100	101-200	201-300	301-400
ANZAHL DER ORTSVEREINE	179	161	73	21	3	1

III. VERANTWORTUNG FÜR UNSERE ZUKUNFT

Durch den Landesparteitag 2019 in Norderstedt wurden viele Beschlüsse gefasst, die auch Ergebnis der Parteireform waren. Manche Ergebnisse dieses Prozesses würden aber verpuffen, wenn sie schlicht die reiche Beschlusslage unserer Partei erweitern; sie müssen in der aktiven Kultur des Parteilebens umgesetzt werden. Hierzu ist eine Broschüre unter dem Titel „Lust auf Morgen“ entstanden, die die Debatte in die Gliederungen trägt und unsere permanente Parteireform weiter voranbringen soll: SPD.SH/LUST-AUF-MORGEN. Eine digitale Mitgliederkonferenz im Frühjahr 2020 hat manche Debatte fortgesetzt und sich mit den „neuen“ Rahmenbedingungen einer Pandemie auseinandergesetzt. Auch die Mitgliederbeauftragten haben sich dieses Themas angenommen. Wegen der coronabedingten Absage des außerordentlichen Landesparteitags 2020 konnte eine neue und modernisierte Satzung des Landesverbandes bisher nicht beschlossen werden. Gerade angesichts der vergangenen Monate scheint es mir wichtig, dass wir mit der Umstrukturierung des Landesparteirates ein Gremium für politisch-programmatische Arbeit stärken, das künftig noch besser als „kleiner Parteitag“ zwischen den Landesparteitagen agieren kann. Die politisch-programmatische Aufwertung unserer Gremien kann meines Erachtens gar nicht hoch genug bewertet werden.

Mit Serpil Midyatli bekam der Landesverband Schleswig-Holstein 2019 erstmals eine Landesvorsitzende. Der Landesvorstand verstand sich von Beginn an als Gremium mit neuer Arbeitsweise, die weit über die Verwendung eines digitalen Büros hinausgeht. Ein wichtiges Thema im Landesvorstand war wiederholt auch die Vernetzung der Partei in die Gesellschaft. Ein Anliegen, dass wir beispielsweise über Themen-Verteiler, den einzelnen Mitgliedern zugeordnete Themen in der Mitgliederverwaltung (Mavis), oder auch bei einer generellen Überarbeitung derselben im Blick behalten wollen. Hierdurch wird eine zielgerichtete und systematischere Kommunikation ermöglicht.

Ein weiteres konkretes Beispiel war die Beteiligung der SPD an der Volksinitiative zum Schutz des Wassers. Viele Gliederungen haben diese Initiative durch das aktive Bewerben und Sam-

melnen von Unterschriften unterstützt. Die Initiative brachte zwar nicht ausreichend Unterschriften für eine Volksabstimmung zusammen, dennoch konnten fast alle Anliegen umgesetzt werden. Über die parlamentarische Arbeit der SPD-Landtagsfraktion und den öffentlichen Druck der Initiative konnte die Landesregierung zu einigen Zugeständnissen bewegt werden. Klar ist aber auch, dass die CDU-Grüne-FDP-Koalition lange nicht so sicher für die Ablehnung von Fracking und Transparenz steht, wie es eine SPD-geführte Landesregierung tun würde.

Thematisch bildete der Blick auf die künftige Arbeitswelt unseren Schwerpunkt: Arbeit im 21. Jahrhundert. Die Anliegen guter Arbeit sind für die Nord-SPD traditionell ein Kernpunkt unseres politischen Programms. Das Arbeitsleben steht vor großen Veränderungen, die durch die Corona-Pandemie noch einmal verstärkt wurden. Gleichzeitig ist die Verknüpfung von Arbeitsmarkt- mit Wirtschaftspolitik wichtig. Umso folgerichtiger war es, dass der corona-bedingt abgesagte außerordentliche Landesparteitag im Spätsommer als öffentlicher Landesparteirat nachgeholt werden konnte. Hier ist es der SPD gelungen traditionelle Positionen mit neuen Perspektiven zu verknüpfen.

Die Arbeitsplätze von Morgen zu gestalten, aber auch zu sichern, das war auch die zentrale Aufgabe für die SPD als Arbeitgeberin. Die Basis unserer hauptamtlichen Struktur sind die Beiträge unserer Mitglieder. Sie entscheiden darüber, welches hauptamtliche Team sich die Partei leisten kann. Angesichts sinkender Mitgliederzahlen ist zum einen die Anpassung der Mitgliederbeiträge essenziell, zugleich aber bedarf es auch struktureller Veränderungen. Diese sind unabdingbar, wenn wir das Ziel der Haushaltskonsolidierung erreichen wollen.

Der Landesvorstand hat dafür einen ambitionierten Plan: Bis 2028 soll der Landesverband schuldenfrei sein. Angesichts von über 1,7 Millionen Euro Schulden im Jahr 2017 kein einfaches Vorhaben, sondern ein komplexer Veränderungsprozess. Bis unser Landesverband nach über dreißig Jahren endlich schuldenfrei sein kann, wird es noch manche Veränderung brauchen. Eine der ersten großen Maßnahmen war die Umstrukturierung der Mitgliederverwaltung. Die gängigen Verwaltungstätigkeiten, die Kontrolle

der Rechenschaftsberichte sowie der Versand von Einladungen etc. kann seit 01. Januar 2020 über das ServiceCenter der SPD erledigt werden.

- Kommunalwahl 2023
- Europawahl 2024
- Bundestagswahl 2025

Für die Pflege von Gliederungsdaten und komplexeren Anliegen sowie der zielgerichteten Kommunikation haben wir das Projekt „Parteilieben Nord“ ins Leben gerufen, das wir mittelfristig gemeinsam mit den Landesverbänden Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern unterhalten wollen. Darüber hinaus wollen wir die vorhandene Infrastruktur der SPD-Familie intensiver nutzen, z.B. für die Bestellung von Ehrungsmaterial über den SPD-Shop. Es geht es uns darum, mehr Aufgaben gemeinsam mit dem Parteivorstand und anderen Landesverbänden zu erledigen, um uns hier im Land stärker auf die schleswig-holsteinischen Spezifikationen konzentrieren zu können. Das nächste große Projekt wird die Neuauflistung der IT innerhalb der SPD betreffen. Für das Jahr 2021 sind erste Pilotphasen bereits gestartet.

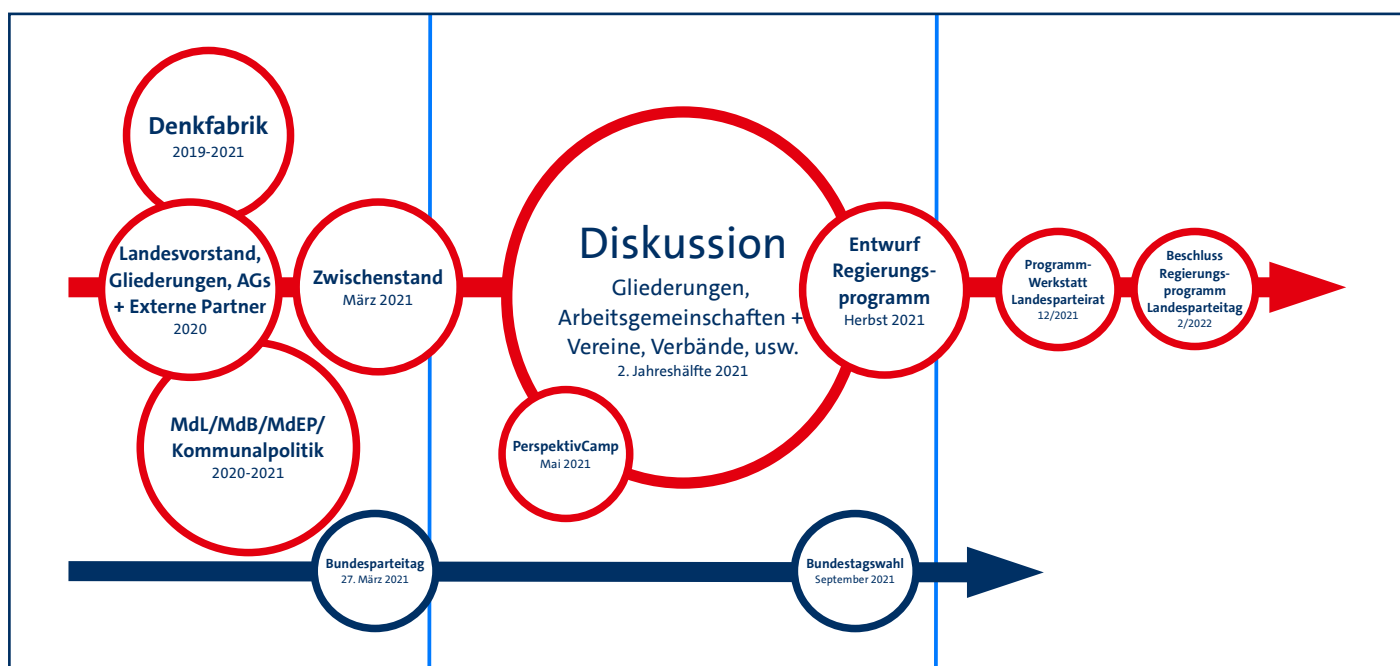
Die hauptamtlichen Beschäftigten müssen sich auf drei Bereiche konzentrieren können: die Umsetzung des satzungsgemäßen Parteiliebens, die Planung und Durchführung von Kampagnen sowie die politische Beratung und Kommunikation. Ohne Übertreibung darf wohl behauptet werden, dass Wahlkampagnen das Lebenselixier der SPD sind. Die nächsten fünf (!) Jahre werden dementsprechend nahezu ausschließlich von Wahlkampagnen geprägt sein:

- Bundestagswahl am 26. September 2021
- Landtagswahl im Mai 2022

IV. DIE VORBEREITUNG DER WAHLKAMPAGNEN

Eines vorweg: Die anstehenden Wahlen werden wir nicht mit Geld gewinnen, sondern mit guten Ideen und einer überzeugenden Politik. Ich halte diese simple Feststellung nicht nur für sachlich richtig, sondern es angesichts der Finanzentwicklung der SPD für erforderlich, sie endlich zu verinnerlichen und umzusetzen.

Die Kernaufgabe des Hauptamtes wird darin bestehen sich als strategisches Kampagnen-Zentrum aufzustellen. Unter den Kolleginnen und Kollegen haben wir deshalb bereits im Sommer 2020 einen Prozess zur Kampagnenfähigkeit der Nord-SPD begonnen, der wichtiger Grundstein für die Kampagnenplanung der nächsten fünf Jahre ist. Es braucht einen frischen Blick auf das Land und unsere Partei und eine anschließende Konzentration auf die wesentlichen Kampagnen-Elemente. Dabei können Haupt- und Ehrenamt sich gegenseitig unterstützen und ergänzen. Zum strategischen Austausch haben wir mit Mitgliedern aus Landesvorstand, Landtagsfraktion, MdB-Landesgruppe und Europaabgeordneter die „Rote Strategie-Runde“ eingeführt. In Kreisvorsitzenden-Runden haben wir die Verfahren zur Vorbereitung der Wahlkämpfe miteinander abgestimmt. Auch regelmäßige Vorstandstreffen mit Grünen, FDP und SSW haben die Kontakte



Der Programmprozess zur Landtagswahl 2022

verbessert. Ich selbst pflege regelmäßige Kontakte zu meinen Kolleginnen und Kollegen der anderen demokratischen Parteien, um gemeinsame Projekte, die der Verbesserung der Parteidemokratie in Schleswig-Holstein dienen, voranzubringen.

Als erstes wichtiges Projekt haben wir den Weg zum Regierungsprogramm 2022-2027 begonnen. In einer ersten Phase bis zum 31. März 2021 sammeln wir wichtige Impulse aus den Gliederungen oder auch über unsere Homepage aus der Bevölkerung. Zentraler Akteur ist dabei die DENKFABRIK, die inzwischen regelmäßig über die Zukunft Schleswig-Holsteins nicht nur nachdenkt, sondern auch diskutiert und die Landesvorsitzende berät. Ab April 2021 werden wir mit diesen Impulsen in einen Dialogprozess einsteigen, an dessen Ende die innerparteiliche Beratung des Regierungsprogramms stehen wird.

Während große Teile der Öffentlichkeit eine schwarz-grüne Koalition laut Umfragen für ein modernes Projekt halten, wissen wir, dass viele zentrale Zukunftsfragen genau daran scheitern. Es wird darauf ankommen, nicht nur mit eigenen Impulsen Menschen zu gewinnen, sondern auch aufzuzeigen, dass CDU und Grüne gerade drohen die Zukunft des Landes zu verspielen. Schwarz-Grün ist eben kein progressives Regierungsbündnis, sondern ein reines Machtbündnis.

In Schleswig-Holstein gibt es weiterhin viele Menschen, die auf die SPD setzen. Dazu zählen Menschen in Wahlkreisen mit geringer Wahlbeteiligung aber hoher SPD-Anhängerschaft und darüber hinaus Menschen in Bezirken mit hoher Wahlbeteiligung und gleichzeitig hoher Wechselbereitschaft. Im Rahmen einer digitalen Kreisbeiratsung 2021 möchte ich darüber sprechen, wo und wer sich dahinter verbirgt und wie wir diese

Die Denkfabrik tagt mit Lars Klingbeil



Menschen für uns begeistern können. Die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger lebt gerne in Schleswig-Holstein und genießt die hohe Lebensqualität des Landes. Aber wird sie auch noch in Zukunft bestehen? Die aktuelle Regierungskoalition interessiert sich für die eigenen kleinen Projekte der einzelnen Koalitionspartner*innen, aber ihr gelingt keine Klärung der großen Projekte des Landes. Es braucht eine Partei, die sich für Schleswig-Holstein interessiert. Das tut die SPD. Und das werden wir deutlich machen.

V. DANKSAGUNG

Abschließend möchte ich mich herzlich für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen zwei Jahren bedanken. Dieser Dank gilt insbesondere meinen Kolleginnen und Kollegen in den Kreisgeschäftsstellen und in der Landesgeschäftsstelle. Nicht vergessen möchte ich dabei die langjährige Kollegin Marlies Baasch (Druckerei, Post, Hauservice), die wir nach über 30 treuen Dienstjahren in den Ruhestand verabschiedet haben. Auch die Kolleginnen Mareike Overbeck (Pressesprecherin und persönliche Referentin), Christiane Sudau (Kreisbüro Kiel, Mitgliederverwaltung, Hausverwaltung und Service) sowie Marie Strake (Veranstaltungsmanagement, Kreisbüro Kiel) haben uns im Berichtszeitraum mit anderen beruflichen Zielen verlassen. Ich denke gerne an die Zusammenarbeit zurück. Mit Frederik Digulla (Pressesprecher, persönlicher Referent) und Eva Dreger (Kreisbüro Kiel, Parteileben Nord, Hausverwaltung und Service) haben wir unser Team tatkräftig verstärken können.

Ich danke den Mitgliedern des Landesvorstandes, den Vorständen der Kreisverbände und Arbeitsgemeinschaften, vielen Mitgliedern in den Ortsvereinen sowie unseren Abgeordneten im Landtag, Bundestag und Europäischen Parlament. Gesprächspartner*innen und Ratgeber*innen an anderer Stelle, in Vereinen und Verbänden, Wissenschaft, der SGK oder dem Kulturforum waren für mich und meine Arbeit eine wichtige Bereicherung.

BILDUNGSARBEIT IN DER SPD 2019 BIS 2021 VOR UND NACH CORONA

Von Hermann Bock, Bildungs- und Projektmanagement

„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“ – Willy Brandt

Die Bildungsarbeit der SPD Schleswig-Holstein hat eine lange Tradition. Schon immer waren wir am Puls der Zeit und haben auch Impulse in die Bildungsarbeit der SPD in ganz Deutschland gegeben. In den Berichtszeitraum fällt aber auch das Jahr 2019.

Unsere Angebote umfassten auf der Organisationsebene die Grundlagenschulung für Kassiererinnen und Kassierer, Schulung für neue Ortsvereinsvorsitzende und Schulungen für Web-Administrator*innen unter dem Titel „Mach Deine Website fit!“.

Unsere Kommunalakademie hat mit 20 Jahrgängen nun hunderten kommunalpolitisch aktiven Genossinnen und Genossen ein gutes Rüstzeug gegeben, um deren Engagement noch zu verstärken. Die Schwerpunkte „Einführung in das kommunale Verfassungsrecht“, „Planung und Bauen in der Kommune“ und „Der kommunale Haushalt“ scheinen uns auch heute noch genau richtig, um eine Einführung in die Kommunalpolitik zu geben. Zudem wird in unserer Kommunalakademie aber auch die „Freie Rede“,

„Öffentlichkeitsarbeit in der Kommunalpolitik“ und im vergangenen Jahr das wichtige Thema „Integrations- und Migrationspolitik in der Kommune“ bearbeitet. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich bei Matthias Fiehn zu bedanken, der nach 10 Jahren Engagement als Trainer aus dem Team der Kommunalakademie ausgeschieden ist. Matthias Fiehn, Dirk Rewohl und Daniel Zeiser haben zusammen viele Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker prima unterstützt und begleitet. Ich weiß, dass viele noch heute miteinander in Kontakt stehen. Wir haben die freigewordene Lücke im Team nun neu ausgeschrieben und hoffen, dass wir das weiter bestehende Team durch eine erfahrene Genossin ergänzen können.

Durch die Notwendigkeit der Kontaktbeschränkungen in der Corona-Pandemie haben wir in der Bildungsarbeit in unserem Landesverband unsere technischen sowie didaktischen Fähigkeiten erheblich erweitert. Insbesondere haben wir über Schulungen und „learning by doing“ unsere Aktiven mit Videokonferenzsystemen vertraut gemacht. Ein gutes Anwendungsbeispiel ist der schnelle wöchentliche Austausch der SPD-Fraktionsvorsitzenden in den Kommunen mit Landesvorstand und Landtagsfraktionsvorsitzendem. Dieser war von März bis Mai 2020 in vielerlei Hinsicht sehr hilfreich.

Im Juni 2020 fand ein rein digitaler Mitgliederkonvent statt zu dem sich über 120 Personen angemeldet hatten. Unter dem Slogan „Zukunftsgespräche – mithören, mitreden, mitdenken“ konnte jede*r ein Thema einreichen. Man konnte sich zu folgenden Themen in parallelen Videokonferenzen austauschen:

KONFERENZ 1

Katrin Matuschek, Friedrich-Ebert-Stiftung

„Onlineveranstaltungen professionell gestalten – Tipps und Erfahrungen aus der Akademie M&P“

Tarek Awad, KV Dithmarschen

„Verschwörungstheorien – Was sie sind und wie wir mit ihnen umgehen könnten.“

Christina Schubert, SPD Kiel

„Best Practice – Digitale Ortsvereinsarbeit“

Claus Dethlefs, Lübeck

„Natur- und Umweltschutz, Tierschutz“

KONFERENZ 2

Delara Burkhardt, SPD-Europaabgeordnete

„Klimaschutz trotz Corona? Gerade deswegen! – Wie der Green Deal der EU aus der Krise helfen kann.“

Kai Dolgner, MdL

„Covid-19 in Statistik und Zahlen – Versachlichung der Debatte“

Michael Saitner, Paritätischer Wohlfahrtsverband

„Daseinsvorsorge nach Corona – Was muss sich ändern?“

Heiner Dunckel, MdL

„Arbeiten wir bald alle von zu Hause?“

Zudem fand ein digitaler Neumitgliederkonvent im August 2020 statt. Unter der Leitung des Landesmitgliederbeauftragten Hendrik Schwind-Hansen konnten neue Mitglieder die SPD kennenlernen und sich auch mit ihren Kreismitgliederbeauftragten über Aktivitäten und Möglichkeiten, sich vor Ort einzubringen, austauschen.

In einer zweitägigen Onlineschulung haben wir Landtagsabgeordneten und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Bereich „Social Media“ und „Onlinecampaigning“ ein Schulungsangebot gemacht. Hier gilt ein großer Dank Marcello Ha-

gedorn von den Jusos, der als Referent und Initiator dieser Idee wichtige Impulse gesetzt hat. Das Angebot ist so gut angekommen, dass Steffen Voß als Social-Media-Referent nun regelmäßige „Online-Sprechstunden“ anbietet.

Aus meiner Sicht ist der nächste große Schritt in der Bildungsarbeit unsere Fähigkeiten im Bereich „Hybridkonferenzen“ auszuweiten. Online und Offline gleichzeitig sichert Teilhabe und ermöglicht Partizipation für all jene, die nicht anreisen können oder wollen. Hier gute didaktische Konzepte zu entwickeln sehe ich als Chance des Jahres 2021.

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 30. UND 31. MÄRZ 2019 IN NORDERSTEDT

MIT SERPIL MIDYATLI WIRD ERSTMALS EINE FRAU LANDESVORSITZENDE DER SPD IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Ein großer Vertrauensbeweis steht am Anfang ihrer ersten Amtszeit: Über 90 Prozent der Delegierten des ordentlichen Landesparteitags am 30. und 31. März in Norderstedt wählten Serpil Midyatli zur neuen Vorsitzenden des Landesverbands. Zum ersten Mal lenkt damit eine Frau die Geschicke der Nord-SPD.

„Über die große Unterstützung freue ich mich sehr. Gemeinsam mit meinem Team möchte ich im Landesvorstand noch stärker konzeptionell arbeiten, über den Tellerrand hinausblicken, Themen neu denken und Menschen beteiligen“, skizzierte die neue Landesvorsitzende ihr Programm.

Dem nicht wieder angetreten langjährigen Landesvorsitzenden Ralf Stegner gebührten nach seiner Bilanzrede Standing Ovationen der Delegierten als Dank für seine 12-jährige Arbeit als Vorsitzender. Er versprach, nicht in den Ruhestand zu gehen und sich erneut um den Fraktionsvorsitz im Landtag zu bewerben (mit Erfolg). „Wir alle müssen dafür kämpfen, dass wir die nächste Landesregierung führen“, appellierte Ralf Stegner an die Delegierten.

Die Antragsberatung auf dem Landesparteitag wurde mit viel Herzblut geführt: An erster Stelle

stand ein umfassender Antrag zur Zukunft des Sozialstaats. Der Beschluss richtete sich unter anderem gegen Arbeit, die Menschen finanziell und körperlich ausbeutet. Bei der Rente sollte unterschieden werden zwischen Tätigkeiten, die man lange ausüben kann und solchen, die sehr anstrengend sind. Mehrere Beschlüsse widmeten sich europäischen Themen. So wurde ein neuer Anlauf für Rüstungskontrolle und Abrüstung gefordert.

Eine engagierte Debatte entspann sich um einen Antrag zu Energiewende und Klimaschutz. In dem Beschluss bekennt sich der SPD-Landesverband zum 1,5-Grad-Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung und forderte einen beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien und Ressourcen.

IN DEN NEUEN LANDESVORSTAND WURDEN WEITERHIN (WIEDER)GEWÄHLT:

Sophia Schiebe und Sönke Rix als stellvertretende Vorsitzende, Stefan Bolln erneut zum Schatzmeister.

Beisitzer*innen: Aylin Cerrah, Kirsten Eickhoff-Weber, Enrico Kreft, Christopher Keiichi Schmidt, Wiebke Tischler, Clemens Teschen-dorf und Marc Timmer.



Insgesamt 19 Anträge lagen zur Parteireform vor. Eine kontroverse Debatte ergab sich um die Aufstellungsverfahren für Landeslisten. Der Beschluss forderte Landesvorstand und Kreisvorstände auf, Listenvorschläge für öffentliche Wahlen den zuständigen Parteigremien mindestens eine Woche vorher bekanntzugeben. Diesen Beschluss erfüllt der Landesvorstand nun mit dem Listenvorschlag zur Landesliste zur Bundestagswahl 2021.

Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl am 29. Mai 2019 war Katarina Barley. Sie stimmte den Landesparteitag auf die Wahl ein und verdeutlichte auf dem Landesparteitag die Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik.

Der für das Jahr 2020 im März in der Lübecker MUK geplante außerordentliche Landesparteitag zur umfassenden Reform der Landessatzung wurde coronabedingt abgesagt.



NÄCHSTER ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG 2021

Auf einem erstmals digitalen Landesparteitag wird am 24. April 2021 über die anstehenden Gremienwahlen beraten und im Anschluss per Urnenwahl am 25. April u.a. ein neuer Landesvorstand gewählt - auch hier muss die Satzung noch etwas warten, da Satzungsänderungen nur auf Präsenzveranstaltungen beschlossen werden dürfen.

BERICHTE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, FOREN UND ARBEITSKREISE

(Die Berichte der SGK, ASJ, des EuropaForums, des AK Digitale Gesellschaft und der Jusos lagen zu Redaktionsschluss nicht vor bzw. werden dem Landesparteitag anders vorgelegt)

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN (AFA)



Im Berichtszeitraum setzte sich der Afa-Landesvorstand im SPD-Landesverband Schleswig-Holstein

aktuell aus folgenden Genoss*innen zusammen: Frank Hornschu, Afa-Landesvorsitzender Katharina Mahrt (KV Kiel) und Gabriele Wegner (KV Steinburg), stellvertretende Afa-Landesvorsitzende; Beisitzer*innen: Almut Auerbach (KV Neumünster), Lene Lehmann (KV RD-Eck), Susanne Schöttke (KV RD-Eck), Kristin Blankenburg (KV Lübeck), Tobias Marx (KV Kiel), Kay-Uwe Dohrn (KV Pinneberg), Benjamin Larcher (KV Segeberg), Rico Kroll (KV Neumünster), Bernd Friedrichs (KV Ostholstein) und Andreas Gerdts (KV Pinneberg). Zu den Landesparteitagen wurden Katharina Mahrt und Kay-Uwe Dohrn als Delegierte sowie Gabriele Wegner und Frank Hornschu als Ersatzdelegierte gewählt.

Als Vertretung zu den Sitzungen des Landesparteirats wurden im März 2019 auf dem ordentlichen Landesparteitag in Norderstedt Katharina Mahrt als ordentliches Mitglied und Nicole Petersen als Stellvertreterin gewählt.

Für den Afa-Bundesausschuss wurden Frank Hornschu als Delegierter und Katharina Mahrt als Stellvertreterin gewählt. Mitglied im Afa-Bundesvorstand ist Almut Auerbach.

Für die Afa-Bundeskonzferenz wurden als Delegierte Katharina Mahrt, Antje Müller-Neustock, Jürgen Müller, Jürgen Heesch, Benjamin Larcher, Gerd Finke, Nicole Rackwitz und Thomas Manske sowie als Ersatzdelegierte Jens Fechner, Rainer Bischof, Andreas Gerdts, Kay-Uwe Dohrn, Michael Schinkel und Lutz Hanslik gewählt.

Der Afa-Landesvorstand in der Nord SPD tagte im Berichtszeitraum monatlich. In jeder Sitzung wurde jeweils die aktuelle politische Lage in Land und Bund erörtert. Aus den Gremien wurden kontinuierlich die Berichte ausgetauscht.

Folgende politische Themen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, wurden u. a. im Landesvorstand

behandelt:

Rechenschaftsbericht an die Afa-Bundeskonzferenz; Mitwirkung an den Thesenpapieren zu den Kommissionen, Tariftreue – Der Rechtsstaat braucht überwachte Regeln; Nachjustierung in der Bildungs-, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik; Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Afa-Nordkonzferenz in Rendsburg; Vorschläge zu Gute Arbeit, Gute Bildung und zur Armutsbekämpfung; 14-Punkte-Papier zur Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik; zum Kurswechsel in der gesetzlichen Rentenversicherung; Mitwirkung am EU-Wahlprogramm; Anträge zu den Landesparteitagen bzw. zu den Landesparteiratsitzungen; mehrere Treffen und intensive Gespräche zur Pflegeberufekammer in SH; Vorbereitungen zur Afa-Landesdelegiertenkonferenz im Herbst 2019; für die Stärkung der sozialen Selbstverwaltung zur freien Kassenwahl; zur Beitragsfreiheit von der Kita bis zu Hochschule; zur Mindestausbildungsvergütung; zum Berufsbildungsgesetz und Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz SH; Die gesetzliche Rente muss zum Leben reichen; Rechenschaftsbericht zum Landesparteitag; Die Daseinsvorsorge muss raus aus der Schuldenbremse; Infrastruktur und Straßenverkehr; 10-Punkte Digitale Transformation zum Wohl der Gemeinschaft; Weiterentwicklung des Tariftreue- und Vergaberechts; Eine gute Zukunft für alle; Für eine strategische Industriepolitik; Aufwertung von sozialen Dienstleistungen - Arbeit bedeutet Teilhabe; Keine Steuerpflicht für die Weiterbildung; Gute Pflege braucht ausreichendes Personal; Elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nicht zu Lasten der Beschäftigten; Begleitung des Protests gegen die Pflegeberufekammer SH; Geltendes Arbeitszeitrecht ist flexibel genug; Sicherheit und Schutz in der Arbeitswelt; Ungleichheit und Unsicherheit bremst Gemeinwohl; Sicher und Sozial – der Sozialstaat im Wandel; Einen grundlegenden Wechsel in der Arbeitsversicherung herbeiführen; Pflegeberufekammer SH abschaffen; Zivilgesellschaftliches und demokratisches Engagement ist gemeinnützig; Mitwirkung an Papieren zu Arbeit, Tarifbindung, Arbeitszeit und Mitbestimmung; Steuergelder nur für Betriebe mit Tarifvertrag;

Mitwirkung an der neuen Richtlinie der Arbeitsgemeinschaften; Zur sozialen Schieflage der Mitte; Diverse Anträge zu Arbeit im 21. Jahrhundert; Deutliche Anhebung des Rentenniveaus nach dem Beispiel des Landtags SH; Deutlich mehr Schutz in der Arbeitsversicherung; Zur Konjunkturbelebung in Pandemiezeiten; Zum Lieferkettenrecht und Bindung der Unternehmen an Menschenrechte; Unsere Industrie braucht eine klare Perspektive; Intensive Diskussion zum politischen Aschermittwoch; Eine Alternative zur Rentenformel; Auszubildende im Bootshandwerk brauchen Unterstützung; Beschäftigte brauchen konsequenten Schutz; Schreiben an Parteivorstand zu Corona-Hilfen; Vorbereitungen zur AfA-Delegiertenversammlung in der Nord SPD im Herbst 2021.

Der AfA-Landesvorstand hat teilgenommen an allen

Landesparteitagen;
Landesparteiratssitzungen;
Betriebs- und Personalräterunden der SPD Bundestagsfraktion;
Gewerkschaftsratsitzungen;
AfA-Bundesausschusssitzungen;
AfA-Bundeskonferenzen;
Arbeitnehmerempfangen der Landesregierung und des Landesverbandes;
div. Konferenzen und Kongressen im Willy-Brandt-Haus.

Im Berichtszeitraum organisierte und führte der AfA-Landesvorstand auch die Veranstaltung zum politischen Aschermittwoch in Marne fort. In 2019 nahm Enrico Kreft, Spitzenkandidat der Nord SPD zur Wahl des Europäischen Parlaments, teil. Wegen der schrecklichen Ereignisse in Hanau wurde die Veranstaltung in 2020 abgesagt. Im Anschluss daran, fand eine intensive Diskussion über den Fortbestand der Veranstaltung statt. Mit dem Ortsverein, dem Kreisverband und dem AfA-Landesvorstand wurde ein neues Konzept unter der Überschrift „Herbststurm – Arbeitsk(r)ampf“ als ein Störsender politisches Kabarett mit der Kleinkunstszene entwickelt und für den Herbst 2021 auf den Weg gebracht.

FRANK HORNSCHU, LANDESVORSITZENDER
E-MAIL: FRANK.HORNSCHU@DGB.DE
HOMEPAGE: WWW.AFA.SPD-NET-SH.DE

ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR BILDUNG (AfB)



Die AfB führte seit dem 30.03.2019 bis zur Vollversammlung am 26.10.2019 Diskussionen, u.a. ein Gespräch zur digitalen Schule, durch. Weiterhin haben wir eine Kreis- sowie eine Bildungskonferenz veranstaltet.

Der Landesvorstand der AfB wurde am 26.10.2019 fast vollständig neu gewählt. Elke Krüger-Krapoth übergab den Staffelstab an den neuen Vorsitzenden Fabian Reichardt (Chancengleichheit, allgemeinbildende Schule, Hochschule). Das weitere Team besteht aus den stv. Vorsitzenden Claudia Fiege (Grundschule), Anisa Scadah-Gailun (frühkindliche Bildung), Leonard Rohrmoser (Digitalisierung, intern. Schule) und den Beisitzenden Lea Martens (Pädagogik, frühkindliche Bildung), Christian Schäfer (Schulträger), Ivan Vasilenko (Berufsschule, Integration) und Lisa Vogel (Grundschule, Hochschule). Wir danken Elke und den anderen ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihre Arbeit in den letzten Jahren. Ivan ist aus der Partei ausgetreten. Wir danken ihm für seine Arbeit und stehen weiterhin in guter Verbindung mit ihm. Ende Oktober 2020 wurde Franziska Hense (Inklusion) kooptiert.



Fabian Reichardt, AfB-Landesvorsitzender

Der neue Vorstand hat sich, begleitet durch regelmäßige Klausurtagungen, eine neue Arbeitsweise und Struktur erarbeitet. Wir haben unsere Aktivität, inhaltlichen Arbeit und Netzwerkarbeit nach innen und außen gestärkt. Gemeinsam mit der AsF und AG 60plus haben wir das Treffen der Landes-AGen wiederbelebt. Es findet seitdem regelmäßig und produktiv statt.

In den Gremien der Partei und dem AK Bildung der SPD-Landtagsfraktion waren wir gut vertreten. Die AfB stand gerne für Veranstaltungen als Diskussionspartnerin sowie für unsere Abgeordneten und Verantwortlichen im Land und in den Kommunen als Beraterin zur Verfügung. Unsere Sitzungen und Online-Veranstaltungen (u.a. mit Astrid Henke (GEW SH), Prof. Helmut Fickenscher und Martin Habersaat) fanden unter zahlreicher Teilnahme statt.

Die AfB setzt sich weiterhin sehr aktiv für ein chancengleiches und zukunftsfähiges Bildungssystem ein. Wir haben uns auf Landes- und Bundesebene engagiert eingebracht. Auf SPD-Landesebene haben wir u.a. im Landesparteirat (LPR) zahlreiche Beiträge zum Bundeswahlprogramm erfolgreich zum Beschluss als Forderungen der SPD SH gebracht. Auch über die Bundes-AfB haben wir unsere Forderungen, wie auch weitere AfB-Landesvorstände, eingereicht. Inhaltliche Projekte waren bspw. die von uns angestoßene Ausbildungsförderung aus einem Guss, die wir erfolgreich in den LPR und auf Bundesebene eingebracht haben und eine stärkere Unterstützung kommunaler Bildungspolitik. Mit Ulf Daude stellen wir zudem den Bundesvorsitzenden. Auf der Nordkonferenz in Schwerin war die AfB SH mit der größten Ländergruppe vertreten und hat sich rege eingebracht.

Mit Stakeholdern, wie der GEW SH, der GGG SH, den Landesschüler*innenvertretungen, den Landeselternbeiräten und dem Kinderschutzbund stehen wir im ständigen engen Austausch und wurden zu Konferenzen und Veranstaltungen eingeladen. Auch waren wir mittels diverser Pressemitteilungen, erhöhter Aktivität in den sozialen Netzwerken und durch unsere neue Homepage präsent. Mit Hochdruck erarbeiten wir unter Beratung mit Expert*innen und Mitgliedern, auch aus anderen Bundesländern, unsere Impulse für das Landtagswahlprogramm. Mit diesem Bildungswerft-Prozess haben wir zudem ehemalige sowie neue AfB-Engagierte für die AfB gewonnen.

Wir danken allen, die sich in und mit der AfB SH für chancengleiche Bildung stark machen!

Themen waren u.a.

- Reform der frühkindlichen Bildung (u.a. KiTa-Reform)
- Chancengleiche Schule und Hochschule

- Pandemiemaßnahmen und Digitalisierung
- Berufliche Schule und Ausbildungschancen
- Lehrkräfte- und Erzieher*innenmangel

FABIAN REICHARDT, LANDESVORSITZENDER
E-MAIL: REICHARDT.POLITIK@GMAIL.COM
HOMEPAGE: WWW.AFB-SH.DE
FACEBOOK.COM/AGFUERBILDUNGSH

ARBEITSGEMEINSCHAFT 60PLUS



Mit unserem Info-Blatt haben wir unseren Mitgliedern in der AG 60plus immer schnell und umfassend von unseren Aktivitäten und Veranstaltungen berichtet. Es hat sich bewährt, dass wir Euch rasch über unsere Arbeit informieren. Wir haben zahlreiche positive Rückmeldungen erhalten. Dafür sagen wir DANKE.

Unser Vorstand hat sich in dem zurückgelegten Berichtszeitraum etwas verkleinert, da Walter Guenther als Seniorenbeiratsvorsitzender ein anderes Betätigungsfeld gefunden hat. Außerdem haben Heide Harris und Karl-Heinz Engkussen aus persönlichen Gründen ihre Arbeit bei uns niedergelegt. Wir möchten uns auf diesem Wege nochmals ganz herzlich für die Mitwirkung und Impulse, die ihr gesetzt habt, bedanken.

Wir haben Euch viele Möglichkeiten der Diskussion angeboten, an der Aufgabe der Parteierneuerung mitzuwirken. Wir haben für eine praktikable Bundesrichtlinie der Arbeitsgemeinschaften gekämpft. Es hat sich gezeigt, dass eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den anderen Arbeitsgemeinschaften wichtig ist und wir gemeinsam eine ganze Menge erreichen können.

Mit Franz Müntefering haben wir über die Frage „Wie wollen wir im Alter leben?“ diskutiert. Auf einer weiteren gut besuchten Veranstaltung mit dem Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen in Itzehoe wurden praktische Fragen zu kommunalen wohnungspolitischen Initiativen erörtert und eine Mitgliederversammlung zu „Probleme und Chancen der Digitalisierung“ mit Prof. Dr. Dunckel durchgeführt.

Vorstandsmitglieder waren in Kommissionen zur Parteierneuerung aktiv und der Landesvorstand

der AG60plus hat eine Reihe von Anträgen zum Parteitag dazu entwickelt und eingebracht. Wir halten die Forderung der Erneuerung für richtig, da es um den pragmatischen Ansatz geht, d.h. es geht um neue Ideen und Schwerpunkte.

Wir bieten Euch heute eine Kurzfassung unseres politischen Berichtes. Mit 3000 Zeichen ist es unmöglich über unsere gesamten Aktivitäten zu berichten. Wenn Ihr unser Info-Blatt lest und auf unsere Homepage „ag60plus-sh.de“ geht, könnt Ihr unsere sämtlichen Anträge zum Altenparlament, zur Bundeskonferenz der AG 60plus sowie zum Landesparteirat und Landesparteitag einsehen. Dort haben wir auch eine kleine Bilderstrecke eingestellt.

Unsere Anregungen zum Antragspapier des SPD-Landesvorstandes wurden alle übernommen, so dass dort auch einige Akzente für die ältere Generation in das Papier einfließen konnten.

Derzeit widmen wir uns dem Landtagswahlprogramm 2022.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit und weiterhin auf gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit
Eure Gerlinde

GERLINDE BÖTTCHER-NAUDIET,
LANDESVORSITZENDE
E-MAIL: GERLINDE.NAUDIET@SWN-NETT.DE
HOMEPAGE: WWW.AG60PLUS-SH.DE/



*Obere Reihe: Uwe Tewes, Walter Guenther, Rolf Nauman, Gerd Brüning, Hans Peter Iversen, Jürgen Asmussen
Zweite Reihe: Aletta Thies, Ursula Bockskopf, Bernd Müller
Sitzend: Gerlinde Böttcher- Naudiet Kirsten Jordt, Peter Westendorf*

ARBEITSGEMEINSCHAFT MIGRATION UND VIELFALT



Im Dezember 2018 wurde der neue Vorstand der AG Migration und Vielfalt in der SPD SH unter

dem Vorsitz von Tarek Saad gewählt. Wir haben die Vorstandssitzungen in der Vor-Corona-Zeit soweit wie möglich an verschiedenen Standorten wie z.B. Kiel, Neumünster, Lübeck und Plön durchgeführt und gleichzeitig die Vernetzung mit verschiedenen Organisationen gesucht. Auch haben wir den Austausch mit der Landes-AG „Migration und Flucht“ der Grünen gesucht und in den Kreisen die Gründung weiterer Kreisarbeitsgemeinschaften vorangetrieben - am 30.1.2020 kam mit der Gründung der Kreis-AG Rendsburg-Eckernförde eine weitere dazu. Wir suchen als Arbeitsgemeinschaft auch immer den Kontakt zu örtlichen Gliederungen und stehen gerne zur Verfügung für Veranstaltungen, wie z.B. in Breitenfelde im Kreis Herzogtum-Lauenburg am 18.10.2019.

Auch die Homepage der Arbeitsgemeinschaft wurde erneuert, die Facebook-Seite weiter gepflegt und eine Instagram-Seite eingerichtet. Außerdem wurde unsere Pressearbeit neu ausgerichtet.

Auf dem Landesparteitag Ende März 2019 haben wir drei Anträge eingebracht, die an den Landesparteirat verwiesen und dort angenommen worden sind. Es handelt sich um Anträge zu den Themen Parität, Internationaler Frauentag und Sprachförderung für Migrant*innen. Außerdem haben wir über einen Änderungsantrag eine Beschlussfassung über die Aussetzung von Abschiebungen nach Afghanistan durchgesetzt. Ein weiteres Anliegen, das nicht mehr auf dem Parteitag beraten werden konnte, ist, dass Personen mit Sprachschwierigkeiten im Rahmen der Geschäftsordnung für den Landesparteitag mehr Redezeit eingeräumt bekommen sollen.

Zur Bundeskonferenz der AG Migration und Vielfalt im Juni 2019 haben wir mit acht Anträgen die mit Abstand meisten eingereicht, darunter auch die Forderung nach der Einrichtung einer/ eines Antirassismusbeauftragten. Unsere Anträge für mehr Gelder für den Kampf gegen Genitalverstümmelung und gegen Abschiebung nach Afghanistan wurden vom AG-Bundesvorstand

aufgenommen und auf dem Bundesparteitag gestellt.

Wir freuen uns sehr darüber, dass auf dem Landesparteitag 2019 mit Serpil Midyatli diejenige als Landesvorsitzende gewählt wurde, die vor mehr als einem Jahrzehnt den Arbeitskreis Migration in unserem Landesverband ins Leben rief und seitdem immer auch für unsere Themen gestanden hat. Dass Serpil dann auf dem Bundesparteitag zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt wurde, ist ein großartiger Vertrauensbeweis für ihre Arbeit innerhalb und außerhalb der Partei.



Auch sind wir froh, dass unsere Vorstandsmitglieder Christopher Keichi Schmidt und Aylin Cerrah 2019 in den SPD-Landesvorstand gewählt wurden und unser Vorsitzender Tarek als Delegierter auf dem Bundesparteitag die Belange unseres Landesverbandes vertreten konnte. Und Nazan Komral wurde auf der Bundeskonferenz mit ihren Themenschwerpunkten Anti-Rechts und Feminismus in den Bundesvorstand gewählt, so dass unser Landesverband dort weiterhin vertreten ist.



Im Europawahlkampf haben wir Delara Burkhardt auf verschiedenen Podiumsdiskussionen unterstützt und waren sehr froh über ihre Wahl ins Europaparlament, wo sie auch das Thema Migration vertritt. Inhaltlich hat uns das Thema Seebrücke stark beschäftigt, wozu wir nicht nur auf Kundgebungen vertreten waren, sondern ge-

meinsam mit den Jusos auch einen Antrag zum Sicheren Hafen auf dem Landesparteirat im April 2019 durchgesetzt haben. Über diese Positionierung der Landespartei freuen wir uns sehr. Am 23. November 2019 haben wir der Anschläge von Mölln gedacht.

In der Corona-Zeit haben wir mit einer Postkarten- und Telefonaktion den Kontakt zu den Mitgliedern gehalten und, wie viele andere Gruppen in der Partei auch, über Online-Sitzungen den Austausch über unsere Themen weiter betrieben. Wir mussten unsere für Dezember 2020 geplante Vollversammlung auf unbestimmte Zeit verlegen. Wir verfolgen unser Vorhaben weiter, in Zusammenarbeit mit vielen Organisationen und Akteur*innen auf Landesebene eine „Fachrunde Migration“ ins Leben zu rufen, die im Rahmen des Diskussionsprozesses für das Landtagswahlprogramm Vorschläge für die Bereiche Integration/Migration und Minderheitenpolitik erarbeiten soll, wir werden aufgrund der Umstände aber erstmal online tagen.

TAREK SAAD, LANDESVORSITZENDER
E-MAIL: TAREK-SAAD@GMX.DE
HOMEPAGE: WWW.AG-MIGRATION-SH.DE/

ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTSTÄNDIGE (AGS)



Die Arbeitsgemeinschaft Selbstständige (AGS) mit bundesweit mehr als 30.000 Mitgliedern ist die älteste Arbeitsgemeinschaft in der SPD. Ihre Mitglieder engagieren sich seit über 100 Jahren, um die politischen Rahmenbedingungen für Selbstständige zu verbessern.

Die AGS Schleswig-Holstein bringt auch unpopuläre Denkansätze zur Diskussion und setzt sich ein für eine Diskussion mit zielgruppenspezifischen Themen zur Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Mit unseren Anträgen zum Landesparteitag und im Landesparteirat beteiligen wir uns aktiv am Diskussionsprozess in der Partei.

Beispiele:
- Mindesthonorare für Selbstständige



- Cyber-Kriminalität
- Industriepolitik
- Soziale Absicherung für Freiberufler*innen

In Coronazeiten haben wir uns besonders für die vielen Kleinunternehmer*innen in Schleswig-Holstein eingesetzt. Wir meinen, dass Grundsicherung keine geeignete Schutzmaßnahme ist, um der selbstständigen Arbeit von rund 2,2 Millionen Einzelunternehmer*innen in Deutschland Wertschätzung entgegen zu bringen. Die Anerkennung eines soloselbstständigen Berufslebens darf nicht auf die Betriebskosten reduziert werden.

Dabei orientieren wir uns am Hamburger Programm unserer Partei. Zitat: „Wir wollen eine Kultur der Selbstständigkeit in Deutschland. Für gering verdienende Freiberufler*innen und Gewerbetreibende wollen wir eine bessere soziale Sicherung schaffen.“

Auf der ordentlichen Vollversammlung am 20. November 2019 wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Dem Landesvorstand gehören an: Guenther Hansen (Vors.), Peter Gottschalk und Larisa von Wolff (stellvertr. Vors.), Marco Freitag, Torsten Meyer-Bogya, Christian Schröder, Kai-Olaf von Wolff, Marc Timmer und Regina Selke (Beisitzer*innen).

Im AGS-Bundesvorstand werden wir von Kai-Olaf von Wolff vertreten. An den Bundeskonferenzen, Bundesausschüssen, dem Landesparteirat und Landesparteitagen nahmen wir regelmäßig teil und haben unsere wirtschafts- und arbeitspolitischen Vorstellungen dort eingebracht.

Das AGS-FutureLab startete am 8. Dezember 2020 mit dem Thema „Die Zukunft der Arbeit heißt Selbstständigkeit“. Wir wollen mit dem FutureLab einen Blick über den Horizont werfen und die Wirtschaftspolitik von Übermorgen skizzieren. Jeder, jede kann mitmachen: Unternehmerinnen, Unternehmer, Managerin, Manager, Führungskräfte, Wissenschaft und Studierende.

GUENTHER HANSEN, LANDESVORSITZENDER
 E-MAIL: PRESSE@AGS-SCHLESWIG-HOLSTEIN.DE
 HOMEPAGE: WWW.AGS-SCHLESWIG-HOLSTEIN.DE

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATISCHER FRAUEN (ASF)



Seit der Vollversammlung vom 26. September 2020 hat die ASF Schleswig-Holstein eine Doppelspitze!

Silke Brandt und Cornelia Östreich teilen sich den Landesvorsitz. Neben den bisherigen Stellvertreterinnen Susanne Kalweit, Franka Dannheiser, Anja Bull und Gerlinde Böttcher-Naudiet wurden auch Amal Allouch und Friederike Wenk gewählt. Christiane Buhl, designierte Kandidatin für den ASF-Bundesvorstand, ist kooptiert.

Die Sitzungen des ASF-Landesvorstandes finden derzeit virtuell statt. Unsere Termine sind auf der Homepage einzusehen.

Wegen Corona sind die SPD-Frauen herzlich eingeladen, sich auf unserer facebook-Seite zu informieren und mitzudiskutieren. Dort stellen wir im Wechsel gleichstellungspolitische Themen verschiedener Ebenen, Veröffentlichungen und eigene Projekte vor. Eins davon für 2021 ist eine Reihe über kommunalpolitisch aktive SPD-Frauen. Interessentinnen bitte über die Homepage melden!

Wir stehen in intensivem Austausch mit den anderen Arbeitsgemeinschaften. Gemeinsame Inhalte vertreten wir auch gemeinsam in Partei und Öffentlichkeit – so auf der Landesparteiratssitzung zum Thema „Arbeit“ oder die Stellungnahme zur Neuorganisation der Arbeitsgemeinschaften auf Bundesebene.

Die ASF setzt sich weiter für geschlechterparitätische Regelungen im Wahlgesetz ein. Dazu läuft jetzt eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht, für die wir um Unterstützung bitten. Es gilt: „Ohne Frauen keine Demokratie!“

Wir vernetzen uns auch überparteilich, z.B. in Gesprächen auf ministerieller Ebene oder im „außerparlamentarischen Gleichstellungsausschuss“ in Lübeck.

Das sog. Nordische Modell (Sexkauf-Verbot) lehnt die ASF SH nach intensiver Diskussion mit Fachfrauen ab. Darin wissen wir uns mit dem SPD-Landesvorstand und der MdB-Landesgruppe einig.

Bei den anstehenden Nominierungen für die Bundestagswahl erwartet die ASF eine paritätische Verteilung der Wahlkreise, einen „geraden“ Reißverschluss auf der Liste – und nicht zuletzt echte gleichstellungspolitische Inhalte, wie sie leider in der Großen Koalition einen schweren Stand hatten. Das unerträgliche Fortbestehen von § 219a StGB ist da nur ein Negativbeispiel!

Eine längere Version des Berichts steht auf unserer Homepage <http://asf.spd-schleswig-holstein.de>

Für den ASF-Landesvorstand
Silke Brandt & Cornelia Östreich



SILKE BRANDT & CORNELIA ÖSTREICH,
LANDESVORSITZENDE
HOMEPAGE: ASF.SPD-SCHLESWIG-HOLSTEIN.DE

ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALDEMOKRATEN*INNEN IM GESUNDHEITSWESEN (ASG)

SPD **ASG** In der ASG Schleswig-Holstein engagieren sich Genoss*innen aus den Bereichen Medizin, Pflege, Wohlfahrtsverbänden, Krankenhäuser und Krankenversicherungen. Sie nehmen gesundheitspolitische Aufgaben in der Partei und in der Öffentlichkeit wahr und tragen zur gesundheitspolitischen Meinungsbildung in der SPD und in der Gesellschaft bei.

„ASG vor Ort!“

Der ASG-Landesvorstand versteht sich als Bindeglied zwischen der Landespartei und den gesellschaftlich relevanten Institutionen des Gesundheitswesens. Deshalb hat der ASG-Landesvorstand unter dem Motto „ASG vor Ort!“ auch in den vergangenen zwei Jahren u. a. eine Führung im Friedrich-Ebert-Krankenhaus (FEK) in Neumünster durchgeführt und interessante Einblicke in das Projekt „Online-Docs“ erhalten. Durch die Besuche von Einrichtungen des Gesundheitswesens und der Pflege im Land erhält die ASG wichtige Impulse für die inhaltliche Arbeit. Darüber hinaus standen auch zahlreiche regionale Aktivitäten und Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit Kreisverbänden und unseren Landtagsabgeordneten, u. a. zum Thema „Leben im ländlichen Raum“, im Mittelpunkt der Arbeit der ASG.

„Bauer sucht Arzt“

Die demografische Entwicklung der Bevölkerung betrifft auch die niedergelassenen Ärzt*innen. Nach und nach werden immer mehr Hausärzt*innen in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Und Nachwuchs ist in den kommenden Jahren kaum in Sicht. Um dieses Problem in den Griff zu bekommen, sind neue Wege gefragt, um die zukünftige medizinische Versorgung dort sicherzustellen, wo die Menschen leben: in den Gemeinden oder in den Stadtteilen!

Covid-19 – Schlussfolgerungen für die Zukunft unseres Gesundheitssystems!

Die Covid-19-Pandemie ist eine fundamentale Herausforderung für unser Gesundheitswesen. Nach der Bewältigung brauchen wir eine systematische Analyse der gesammelten Erfahrungen,

auf deren Grundlage wir die notwendigen strukturellen Veränderungen für unser Gesundheitswesen und in der Pflege diskutieren müssen. Der ASG-Bundesvorstand hat hierzu bereits ein Diskussionspapier erarbeitet, auf dessen Grundlage wir gemeinsam mit den Gliederungen die Diskussion über die Schlussfolgerungen für die Zukunft unseres Gesundheitssystems führen wollen.

„Unser Ziel: Die Bürgerversicherung!“

Die ASG wurde 1913 auf Initiative sozialdemokratischer Ärztinnen und Ärzte mit dem Ziel einer Gesundheitsversorgung ohne Klassenschranken gegründet. Dieses Leitmotiv ist auch heute noch Ansporn für die Arbeit der ASG Schleswig-Holstein. Wir kämpfen deshalb weiter für die Einführung der Bürgerversicherung!

ANDREAS HERING, ASG-LANDESVORSITZENDER
TELEFON: (04321) 400912
E-MAIL: ANDREAS-HERING@ONLINE.DE
HOMEPAGE: WWW.ASG.SPD.DE

ARBEITSGEMEINSCHAFT SPDqueer



Gemeinsam kämpfen die Mitglieder der SPDqueer Schleswig-Holstein auf Landes- und Bundesebene für die Rechte von Lesben, Schwulen, bi, trans- und intersexuellen Menschen. Ziel ist eine völlige Gleichstellung und wirkliche Akzeptanz, die sich im Begriff der „Inklusion“ am deutlichsten erfassen lässt. Wir stehen für eine lebens- und liebenswerte Gesellschaft. Unsere wichtigen Ziele sind gemeinsame Ziele!

Themenschwerpunkte der SPDqueer SH im Berichtszeitraum:

- Diskriminierung von schwulen Männern bei Blutspenden
- Homosexualität im Alter
- Homosexualität und Migration
- Regenbogenfamilie – rechtliche Gleichstellung

Aktivitäten im Berichtszeitraum:

- 3 Vorstandssitzungen
- Bundesausschuss in Hamburg (Oktober 2019)
- Bundeskongress in Hannover (geplant für Oktober 2020, wurde verschoben)
- Teilnahme an der Veranstaltung „50 Jahre – Stonewall“ in Kiel (Juni 2019)

- CSD-Empfang der Landeshauptstadt Kiel (2019)
- CSD in Kiel mit einem Infostand (2019)
- CSD in Lübeck – Präsenz am Infostand der Lübecker SPD und Teilnahme an der Demonstrationstour mit einem eigenen Truck (2019)
- Hilfestellung bei der Einrichtung eines Runden Tisches, bei der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Rendsburg-Eckernförde (Runder Tisch für Akzeptanz und Respekt)
- Infostand – CSDs im Kreis Rendsburg-Eckernförde
- Informationsgespräch im HAKI-Zentrum über die Arbeit des HAKI e. V.
- Organisation eines Fachvortrages im Sozialausschuss des Kreises Rendsburg-Eckernförde zum Thema „Was bedeutet Intersexualität“
- Regenbogenbeflaggung am Walter-Damm-Haus, Kreishaus Rendsburg und am Rathaus Rendsburg zum internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie, Biphobie und Interphobie (17. Mai)
- Queere Fahrrad-Demo in Kiel diverse Teilnahme von SPD-Mitgliedern (2020)

Wiederkehrende Aktivitäten:

- regelmäßige Teilnahme am „Runden Tisch- Echte Vielfalt“ in Kooperation mit dem Sozialministerium und den verschiedensten Vereinen und Verbänden in der LSBTIQ*- Community
- Teilnahme und Kranzniederlegung bei der Gedenkveranstaltung für die verfolgten Homosexuellen im Nationalsozialismus in Lübeck
- Teilnahme an den CSDs in Kiel und Lübeck
- Teilnahme am Women March und Rainbow Walk in Flensburg

Im Namen der AG SPDqueer SH bedanke ich mich bei allen Genoss*innen für die Unterstützung in allen Angelegenheiten. Besonderen Dank gilt meinem Vorstandsteam und dem AG-Team im Walter-Damm-Haus.

MAIK GRILL, LANDESVORSITZENDER
E-MAIL: INFO@SPDQUEERSH.DE
WWW.FACEBOOK.COM/SPDQUEER.SH



ARBEITSKREIS SPD, KIRCHEN UND RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN



Wir sind ein Zusammenschluss von Sozialdemokrat*innen und parteiungebundenen Mitgliedern, die sich aus ihrem Glauben heraus in der SPD Schleswig-Holstein engagieren. Unsere Gruppe umfasst etwa 20 Aktive aus allen Teilen Schleswig-Holsteins. Wir stellen fest, dass sich in der aktuellen Krise in besonderem Maße die Notwendigkeit von engagierter wertegebundener Politik zeigt. Wie in einem Brennglas werden nun Konflikte deutlich, die unsere Gesellschaft auch nach der Pandemie noch belasten werden. Für uns spielt deshalb der Begriff „Solidarität“ eine besondere Rolle, wenn es darum geht, Konfliktlösungen anzubieten und unsere demokratische Gesellschaft weiterzuentwickeln. Unbestreitbar ist für uns die Notwendigkeit, Solidarität politisch zu organisieren, deutlich geworden. Diese Haltung prägte auch im Berichtszeitraum unsere Arbeit.

Aktivitäten

Der AK hat im Berichtszeitraum aufgrund der Corona-bedingten Einschränkungen nicht regelmäßig, aber kontinuierlich getagt. Wir waren auch auf dem zentralen Treffen des Bundes-AK vertreten. Die Stärkung des interreligiösen Dialogs, aktuelle religions- und friedenspolitische Fragen und auch die Bedrohung unserer Demokratie durch den aktuellen Rechtsextremismus wurden von uns thematisiert. Die Frage, wie eine demokratische Gesellschaft mit dieser Entwicklung umgeht, stand im Mittelpunkt unserer Jahresversammlung 2020, die wir noch vor dem zweiten Lockdown am 07. März 2020 in den Räumen des „Kirchlichen Dienstes der Arbeitswelt“ (KDA) in Kiel durchführen konnten. Referent war Björn Engholm.

Auf der überaus gut besuchten Versammlung wurde auch der engere Sprecher*innenkreis neu gewählt. Lienhard Böhning, Rolf Fischer, Brigitte Frodermann, Andreas Hamann und Claus Möller bilden das neue Gremium. Beschlossen wurde eine Veranstaltung mit Björn Böhning (Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales) zum Thema „Digitalisierung und demokratische Gesellschaft“ für den Dezember 2020, die ins Jahr 2021 verschoben wurde. Vorbereitet

werden in Fortsetzung unseres Dialogs Besuche der jüdischen Gemeinden in Kiel. Weiterhin soll auch das Gespräch mit islamischen Gemeinden und dem Beauftragten für den christlich-islamischen Dialog der Nordkirche geführt werden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Unsicherheiten hat der AK beschlossen, zu Beginn 2021 einen der Situation angepassten Aktivitätsplan aufzustellen.

FÜR DEN SPRECHER*INNENKREIS
LIENHARD BÖHNING
E-MAIL: BOEHNINGLUEBECK@AOL.COM

UMWELTFORUM



Bedingt durch die Corona-Pandemie mussten die Beteiligungsformate in 2020 den Verhältnissen angepasst werden. Bis Ende 2019 wurden Präsenzveranstaltungen durchgeführt. Nach einer Corona-Pause im ersten Halbjahr 2020 wurde in der 2. Jahreshälfte das Format „Video-Konferenz“ für den Meinungsaustausch und die politische Arbeit des UfO genutzt. Das Format kann den Wert einer Präsenz-Veranstaltung nicht ersetzen. Video-Konferenzen sind zusätzliche Elemente. Mit Blick auf wegfallende Wegstrecken zum Tagungsort, den daraus resultierenden positiven ökologischen Wirkungen und dem reduzierten Zeitaufwand ist das neue Format gut angenommen worden und wird auch in der Zukunft für den politischen Dialog im UfO genutzt. Weiterhin wird das UfO auch zukünftig die politische Diskussion vor Ort führen und präsent sein.

Das UfO hat im Berichtszeitraum in der personellen Besetzung Sandra Redmann und Wolfgang Vogel (Sprecher*in) sowie Eckart Kuhlwein (Geschäftsführer) mit der Lenkungsgruppe des UfO seine Arbeit durchgeführt.

Die Mitglieder des AK UmWelt, Energie und Ländliche Räume haben die Sitzungen des UfO für die Berichterstattung und die Diskussion über ihre politische Arbeit umfassend genutzt. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen Naturschutz, Ländliche Räume und Energie des UfO haben bei einzelnen

Projekten des AK Umwelt, Energie und Ländliche Räume und beim Energiebeirat ihre fachliche Kompetenz eingebracht.

Darüber hinaus hat die Arbeitsgruppe Energie des UfO die Themen Abbau und Nutzung seltener Erden im Zusammenhang mit der E-Mobilität und den Möglichkeiten zum Natur- und Umweltgerechten Vorgehen mit dem neuen Lieferkettengesetz bearbeitet. Ferner den großflächigen Einsatz von Fotovoltaik.

Die Arbeitsgruppe Naturschutz des UfO befasst sich mit dem ersten Entwurf einer Biodiversitätsstrategie für Schleswig-Holstein.

Begleitet wurde die Arbeit des UfO auch durch die Berichterstattungen von MdB Nina Scheer und ab 2020 durch MdEP Delara Burkhardt.

Das UfO hat im Berichtszeitraum folgende Themen behandelt:

- Politikstrategie Bioökonomie und Nationale Forschungsstrategie Bioökonomie 2030,
- EU-Verordnung über „Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette,
- EU- Zulassungsverfahren für Pestizide,
- Initiative zur Vermeidung von Plastikmaterial und zur Vermeidung von Plastikmüll,
- Landesentwicklungsplanung und Auswirkungen auf den Windenergiesektor,
- Verfahren zur Gewinnung von „grünem Wasserstoff“;
- Klima als ein Verfassungsziel in der Landesverfassung,
- Nachhaltigkeit beim Beschaffungswesen und beim Vergabegesetz,
- Küstenschutzes im Bereich der Ostseeküste,
- Tiertransporte,
- Auswirkung der Einrichtung einer Gewährträgersammlung im Landesforst,
- Wildnisansatz und Landes-Biodiversitätsstrategie,
- Umgang mit dem Wolf,
- Auswirkung der Massentierhaltung bei Genehmigungspflichtigen Anlagen nach Bundes-Immissionsschutzgesetz,
- LNG Einsatz in der Schifffahrt,
- Klimaschutz bei Massentierhaltung und intensiven Landnutzungen,
- Moorschutz und Torfabbau,
- Verstärkter Einsatz von Erneuerbaren Energien in Kommunalen Wärmenetzen,
- Bekämpfung von Borkenkäferbefall ohne Einsatz

von Gift,

- Wasserstoffstrategie des Landes,
- Endlagersuche für radioaktiven Müll,
- Lebensmittelverschwendung,
- Landes-Düngeverordnung,
- Lieferkettengesetz,
- „Green Deal“ und Klimagesetz der der EU,
- EU, Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) 2021-2027 und Flächenförderung,
- EEG-Novelle Bund,
- Biodiversitätsstrategie des Landes.

Ferner wurde für den Landesparteitag in Nordstedt am 30./31. März 2019 ein Antrag zum Thema „Mobilität und Wasserstoff-Thematik“ erarbeitet.

Das UfO hat bisher organisatorisch leider nicht den Status einer Arbeitsgemeinschaft in der SPD eingeräumt bekommen. Angesichts der Rahmenbedingungen, die Natur und Umwelt für die zukünftige Entwicklung in der Gesellschaft durch unseren menschlichen Einfluss auf die natürlichen Grundlagen des Lebens setzen, muss dem UfO in der Parteilarbeit nicht nur Beratungskompetenz eingeräumt werden, sondern es muss mitentscheiden können. Nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft lokal und global hängt von der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und seiner Dienstleistungen für die Gesellschaft ab. Ganzheitliche Politik muss von diesen Rahmenbedingungen ausgehend die sozialen und wirtschaftlichen Zielsetzungen formulieren. Klimawandel und Artensterben sind existenzielle Signale, dass Natur- und Umweltpolitik diesen zukunftsgerichteten Auftrag verstärkt in Sozial- und Wirtschaftspolitik einbringen muss. Dies erfordert den Status einer Arbeitsgemeinschaft. Eines der Kern-Ziele unserer zukünftigen Arbeit!

WOLFGANG VOGEL & SANDRA REDMANN
E-MAIL: WOVOGEL@GMX.DE

DIE ARBEIT DER SPD-LANDTAGSFRAKTION

*Von Birgit Herdejürgen,
parlamentarische Geschäftsführerin*

Liebe Genossinnen und Genossen,

der folgende Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir haben in den vergangenen Monaten eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht, die hier nicht explizit aufgeführt sind. Ihr findet Informationen zu den einzelnen Arbeitskreisen auf unserer Internetseite.

Für uns alle war das vergangene Jahr eine besondere Herausforderung. Unter den Vorzeichen der Pandemie konnten wir als Fraktion viele der Kommunikationswege nur eingeschränkt wahrnehmen. Regelmäßige Veranstaltungen entfielen ganz oder fanden digital statt. Daher bleibt der Hinweis auf die üblichen Veranstaltungen zum Austausch mit euch an dieser Stelle auch etwas magerer als üblich.

Wir haben trotzdem versucht, den Informationsfluss in die Fläche hinein zu gewährleisten. Wenn sich die Situation wieder normalisiert hat, werden wir selbstverständlich auf die üblichen Formate wieder zurückgreifen. Der Austausch per Video-Konferenz wird uns aber sicher als ergänzendes Mittel der Informationsweitergabe erhalten bleiben.



Bewährtes, wie unsere „Kommunale Runde“, konnten wir nicht durchführen. Der „Sozialratschlag“ oder die „europa-akzente“, mit denen wir bestimmte Zielgruppen ansprechen, die aber selbstverständlich für alle Genossinnen und Genossen offen sind, fanden teilweise digital statt. Das „offene Büro“ unseres Fraktionsvorsitzenden sprach bis 2019 einzelne gesellschaftliche Gruppen an. Bereisungen der Arbeitskreise fanden unter großen Ein-

schränkungen statt, sofern die jeweils geltenden Hygienemaßnahmen eingehalten werden konnten.

Nach den Plenartagungen erscheint jeweils ein Newsletter, der die wichtigsten Themen der betreffenden Tagung aufgreift und auf weiterführende Informationen verweist. Er wird vom Landesverband an alle Mitglieder mit E-Mail-Adresse verschickt.

Alle Materialien sind auf unserer Website www.spd.ltsh.de eingestellt (im Download-Bereich bzw. Newsletter).

Der Geschäftsführende Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Ralf Stegner (Fraktionsvorsitzender), Beate Raudies (Stellvertreterin und Vorsitzende AK Finanzen), Martin Habersaat (Stellvertreter und Vorsitzender AK Bildung), Birte Pauls (Stellvertreterin und Vorsitzende AK Soziales) und Birgit Herdejürgen (Parlamentarische Geschäftsführerin). An den Sitzungen nehmen Kirsten Eickhoff-Weber als Landtagsvizepräsidentin und Serpil Midyatli als Landesvorsitzende beratend teil.

Dem erweiterten Fraktionsvorstand gehörten zusätzlich die Vorsitzenden der Facharbeitskreise an: Thomas Rother (Innen und Recht), Thomas Hölck (Wirtschaft und Verkehr), Regina Poersch (Europa), Sandra Redmann (Umwelt und Energie).

Wir besetzen mit Wolfgang Baasch (Europa), Stefan Weber (Finanzen) und Kai Vogel (Zusammenarbeit mit Hamburg) drei Ausschussvorsitze.

BILDUNG

Unter den landespolitischen Schwerpunktthemen ist die Bildung, besonders die Schule, eines der am heftigsten umstrittenen. Jede*r hat seine eigenen Erfahrungen aus der Schulzeit, und fast jede*r hat über seine Kinder, Enkel, Neffen oder Nichten irgendetwas mit der Schule zu tun und hat dazu seine/ihre Meinung.

Auch in den vergangenen zwei Jahren wurde die Schulpolitik der Jamaika-Koalition fast völlig von CDU und FDP geprägt, während sich die GRÜNEN sehr zurückhielten.

Die bis zum Beginn der Corona-Pandemie günstige Haushaltslage hat es der Koalition ermöglicht, die Ressourcen im Bildungsbereich zu verstärken, u.

a. durch neue Lehrerstellen und damit eine bessere Unterrichtsversorgung. Auch die Hochschulen bekamen mehr Geld, so dass von den Präsidiien nur wenig Kritik an der Landesregierung kommt.

Gleichzeitig versäumt es die Regierung aber, die Interessenvertretungen der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und des Personals an Schulen und Hochschulen in Entscheidungsfindungen einzubinden. Es gibt zwar teure Informationsveranstaltungen, aber ein Dialog mit denen, die die politischen Entscheidungen umsetzen und ausbaden müssen, findet – anders als zu Zeiten der Küstenkoalition – kaum noch statt.

Wir setzen uns im Landtag und im Bildungsausschuss ständig mit der Regierungspolitik der sozialen Spaltung auseinander, die das Schulsystem nicht durchlässiger, sondern abschüssiger gestalten will. Für die Jamaika-Koalition ist die Inklusion von Schüler*innen mit Behinderungen und anderen Benachteiligungen Aufgabe der Gemeinschaftsschulen, die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit besonderen Begabungen hingegen Privileg der Gymnasien.

Unser Arbeitskreis Bildung führt, ebenso wie die gesamte Fraktion, regelmäßig Gespräche mit Verbänden und Einrichtungen aus Schule, Hochschule, Kultur und Weiterbildung. Aus vielen dieser Gespräche leiten wir Anträge ab, die wir im Landtag oder im Bildungsausschuss, häufig zusammen mit dem SSW, aber selbstverständlich niemals mit der AfD gemeinsam einbringen.

Ein Schwerpunkt der letzten zwei Jahre war die Umsetzung der Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der Jamaika-Koalition, das bereits unter unserer Regierungsverantwortung auf den Weg gebrachte Schleswig-Holsteinische Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) zu gründen und es dem Wirtschaftsministerium zuzuordnen. Dazu hat die Regierung mittlerweile die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Wir lehnen natürlich nicht das SHIBB als solches ab, wenden uns aber dagegen, dass es eine Spaltung der Schulen in Schulen des Bildungsministeriums und Schulen des Wirtschaftsministeriums gibt.

Im Jahr 2019 galt „business as usual“. Das Jahr 2020 hingegen stand ab März ganz und gar im Zeichen von Corona. Bund und Land haben auch im Bildungsbereich gigantische Summen mobilisiert. Es gab 2020 insgesamt vier Nachtragshaushalte. Diese wurden zwischen der Regierung und uns ausgehandelt, weil eine Zweidrittelmehrheit nötig

war, die nur mit den Stimmen der SPD-Fraktion hergestellt werden konnte. Wir haben alles daran gesetzt, um zu verhindern, dass in der Corona-Krise unheilbarer Schaden an Tausenden von Bildungskarrieren entstand.

Das Handwerk des Bildungsministeriums war in vielen Bereichen schlecht. Richtlinien wurden verkündet und nach kurzer Zeit zurückgezogen oder abgeändert. Das hat sehr viel Unsicherheit an den Schulen verursacht. Ministerin Prien ließ sich von der Boulevardpresse als „härteste Schulministerin Deutschlands“ feiern, weil sie gesundheitlich vorbelastete Lehrkräfte in den Präsenzunterricht zwang. Hier haben wir regelmäßig den Finger in die Wunde gelegt.

Dass die Schuljahre 2019/20 und 2020/21 keine verlorenen Jahre sind und werden, ist in erster Linie dem großen Engagement von Zehntausenden von Lehrkräften zu verdanken, nicht aber dem Krisenmanagement der Bildungsministerin.

Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit waren die Unterstützung für Studierende, die wegen Corona in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerieten, weil ihre Jobs plötzlich wegbrachen, und das Bemühen, für die Einrichtungen und die Aktiven in Kultur und Weiterbildung, deren Einnahmen zum Teil auf Null gingen, etwas zu tun. Hier hat die enge Zusammenarbeit mit der Bundesregierung dazu geführt, dass eine ganze Reihe von Programmen aufgelegt werden konnte.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) haben wir im Herbst 2019 eine Veranstaltung zur politischen Bildung durchgeführt, die angesichts des erstarkenden Rechtsextremismus wichtige inhaltliche Anstöße gegeben hat.

Die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus ist bei unserem Arbeitskreis angesiedelt. Dabei war es von Bedeutung, dass alle demokratischen Fraktionen im Landtag die AfD konsequent ausgegrenzt haben und mehrere interfraktionelle Anträge gegen Rechts beschlossen haben. Nach Niedersachsen und Bremen ist im Herbst 2020 auch die schleswig-holsteinische AfD-Fraktion zerfallen und wurde durch einen Zusammenschluss der drei in der Partei verbliebenen Abgeordneten abgelöst, der jedoch weniger parlamentarische Rechte als eine Fraktion genießt.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bedrohung der Demokratie von Rechts nicht im Schatten von Corona vergessen wird. Ganz im Gegenteil – das ge-

meinsame Marschieren von Corona-Leugnern und Holocaust-Leugnern erfordert ständige Wachsamkeit. Dabei arbeiten wir mit der Zivilgesellschaft zusammen.

Es bleibt unser Ziel, dass der 20. Schleswig-Holsteinische Landtag, der 2022 gewählt werden wird, frei von rechtsradikalen Abgeordneten ist.

UMWELT UND ENERGIE

2019 und 2020 waren auch für unsere Themenfelder Umwelt, Energie und ländliche Räume sehr vielfältig und standen nicht nur durch die regelmäßigen freitäglichen Demonstrationen von Fridays-ForFuture besonders im Fokus der Öffentlichkeit.

Mit unserer großen Klimakonferenz am 28. September 2019 in Neumünster haben wir das Thema Klimaschutz nicht nur aus der politischen Perspektive beleuchtet, sondern auch diskutiert, was jede und jeder Einzelne von uns tun kann. Dazu hatten wir außerdem einen besonderen Gast eingeladen: Meeno Schrader, DEN Wetterexperten in Schleswig-Holstein. Als Meteorologe machte er in seinem Vortrag „Die Erde brennt“ deutlich, wie sich der Klimawandel in den Wetterphänomenen der letzten Jahre und Jahrzehnte deutlich gezeigt hat.

Das Thema Klimaschutz ist zum roten Faden unserer Arbeit geworden. Dabei geht es neben Maßnahmen vor Ort auch um globale Gerechtigkeitsfragen, um Nachhaltigkeit und Fairness im internationalen Handel. Daher haben wir über ein deutsches Lieferkettengesetz debattiert, das sowohl soziale, als auch ökologische Standards setzt - weltweit. Wir diskutierten aber auch über den Energiewende- und Klimaschutzbericht, werden das Gesetz 2021 novellieren und kritisierten die Jamaika-Regierung für den Stillstand beim Ausbau der Windenergie an Land. In Fachgesprächen und unserem energiepolitischen Fachbeirat haben wir intensiv über Wasserstoff oder Photovoltaik beraten.

Neben der Energiewende, die als eine der Säulen des Klimaschutzes betrachtet wird, spielt aber auch der sogenannte biologische Klimaschutz eine große Rolle. Darunter verstehen wir Maßnahmen, wie die Wiedervernässung von Mooren oder das Anpflanzen neuer Bäume (Neuwaldbildung). Denn beides sind CO₂-Speicher, die wir neben einer Reduktion der Treibhausgasemissionen dringend benötigen, um überhaupt eine Chance zu haben, das 1,5-Grad-Ziel des Weltklimarats zu erreichen.

Viele wissen zwar, dass Moore CO₂ speichern. Oft ist jedoch nicht bekannt: Wenn Moore trockenge-

legt sind - und das ist auch in Schleswig-Holstein vielfach der Fall – stoßen sie CO₂ sogar in nicht geringer Menge aus. Deshalb ist der biologische Klimaschutz ebenso wichtig, wie die Energiewende oder die Reduktion von Stromverbrauch und Treibhausgasemissionen.

Wir haben aber auch über die Herausforderungen der Landwirtschaft hitzig diskutiert und als SPD-Fraktion die Broschüre „Neuausrichtung der Agrarpolitik - Unsere Ziele für eine nachhaltige Landwirtschaft“ herausgegeben. Denn für uns ist klar, wir brauchen eine auf allen Ebenen nachhaltige Landwirtschaft – ökologisch verträglich, sozial gerecht, ökonomisch rentabel und am Tierwohl orientiert.

Nach Jahren des Ringens wurde endlich eine neue Düngeverordnung beschlossen. Der Nährstoffbericht des Landes hat auch 2020 wieder gezeigt, dass die Nitrat- und Phosphorwerte unseres Wassers alarmierend hoch sind. Daran hat natürlich auch die Landwirtschaft einen Anteil. Auch mit ihr müssen wir effektive Strategien gegen den Klimawandel entwickeln.

Es ist ein Skandal, dass genießbare Lebensmittel immer noch massenhaft in die Tonne wandern. Nachdem die Jamaika-Fraktionen unsere Anträge zum Thema Lebensmittelverschwendung in der Vergangenheit durch windelweiche Alternativanträge verschleppt hatte, ist es uns aber doch noch gelungen, das Thema in den Ausschuss zu ziehen. Gerade läuft eine Expertenanhörung, deren Hinweis wir in unsere weiteren Forderungen einbeziehen werden.

Wir haben über viele der in Schleswig-Holstein lebenden Tiere und die damit verbundenen Herausforderungen gesprochen: Sei es der Wolf, eingewanderte Nandus an der Grenze zu Mecklenburg-Vorpommern, über Wildgänse, Koniks, die Afrikanische Schweinepest, die Vogelgrippe, die Sauenhaltung im Kastenstand oder aber auch die drängende finanzielle Lage vieler Tierheime und Tierschutzvereine.

Auch wenn die Corona-Pandemie vor allem einschlägige Auswirkungen auf die Bereiche Wirtschaft, Gesundheit, Bildung und Soziales hatte, haben auch wir im Umwelt- und Energiebereich ihre Auswirkungen zu spüren bekommen. Durch den Ausbruch der Pandemie in verschiedenen Schlachtbetrieben kam es zu Schließungen und dadurch zum Stau bei der Schlachtung. Viele schweinehaltende Betriebe haben neben finanziellen Schwie-



rigkeiten auch Probleme, die Masse an Tieren artgerecht unterzubringen. Tierparks standen vor großen Herausforderungen durch die zwangsweise Schließung im März 2020. Ohne Besucherinnen und Besucher hatten viele Sorgen um ihre Tiere und um die Existenz der Parks.

Oder da ist der Verpackungsmüll, der durch Essenslieferungen, Hygienemaßnahmen und Co. vermehrt zustande kam.

Wir bleiben mit Freude und großem Engagement an unseren Themen dran!

In unserem Newsletter informieren wir in regelmäßigen Abständen über unsere Initiativen in den Bereichen Umwelt, Energie und ländliche Räume. Das werden wir gerne auch weiterhin tun.

WIRTSCHAFT

Die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft und Arbeitsplätze sind schwerwiegend. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass schnelle Lösungen gefunden werden, wie die schleswig-holsteinische Wirtschaft geschützt werden kann. Es müssen so viele Arbeitsplätze und Einkommen wie nur irgend möglich gesichert werden und dafür muss finanzielle Unterstützung schnellstmöglich bei den betroffenen Betrieben ankommen. Wir haben uns vor allem für die besonders hart getroffene Hotellerie und Gastronomie und die Schausteller- und Veranstaltungsbranche eingesetzt. Hier konnten wir z. B. beim bestehenden Landesnothilfeprogramm durchsetzen, dass das von uns initiierte Unterstützungsprogramm für die Schaustellerbetriebe bis zum 30.06.2021 verlängert wird.

Zudem haben wir die letzten beiden Jahre für zahl-

reiche Initiativen zu den Themen maritime Wirtschaft, Tarifbindung, Vergaberecht, Industriepolitik, Staatshilfen/ Wirtschaftshilfen, Tourismusförderung, Infrastruktur, Verkehrswende, Verkehrssicherheit, Arbeitnehmerrechte und Arbeitsplatzsicherung genutzt.

Wir haben uns aktiv in die Diskussion um die Weiterentwicklung des Industriestandortes in Schleswig-Holstein eingebracht. Eine starke Industrie ist zentral für den Wohlstand unseres Landes. Darum kommt ihr auch eine zentrale Rolle bei der Gestaltung der zukünftigen Wertschöpfung zu. Hier liegt eine große Aufgabe: Die globalen Veränderungen und Herausforderungen, wie die notwendige ökologische Modernisierung, der stetig voranschreitende Strukturwandel, der Klimawandel, die Digitalisierung, die Energiewende und der Handlungsdruck der demografischen Entwicklung und die spezifische Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein erfordern ein modernes und sozialverträgliches, zukunftssicherndes und nachhaltiges industriepolitisches Konzept. Eine moderne Wirtschafts- und Industriepolitik kann nur Erfolg haben, wenn Transformations- und Innovationsprozesse aktiv von den Sozialpartnern begleitet werden.

TOURISMUS

Die Corona-Krise hat den Tourismus weitestgehend zum Erliegen gebracht und hat weitgehende Folgen, insbesondere für die Hotellerie und Gastronomie, aber auch für Reisekonzerne, Busunternehmer*innen oder Reisebüros. Zum Schutz der Arbeitsplätze und zur Bewahrung der touristischen Infrastruktur im Urlaubsland Schleswig-Holstein für eine Zeit nach der Pandemie setzen wir uns für klare, einfache, nachvollziehbare und wirksame Maßnahmen ein, wie die von uns geforderte Verlängerung der Überbrückungshilfe im August. Unsere Gäste sollen zu jeder Zeit sicher Urlaub in Schleswig-Holstein machen können. Wir sind dazu mit den Tourismusakteuren in unserem Land im regelmäßigen Austausch.

VERKEHR

Zum besseren Infektionsschutz von Schüler*innen im ÖPNV hat die Landesregierung auf unseren Druck inzwischen Mittel für die Kommunen zur Verbesserung des Schülertransportes zur Verfügung gestellt.

Einer unserer Schwerpunkte im Bereich Verkehr ist es, den ÖPNV bezahlbar, sicher, verlässlich, gut erreichbar und modern zu gestalten. Der öffentliche Personenverkehr als nachhaltiges und öko-

logisches Verkehrsmittel ist eine der tragenden Säulen der Mobilitätswende in unserem Land. Um mehr Pendler*innen davon zu überzeugen, vom Auto zum ÖPNV zu wechseln, muss das Angebot auf den bestehenden Strecken durch eine Verbesserung der Taktung, Anbindung und Platzangebot deutlich attraktiver gestaltet werden. Die Landesregierung hat im Nahverkehr keine Verbesserungen geschaffen und steht bei der Reaktivierung von Bahnstrecken auf der Bremse. 2019 haben wir die Landesregierung unter anderem aufgefordert, die Taktfrequenz für die AKN und den S-Bahnverkehr in Schleswig-Holstein deutlich zu verbessern und uns erfolgreich für die Fortführung der Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberg eingesetzt. 2019 ist Jamaika unserer Initiative für einen kostenfreien Nahverkehr zum Tag der Deutschen Einheit gefolgt. Das Semesterticket konnte dank der intensiven Vorarbeit der SPD-geführten Küstenkoalition eingeführt werden und wir haben Jamaika aufgefordert, das Angebot auch auf alle Auszubildenden auszuweiten.

Bei der A20 herrscht Stillstand und Jamaika hat keinen Meter gebaut, schafft es nicht Ökonomie und Ökologie in Einklang zu bringen. Für den Weiterbau der A20 zur notwendigen Entlastung des Hamburger Raumes von Verkehr, haben wir uns 2019 insbesondere für einen konstruktiven Dialog mit den Naturschutzverbänden und den betroffenen Kommunen eingesetzt. Die Planung für die Feste Fehmarnbeltquerung schreitet voran. Wir wollen, dass die Auswirkungen so gering wie möglich gehalten werden und haben mit verschiedenen Anträgen darauf gedrängt, dass offene Fragen, insbesondere zum Lärm- und Erschütterungsschutz, zum Brandschutz und zur Nachnutzung der Bäderbahn endlich geklärt werden.

ARBEIT

Die Situation in der Fleischindustrie in Schleswig-Holstein und die damit teilweise einhergehende Ausbeutung sowie menschenunwürdige Unterbringung der Arbeitnehmer*innen waren und sind ein Schwerpunkt unserer Arbeitsmarktpolitik. Wir haben zur Situation besonders in den Schlachthöfen mehrfach Anträge gestellt, Berichte von der Landesregierung eingefordert, Anhörungen durchgeführt, so dass endlich die Landesregierung mit verstärkten Kontrollen tätig geworden ist. Wir hoffen nun, dass das Arbeitsschutzkontrollgesetz der Bundesregierung die Ausbeutung beendet. Die Umsetzung des Gesetzes und die Überwachungstätigkeit der Landesregierung werden uns in 2021 beschäftigen. Weiterhin ist und bleibt der generelle Arbeits- und Gesundheitsschutz ein zentrales The-

ma, da wir eine Große Anfrage für Schleswig-Holstein dazu gestellt haben. Wir wollen „gute Arbeit“ und wir müssen daher diesen Bereich mehr beleuchten und diskutieren. Hierzu gehört auch das Thema „Home-Office“, das durch die Corona-Pandemie stark an Bedeutung gewonnen hat. Die verschiedenen Aspekte in unserem umfangreichen Antrag werden wir mit Expert*innen diskutieren und unsere Rückschlüsse ziehen sowie die Arbeit auf Bundesebene dazu begleiten. Die Stärkung der Tariftreue in Schleswig-Holstein und die Erhöhung des Mindestlohns waren wichtige Themen unserer politischen Arbeit der letzten zwei Jahre und wir werden uns weiterhin dafür mit Initiativen einsetzen.

DIGITALISIERUNG

Die Corona-Pandemie hat zur Beschleunigung im Bereich der Digitalisierung geführt und einmal mehr gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung insbesondere im Arbeits- und Bildungsbereich aber auch bei Verwaltungsleistungen ist und welchen akuten Aufholbedarf wir hier haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Beschäftigten auf allen Ebenen beteiligt werden und Digitalisierungsprozesse transparent erfolgen.

2019 und 2020 haben wir uns vor allem auch mit dem Thema Breitbandausbau in Schleswig-Holstein beschäftigt, bei dem es großen Nachholbedarf gibt. Wir wollen schnelles Internet (5G) überall im Land - die Landesregierung hat einen flächen-deckenden 5G-Ausbau leider bisher nicht auf der Agenda!

Auch in anderen Bereichen (z. B. Künstliche Intelligenz) kommt die Landesregierung nicht wirklich voran. Es bleibt weitgehend bei Ankündigungen. Eine wirkliche Digitalisierungsstrategie mit klaren Schwerpunkten, Zeitplänen und einer konkurrenz-fähigen finanziellen Grundlage ist nicht in Sicht.

LANDESPLANUNG

Beherrschendes Thema im Bereich Landesplanung blieb die Neuaufstellung der Regionalpläne für die Windenergie. Mittlerweile sind die neuen Regionalpläne fertig gestellt – nach nahezu sechs Jahren und vier Entwürfen! Grund für die erhebliche Verzögerung waren vor allem die Wahlversprechen der CDU im Wahlkampf. Diese haben wir von Anfang an scharf kritisiert, denn es ging stets nur um Effekthascherei, niemals um eine vernünftige Lösung für die Umsetzung der Energiewende in Schleswig-Holstein. Nach der Landtagswahl im Mai 2017 wurde der erste noch in der letzten Legislatur begonnene Planentwurf von der jetzigen Landesregierung verworfen und im September 2018 – an-

derhalb Jahre nach dem ersten Planentwurf – ein zweiter Planentwurf veröffentlicht.

Der neue Kriterienkatalog, auf dem der zweite Planentwurf basierte, beinhaltet deutlich weniger Erhöhungen des Abstands von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung, als von Daniel Günther im Wahlkampf versprochen. Gleichzeitig wurden die Kriterien zum Natur-, Arten-, Landschafts- und Denkmalschutz erheblich reduziert. Diese Änderungen wurden nicht im Vorfeld mit Verbänden und Bürgerinnen und Bürgern diskutiert, wie noch unter SPD-Führung selbstverständlich. Wir rechnen aufgrund der vielen Widersprüche in den Plänen fest mit einer Reihe von Klagen gegen die Pläne – mit hohem Risiko, wieder ganz von Vorne beginnen zu müssen. Zudem ist der Ausbau der Windenergie im Land zum Erliegen gekommen. CDU, Grüne und FDP haben mit den faulen Kompromissen und der ewigen Planerei dem Ziel der Energiewende großen Schaden zugefügt und gleichzeitig die Windenergiebranche im Land geschädigt.

Zudem liegt mittlerweile der zweite Entwurf der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes (LEP) vor. Wir begleiten den Prozess dabei kritisch. Wir sind skeptisch, ob die vorgesehene „Experimentierklausel“ die Anforderungen erfüllt, die Jamaika verspricht, oder ob dies nicht vielmehr eine Hintertür für lokale Abweichungen von den Zielen des LEP mit weniger Bürgerbeteiligung und nach Gutdünken der Landesregierung darstellt. Der LEP muss zudem viel stärker den regional unterschiedlichen Bedarf an Wohnraum und den Flächenschutz in Einklang bringen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Flächenschutz und die bloße Ausweitung der Wohnbaukontingente für die Gemeinden ohne schlüssiges Gesamtkonzept sind dagegen zumindest widersprüchlich und werden beide Probleme nicht nachhaltig lösen.

BAUEN UND WOHNEN

Bezahlbares Wohnen ist nach wie vor eines unserer zentralen Schwerpunktthemen. Denn nicht nur Geringverdienende, sondern mittlerweile auch Menschen mit mittleren Einkommen, Studierende, Senior*innen, Alleinerziehende und Familien mit Kindern haben große Probleme, angemessenen Wohnraum zu finden. Die Situation wird durch die Corona-Pandemie weiter verschärft. Daher kann langfristig nur der Bau von neuen Wohnungen und eine Ausweitung des sozial gebundenen Wohnraums Entlastung bringen. Um die angespannten Wohnungsmärkte insbesondere in Kiel, Lübeck, den Nordfriesischen Inseln und am Hamburger Rand nachhaltig zu entlasten, müssen alle poli-

tischen Ebenen eng zusammenarbeiten und alle vorhandenen finanziellen und rechtlichen Mittel nutzen. Fest steht: Es braucht ein ganzes Bündel an Maßnahmen, um den Sozialen Wohnungsbau zu stärken und Wohnen für alle Menschen in SH wieder bezahlbar zu machen. Hierzu hat die Fraktion auf Initiative unserer Fachsprecherin ein Positionspapier beschlossen und eine ganze Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht. Das Positionspapier zum Nachlesen ist zu finden auf unserer Homepage unter www.spd-fraktion-sh.de/downloads/wohnen-ist-daseinsvorsorge/. Seit 2019 haben wir neben dem politischen Fachbeirat auch landesweite Regionalkonferenzen mit unseren Kreisverbänden durchgeführt, um die kommunalen Bedarfe ebenfalls in unsere Strategiepapiere einfließen zu lassen. Nur einige unserer vielen Initiativen seien deshalb hier beispielhaft benannt:

Wir haben uns im Rahmen der Corona-Nachtragshaushalte 2020 erfolgreich für zusätzliche 60 Mio. Euro für den Sozialen Wohnungsbau und das studentische Wohnen eingesetzt. Dieses Geld wird helfen, dem Wohnungsbau in SH auch in der Krise neuen Aufschwung zu geben. Wichtig war uns auch die Unterstützung der Volksinitiative für ein Recht auf bezahlbaren Wohnraum in der Landesverfassung, die der SoVD und der Mieterbund auf den Weg gebracht haben. Die Koalition war jedoch nicht bereit, dieses wichtige Vorhaben, dem knapp 40.000 Menschen im Land ihre Unterschrift gegeben hatten, mitzutragen. Und das obwohl der Grüne Landesverband sogar die Initiative im Vorfeld unterstützt hatte. Viel beachtet war zudem unser Vorstoß zur Gebührenordnung für Immobilienmakler bei der Vermittlung von Wohnimmobilien, der die Debatte auf Bundesebene aufgegriffen hat. Weitere unserer Initiativen befassten sich mit der Gründung und Stärkung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften, ordnungsrechtliche Vorhaben gegen Zweckentfremdung, Förderung von Gründächern in Schleswig-Holstein, der Förderung von Mietspiegeln sowie der Unterbringungssituation von Beschäftigten in der Fleischindustrie. Derzeit befasst sich der Landtag auf unseren Antrag hin mit der Frage, wie die Innenstädte und Ortszentren in Schleswig-Holstein gestärkt und wiederbelebt werden können. Hierzu konnten wir im Corona-Nothilfeprogramm erfolgreich verhandeln, dass insgesamt 10 Mio. Euro für die Innenstadtentwicklung sowie weitere 5 Mio. Euro für die Barrierefreiheit in diesem Bereich im Haushalt eingestellt werden.

SOZIALES

Sozialpolitik ist ein Kernthema der SPD. Für uns stehen die Menschen im Mittelpunkt. Das Jahr 2020 und auch 2021 sind sozialpolitisch eine besondere Herausforderung, denn die Corona-Pandemie ist das zentrale Thema. In vielen Sitzungen, Gesprächen und Diskussionsrunden ging es u.a. um den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, um die Ausstattung der Krankenhäuser, um die Situation der Pflegekräfte, um die Teststrategie, um den Erhalt der sozialen Infrastruktur, um die Situation in den stationären Einrichtungen der Pflege sowie der Eingliederungshilfe und Jugendhilfe, um die Sicherung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung, um Kitas und um den Erhalt der Arbeitsplätze. Wir wollen, dass jeder gut durch diese Pandemie kommt. Die Abfederung der sozialen Folgen ist unsere sozialpolitische Aufgabe. Daher haben wir uns für viele Hilfsmaßnahmen in den Nachtrags Haushalten eingesetzt. Für die Familien haben wir durchgesetzt, dass bei geschlossenen Kitas während des Lockdowns die Gebühren für die Familien erlassen wurden.

2019 war das Jahr der Kita-Reform. Den vorgelegten Gesetzentwurf der Landesregierung haben wir in zahlreichen Gesprächen und Anhörungen im Landtag kritisch begleitet. Die Landesregierung hat keine Zukunftsidee für die frühkindliche Bildung unserer Kinder. Die von der Koalition formulierten Ziele der Kita-Reform wurden nicht erreicht. In der Umsetzung der Reform zeigt sich, dass es kaum Qualitätsverbesserung gibt - nun sogar Qualitätsabsenkungen passieren, sowie bei vielen Gemeinden eine Finanzierungslücke bleibt. Auch das Thema Inklusion und der Fachkräftemangel wurden ausgeklammert. Unsere wichtigen Änderungen zur Kita-Reform wurden alle abgelehnt. Um den Fachkräftemangel bei den Erzieher*innen zu begegnen, haben wir nach intensiven Gesprächen einen Antrag zur Reform der Ausbildungen in den Landtag eingebracht, der seit einem Jahr von der Koalition im Bildungsausschuss geschoben und nicht behandelt wird. Wir wollen eine attraktive Ausbildung und dazu gehört auch eine Ausbildungsvergütung.

Insgesamt kümmern wir uns intensiv um die Sozialen Berufe, bei denen wir einen hohen Fachkräftebedarf haben, aber die Arbeitsbedingungen nicht immer die Besten sind. Wir begrüßen daher alle Bonuszahlungen in der Pflege. Allerdings sind diese nicht gerecht verteilt. Das Versprechen der Jamaika-Koalition „alle Pflegenden bekommen einen Bonus“ wurde - wie andere Versprechungen der Regierung - nicht eingehalten. Wir setzen uns für einen bedarfsorientierten Pflegebemessungs-

schlüssel, eine nachhaltige Erhöhung des Lohnniveaus und eine spürbare Erhöhung der Schichtzulagen für ungesunde und familienunfreundliche Schichtdienste ein.

Daneben gab es wichtige Gesetzesvorhaben wie das Landeskrankenhausgesetz. Allerdings hat die Landesregierung die Chance für ein gutes Landeskrankenhausgesetz vertan. Für uns stand besonders das Entlassmanagement, die Krankenhaushygiene, stärkere Patientenrechte für Patientinnen und Patienten mit besonderem Betreuungsbedarf sowie Kinderschutz- und Inklusionskonzepte und die Einführung von Demenzbeauftragten im Krankenhaus im Mittelpunkt unseres Änderungsantrages. All unsere Vorschläge wurden jedoch abgelehnt. Die Jamaika-Koalition will nur ein einfaches Rumpfgesetz.

Auch die Reform des Maßregelvollzugsgesetzes sowie des PsychHG's haben wir mit eigenen Akzenten begleitet und Änderungsanträge gestellt. Weitere Themen unserer Sozialpolitik waren u.a. die weitere Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in den stationären Jugendhilfeeinrichtungen, die Unterstützung des selbstbestimmten Lebens im Alter durch die Einführung eines „präventiven Hausbesuchs“ mit der vorsorgenden Beratung von Seniorinnen und Senioren ab 75 Jahren, die Verbesserung der Situation der Wohnungslosen in Schleswig-Holstein (Härtefallfonds), die Finanzierung von Assistenzleistungen für Menschen mit Behinderung während eines Krankenhausaufenthaltes, die Stärkung der Kinder und Jugendmedizin sowie die Aufarbeitung der Geschehnisse in den Kindererholungsheimen und -stätten in Schleswig-Holstein in den 1950er bis 1980er Jahren.

Im Veranstaltungsbereich haben wir das Thema „Grundeinkommen“ weiter beleuchtet und Anfang Februar 2020 den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, zu Gast in Kiel gehabt. Er berichtete uns von seinem Modell des „Solidarischen Grundeinkommens“ und dessen Umsetzung in Berlin. Zudem haben wir zusammen mit Franz Müntefering und vielen Gästen diskutiert, wie wir im Alter leben wollen. Mit unseren Kommunalpolitiker*innen und den Wohlfahrtsverbänden sind wir regelmäßig im Rahmen unseres „Sozial-Ratschlag“ im engen Austausch zu allen sozialpolitischen Themen.

Zu unserer allgemeinen Arbeit gehört selbstverständlich der regelmäßige Kontakt und Austausch mit den sozialpolitischen Verbänden, Trägern und

Einrichtungen. Hier nehmen wir Probleme und Anregungen mit und leiten Anträge für den Landtag ab.

GLEICHSTELLUNG

Die Bekämpfung jeglicher Art von Gewalt gegen Frauen und Mädchen war in diesen beiden Jahren das zentrale Thema. Dabei ist der Ausbau des Schutz- und Hilfesystems ein wichtiger Punkt. Die bedarfsgerechte Ausstattung der Frauenhäuser und Frauenberatungsstrukturen ist unser Ziel. Daneben haben wir die Gesetzesinitiativen zur Verschärfung des Sexualstrafrechts auf Bundesebene kritisch begleitet und nach Möglichkeiten auf Landesebene gesucht, besonders vulnerable Personen vor sexueller Gewalt besser zu schützen. Hierzu haben wir mehrere Gespräche mit Vertreter*innen von Opferschutzverbänden, Hilfseinrichtungen und Ermittlungsbehörden geführt. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden wir im Frühjahr 2021 in konkrete Maßnahmen überführen. In 2020 hatte das Landesgleichstellungsgesetz 25-jähriges Jubiläum. Wir setzen uns dafür ein, dass das Gesetz überarbeitet wird. Weitere Themen unserer gleichstellungspolitischen Arbeit sind u.a.: die Gleichstellungsstrategie des Landes, Umsetzung von Parité in Schleswig-Holstein, Entgeltgleichheit sowie die Sicherstellung eines bedarfsgerechten Versorgungsangebots zur Vornahme von sicheren Schwangerschaftsabbrüchen.

EUROPA

Schon vor der Europawahl 2019 und damit lange vor der COVID-19-Pandemie war die Situation in Europa von vielfältigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Frage- und Problemstellungen wie dem Brexit, der Klimakrise, der Migrationskrise und des europaweit zunehmenden Rechtspopulismus geprägt. Die Pandemie hat auch die gesellschaftlichen Herausforderungen in einer zunehmend digitalisierten Welt noch einmal deutlicher gemacht. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass die Europäische Säule der sozialen Rechte mit einer verbindlichen Sozialagenda umgesetzt wird und wiederholt die Schaffung einer echten europäischen Sozialunion gefordert.

Deutschland hat im zweiten Halbjahr 2020 die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Das war für uns Anlass, Land und Bund unsere Forderungen auf den Weg zu geben. So haben wir zum Beispiel auf die Situation der entsandten Arbeitnehmer*innen aufmerksam gemacht. Die Beratung für entsandte Arbeitnehmer*innen muss gestärkt werden. Nach der verheerenden Brandkatastrophe im

griechischen Flüchtlingslager Moria haben wir detaillierte Forderungen für eine Reform der europäischen Asylpolitik aufgestellt und Unterstützung von Kommunen gefordert, die Menschen in Not aufnehmen wollen. Aus unserer Initiative ist ein gemeinsamer Antrag aller demokratischen Fraktionen beschlossen worden, der zumindest die allgemeine Aufforderung zur Schaffung einer einheitlichen EU-Asylpolitik mit einheitlichen Verfahren und einheitlicher Rechtsanwendung enthält.

Ganz wichtig im Zeichen der Pandemie war uns ein klares Bekenntnis zur Verstärkung der EU-Gesundheitspolitik und zur Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion. Europa muss bei grenzüberschreitenden Gesundheitsgefahren deutlich handlungsfähiger werden. Qualitätssicherung und Versorgungssicherheit müssen in Europa sichergestellt sein.

Unser Ziel bleibt die europäische Sozialunion, die soziale Mindeststandards sichert, Lohn- und Sozialdumping wirksam unterbindet und die sozialen Grundrechte für alle Bürgerinnen und Bürger in Europa stärkt.

Beschäftigt hat uns auch der neue EU-Haushalt für die kommende Förderperiode 2021-2027. Schleswig-Holstein profitiert derzeit mit rd. 800 Mio. Euro von der EU-Förderung. Die Diskussion auf EU-Ebene seit 2018 gab und gibt nach wie vor Anlass zur Sorge, dass es in der neuen Förderperiode deutlich weniger Mittel für Projekte in Schleswig-Holstein gibt. Darauf haben wir wiederholt aufmerksam gemacht und kritisiert, dass die Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben hat, wegfallende EU-Mittel nicht durch Landesmittel ersetzen zu wollen. Für uns geht es beim neuen EU-Haushalt um zentrale Anliegen: die sozialökologische Wende in Europa, die mit dem European Green Deal beschrieben ist. Zum ESF haben wir außerdem das Gespräch mit den Wohlfahrtsverbänden in Schleswig-Holstein gesucht.

Dazu gehört für uns unverändert die Stärkung der Europaschulen in Schleswig-Holstein. Leider hat die Koalition aus CDU, Grünen und FDP wiederholt unsere Haushaltsanträge dazu abgelehnt. Hier werden wir weiter dranbleiben.

Beteiligung ist auch über die Gremien der Nord- und Ostseekooperation von großer Bedeutung für uns. Unsere Abgeordneten nehmen regelmäßig an der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) und ihren Arbeitsgruppen sowie Netzwerken wie „eHealth for Regions“ und dem Parlamentsforum Südliche Ostsee teil. Im Rahmen der Ostseekooperation ist auch der Austausch mit Russland von

Bedeutung. Wir haben wiederholt unsere Partnerregion Kaliningrad in den Fokus gerückt und dafür gesorgt, dass die Partnerschaft des Landtages mit der Kaliningrader Gebietsduma, die 2020 ihr 20-jähriges Bestehen feiert, angemessen gewürdigt wird.

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT UND MINDERHEITEN

Aufgrund der Corona-Pandemie mussten 2020 fast alle offiziellen Veranstaltungen anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Volksabstimmungen über die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark abgesagt werden. Wir waren noch kurz vor der Pandemie mit der gesamten Fraktion zwei Tage lang im deutsch-dänischen Grenzland unterwegs. In den zahlreichen Gesprächen mit Akteur*innen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und den Minderheiten haben wir gemeinsam die Bedeutung der demokratischen Grenzziehung und unserer heutigen Minderheitenpolitik betont. Die Corona-Pandemie hat dann uns allen schmerzlich vor Augen geführt, wie schnell sich die Grenzsituation ändern kann und welche Auswirkungen das auf die gewachsenen Kontakte und die Kooperation hat. Wir haben die Landesregierung während der ersten Phase der Pandemie immer wieder aufgefordert, sich gegenüber der dänischen Regierung dafür einzusetzen, dass die Grenzschließung für Grenzpendler, die Minderheiten und Familien, die dadurch über lange Zeit getrennt wurden, gelockert wird.

Insbesondere die Minderheiten waren durch diese Situation stark betroffen. Auch in der Pandemie haben wir uns in bewährter Form für ihre Belan-

ge eingesetzt und u.a. gefordert, dass auch sie an den Kulturhilfen partizipieren. Wir haben die europäische Bürgerinitiative „Minority Safepack“ unterstützt und zuletzt zur Europawahl gefordert, dass auch auf EU-Ebene verbindliche Verantwortlichkeiten für die Minderheiten geschaffen werden (Drs. 19/55, 19/1288 und 19/1862). Im Europaausschuss unter dem Vorsitz von Wolfgang Baasch ist der Sprachenchartabericht der Landesregierung auf unseren Antrag hin vertieft in einer Anhörung diskutiert worden.

Der Schutz und die Förderung unserer Minderheiten und die Vermittlung der Bedeutung unserer Minderheitenpolitik bleiben für uns immerwährende Aufgabe. Wir hoffen, dass wir unser Minderheitenpolitisches Frühstück, das wir zur Europawoche 2019 etabliert haben, 2021 wieder durchführen können.

METROPOLREGION

Die politische Befassung mit der Metropolregion Hamburg war in den letzten beiden Jahren geprägt von der OECD-Studie zur Metropolregion. Die Ergebnisse der Studie haben wir zum Anlass genommen, die Landesregierung aufzufordern, eine gemeinsame Handlungsstrategie für die Metropolregion zu erarbeiten und die Geschäftsstelle zu einer Innovationsagentur aufzuwerten (Drs. 19/1931). Weitere Forderungen sind die Entwicklung einer gemeinsamen Verkehrsstrategie, die Verbesserung der regionalen Wohnraumplanung, die Stärkung der Forschungs- und Entwicklungsarbeit, die Etablierung der Region als Vorreiter in der Energiewende, die Nutzung der Chancen der Digitalisierung sowie die Entwicklung einer gemeinsamen Markenstrategie und die Stärkung des internationalen Profils der Metropolregion.

Folgende Themen konnten auch befördert werden: Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, Schienenknoten Hamburg, Bahnanbindung nach Geesthacht, Velorouten, gemeinsamer Biotopverbund, Energie (Projekt NEW 4.0, Heizkraftwerk Wedel) und erweiterte Kooperation der Frauenhäuser.

INNERES, RECHT UND KOMMUNALES

Die Corona-Pandemie stellte die Politik vor besondere Herausforderungen, insbesondere mit Blick auf die demokratische Willensbildung. Mit dem Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften, dessen Entwurf wir gemeinsam mit den Regierungsfractionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie den Abgeordneten des SSW eingebracht haben, haben wir eine gesetzliche Grundlage für kommunale Entscheidungsgremien geschaffen, bei Naturka-



tastrophen, aus Gründen des Infektionsschutzes oder vergleichbaren außergewöhnlichen Notsituationen, die eine Teilnahme der Sitzungsteilnehmer erschwert oder verhindert, die Sitzung als Videokonferenz durchzuführen und hierbei rechtswirksame Beschlüsse zu fassen. Hierdurch konnten wir die Handlungsfähigkeit der kommunalen Entscheidungsgremien gewährleisten, auch in Zeiten von Kontaktbeschränkungen.

Um für den Landtag eine dauerhafte und vor allem rechtssichere Regelung zu schaffen, arbeiten wir zurzeit an einer Änderung der Landesverfassung, die es ermöglicht, einen Notausschuss zu bestellen, der im Notfall vorübergehend die Stellung des Landtages ein- und dessen Rechte wahrnimmt.

Die Fortführung der humanitären Flüchtlingspolitik der bisher SPD-geführten Landesregierungen ist auch weiterhin ein Schwerpunkt unserer Arbeit als Opposition. So warnen wir nicht erst seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie vor einer humanitären Katastrophe in den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern. Es ist unsere humanitäre Pflicht, diesen Menschen zu helfen. Aus diesem Grund hat die SPD-Landtagsfraktion am 28. April 2020 einen Antrag für ein außerordentliches humanitäres Aufnahmeprogramm für Geflüchtete von den griechischen Inseln gestellt. Wir konnten schließlich erreichen, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag erneut seine Bereitschaft erklärte, Menschen aus besonderen Notlagen in Schleswig-Holstein aufzunehmen, und die Landesregierung aufgefordert wurde, sich auf europäischer Ebene für ein einheitliches europäisches Asylsystem einzusetzen.

In enger Abstimmung mit dem Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein und den kommunalen Spitzenverbänden haben wir einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Badewesen (Badesicherheitsgesetz) eingebracht.

Darüber hinaus haben wir uns intensiv mit dem kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein befasst. Obwohl die in dem Gesetzgebungsverfahren eingeholten finanzwissenschaftlichen Gutachten eine detaillierte Berechnungsmethode zur substantiellen Annäherung an die tatsächlichen Bedarfe darlegten, wählte die Landesregierung letztendlich doch die Verhandlungslösung unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Bedarfsanalyse. Somit können die Regierungsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP mit ihrem Gesetz zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs den

Anforderungen des Landesverfassungsgerichts an den kommunalen Finanzausgleich in Schleswig-Holstein selbst nicht genügen.

Nach wie vor beschäftigt uns die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in Schleswig-Holstein. Im Jahr 2018 hatte die Regierungskoalition aus CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP den Zwang zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen abgeschafft und es den Kommunen freigestellt, ob diese Straßenausbaubeiträge erheben wollen oder nicht. Entgegen dem eigenen Wahlversprechen, die mit diesem Verzicht einhergehenden Einnahmeausfälle durch finanzielle Mittel des Landes auszugleichen, zahlte die Landesregierung in den Jahren 2018 bis 2020 lediglich einen unzureichenden Zuschuss in Höhe von je 15 Millionen Euro für sämtliche Kommunen in Schleswig-Holstein. Infolgedessen konnten es sich nicht alle Kommunen leisten, auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen vollständig zu verzichten, denn aufgrund ihrer angespannten Haushaltssituation sind viele Städte und Gemeinden gar nicht in der Lage, ihren Straßenausbau aus eigener Kraft zu finanzieren. Auch mit dem am 30. Oktober 2020 beschlossenen Gesetz zur bedarfsgerechten Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs hat die Regierungskoalition aus CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP nicht für einen ausreichenden finanziellen Ausgleich für die Kommunen gesorgt. Ein von uns eingebrachter Änderungsantrag, der eine Bereitstellung von zusätzlichen Landesmitteln in Höhe von 20 Millionen Euro pro Jahr für die Einnahmeausfälle vorsah, wurde von der Regierungskoalition aus CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP abgelehnt.

Mit großer Aufmerksamkeit begleiten wir das Gesetzgebungsverfahren zur Änderung polizei- und ordnungsrechtlicher Vorschriften im Landesverwaltungsgesetz. Zwar erkennen wir an, dass die grenzüberschreitende, organisierte und verstärkt politisch motivierte Kriminalität sowie der internationale Terrorismus eine Anpassung der gesetzlichen Regelungen an die veränderte Gefahrenlage erfordern. Mit der Ausweitung der polizeilichen Eingriffsbefugnisse ist die Landesregierung jedoch zum Teil weit über dieses legitime Ziel hinausgeschossen, dies gilt insbesondere für die anlasslose Identitätsfeststellung im grenznahen Bereich, die Anordnung des Einsatzes von verdeckten Ermittlern und Vertrauenspersonen, die Erhebung von personenbezogenen Daten in einem besonders schutzwürdigen Vertrauensverhältnis zu Berufsheimlichkeitsinhaber*innen, die elektronische Aufenthaltsüberwachung sowie den gezielt tödlichen Schusswaffeneinsatz gegen Kinder (finaler Ret-

tungsschuss). Zugleich halten wir den vorliegenden Gesetzentwurf mit Blick den besonderen Schutz von Opfern häuslicher Gewalt für nicht ausreichend.

Weiterhin haben wir versucht, die Hintergründe des überraschenden Rücktritts von Innenminister Hans-Joachim Grote aufzudecken. Auch nach einer sehr intensiven Befragung der Mitglieder der Landesregierung im Innen- und Rechtsausschuss bleiben weiterhin erhebliche Zweifel, dass die Erklärungen, mit der Ministerpräsident Daniel Günther den Rücktritt des Innenministers begründet hatte, die tatsächlichen Gründe wiedergeben, die zu dieser Entscheidung geführt haben. Zudem werden die Kernvorwürfe des Ministerpräsidenten, der ehemalige Innenminister habe ihn belogen und „unangemessene“ Kontakte zu einem Journalisten und einem Gewerkschafter unterhalten, von diesem nach wie vor entschieden bestritten.

FINANZEN UND HAUSHALT

Das vergangene Jahr war auch finanz- und haushaltspolitisch erheblich von den Auswirkungen der Corona-Pandemie geprägt. In 2020 wurden durch den Landtag insgesamt vier Nachtragshaushalte mit einem Volumen von mehr als 6,5 Mrd. Euro verabschiedet. Dafür wird das Land über die nächsten Jahre neue Schulden aufnehmen. Damit werden in den Folgejahren die Auswirkungen der wegbrechenden Steuereinnahmen auf den Landeshaushalt abgefedert, die Investitionen des Landes bis 2030 abgesichert und die Hilfs- und Unterstützungsprogramme für die Kommunen, Wirtschaft, Kultur, Sport, Bildung, ÖPNV und die soziale Infrastruktur finanziert.

Für einen Großteil der Mittel (rund 5,5 Mrd. Euro) bedurfte es nach unserer Landesverfassung einer Zweidrittelmehrheit im Landtag. Wir haben uns als SPD-Landtagsfraktion der Verantwortung gestellt und mit unserer Zustimmung die Handlungsfähigkeit des Landes in den nächsten Jahren abgesichert. Zudem sind wir der Auffassung, dass Ansparen gegen die Krise der falsche Weg ist. Unsere Bedingung für die Zustimmung war jedoch, dass von diesem Nachtragshaushalt ein Modernisierungsschub ausgehen und eine sozialdemokratische Handschrift erkennbar sein muss. Das Ergebnis unserer Bemühungen sind zusätzliche Mittel zur Unterstützung unserer Krankenhäuser, für den Schulbau im Land, für bezahlbare Wohnungen, ein Fonds für mehr Attraktivität in den Innenstädten, für digitale Lernangebote und für digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler. Für die Zeit der Kita-, Schul- und Hortschließungen im Frühjahr

wurden den Eltern die Beiträge erstattet. Dazu fördert das Land den Ausbau der solitären Kurzzeitpflege, Digitalisierungsmaßnahmen im Bereich der sozialen Infrastruktur und der Kultur sowie die politischen Bildungsstätten. In den von der Landesregierung aufgelegten Hilfsprogrammen konnten wir erreichen, dass erhebliche Mittel umgeschichtet wurden, um noch einmal besonders von der Krise Betroffene besser fördern zu können. Dies alles haben wir erreicht, ohne die Kreditsumme insgesamt zu erhöhen.

Die Folgen der Pandemie werden den AK Finanzen noch lange auf gleich mehreren Ebenen beschäftigen. Gleich im ersten Jahr, in dem die Schuldenbremse aus dem Grundgesetz und der Landesverfassung eigentlich gelten sollte, hat der Landtag die größte Kreditaufnahme seiner Geschichte beschlossen. Über die Funktionsweise und die Flexibilität der bestehenden Regelung werden wir daher noch einmal ausführlich diskutieren müssen. Auch werden die Tilgung der Schulden sowie der weitere zu erwartende Ausfall von Steuereinnahmen den Haushalt in den kommenden Jahren belasten.

Auch jenseits von Corona konnten wir im Landtag einige Akzente aus der Opposition heraus setzen. Besonderes Augenmerk lag dabei auf der finanziellen Situation des UKSH. Das Universitätsklinikum ist nicht nur –abgesehen vom Land selbst – der größte Arbeitgeber Schleswig-Holsteins, sondern auch für die medizinische Versorgung, Forschung und Lehre unerlässlich. Das landeseigene Unternehmen steht wirtschaftlich jedoch unter großem Druck und musste bereits in der Vergangenheit einen Konsolidierungspfad gehen. Mit einem Antrag haben wir die Landesregierung dazu aufgefordert, dem UKSH als Land deshalb stärker unter die Arme zu greifen. Nach einem Jahr intensiver Beratungen konnten wir mit der Landesregierung, dem UKSH und den anderen demokratischen Fraktionen den „Zukunftspakt UKSH“ schließen und das Klinikum damit finanziell erheblich stärken. Wichtig war uns dabei auch, dass die wirtschaftliche Situation nicht zu Lasten des Personals gehen durfte.

Weiteres wichtiges Thema war für die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. So werden mittlerweile die meisten Ferienunterkünfte online vermietet. Jedoch ist es nur schwer kontrollierbar, ob Steuern und Abgaben korrekt abgeführt werden – insbesondere bei privaten Wohnungs- und Zimmervermietungen. Mit einem Antrag haben wir die Landesregierung deshalb aufgefordert, die Kommunalverwaltungen zu stärken und die Steuerverwaltung so aufzustel-

len, dass dieser Herausforderung besser begegnet werden kann. Andere Bundesländer sind hier weit besser aufgestellt als Schleswig-Holstein. So gibt es in Hamburg eine Registrierungspflicht für alle, die Ferienunterkünfte online vermarkten – auch für Privatpersonen. Die Jamaika-Koalition war jedoch nicht bereit, konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Stattdessen wurde ein schwammiger Prüfauftrag an die Landesregierung gegeben, bei dem bisher nichts herausgekommen ist.

Eine weitere unserer Initiativen zielte auf eine Erleichterung für Seniorinnen und Senioren bei der Steuererklärung. Menschen, die nur Einkünfte aus ihrer Altersversorgung wie Rente oder Pension erzielen, könnte das Finanzamt einfach auf die Abgabe der Steuererklärung verzichten, da alle wichtigen Daten bereits elektronisch vorliegen. Die Landesregierung war jedoch nicht bereit, sich einem erfolgreichen Modellprojekt mehrerer Bundesländer anzuschließen. Somit müssen in Schleswig-Holstein weiter tausende Seniorinnen und Senioren eine Steuererklärung abgeben. Entbürokratisierung, die Jamaika immer verspricht, sieht anders aus.

Eines unserer wichtigsten Projekte bleibt die Einführung der sogenannten „Pauschalen Beihilfe“ für Beamtinnen und Beamte, die in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) versichert sind. Hamburg und einige andere Bundesländer sind hier viel weiter. Durch einen Zuschuss zur GKV, den Beamtinnen und Beamte anders als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bisher nicht bekommen, würde es den Landesbediensteten erleichtert, sich für die GKV zu entscheiden. Dies würde dem Land langfristig nicht nur Kosten für die Beihilfe sparen und die GKV stärken, sondern auch eine gerechte Lösung für all jene Beamtinnen und Beamte darstellen, die z.B. aufgrund von Behinderung, chronischen Krankheiten oder ihres Lebensalters bei der Verbeamtung sehr hohe Beiträge in der Privaten Krankenversicherung in Kauf nehmen müssten. Die

Koalition lehnt diese Forderung weiterhin beharrlich ab, da die CDU nicht bereit ist, über das bestehende System hinaus zu denken.

SPD-LANDTAGSFRAKTION
DÜSTERNBROOKER WEG 70
24105 KIEL
TELEFON: 0431 988-1312
TELEFAX: 0431 988-1313
WWW.SPDLTSH.DE

IMPRESSIONEN VON DER VERANSTALTUNG ZU „100 JAHRE DEUTSCH-DÄNISCHE GRENZE“



Anke Sporendonk (SSW) und Dr. Ralf Stegner



Gastgeschenke der Deutsch-Dänischen Verbundenheit

Franz Thönnes, parlament. Staatssekretär & MdB a.D., hält die Festrede



DIE ARBEIT DER LANDESGRUPPE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

Die SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein setzt sich aus sechs Abgeordneten zusammen. Jedes Landesgruppenmitglied betreut neben dem eigenen Wahlkreis vakante Regionen in Schleswig-Holstein – dadurch haben alle Kreis- und Ortsverbände eine*n Ansprechpartner*in auf Bundesebene.

Die Abgeordneten der Landesgruppe sind Dr. Ernst Dieter Rossmann, Bettina Hagedorn, Sönke Rix, Dr. Nina Scheer, Mathias Stein und Gabriele Hiller-Ohm. Der Sprecher der Landesgruppe ist Sönke Rix. Auch wenn unsere Landesgruppe zu den kleineren zählt, ist Schleswig-Holstein im Bund stark vertreten.

In den letzten zwei Jahren hat die SPD-Bundestagsfraktion viele Projekte erfolgreich initiiert und umgesetzt, von denen insbesondere auch Schleswig-Holsteiner*innen profitieren. Folgend ist eine Auswahl aufgeführt:

■ Mit der Grundrente schaffen wir ab 2021 mehr Gerechtigkeit in der Rente, in besonderem Maße auch für Frauen, die viele Jahre zu niedrigen Löhnen gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben. Nach ersten Schätzungen der Deutschen Rentenversicherung Nord könnten bis zu 48.700 Rentner*innen aus Schleswig-Holstein von der Grundrente profitieren, davon knapp 36.500 Frauen.

■ Seit Beginn der Corona-Pandemie wurde in Schleswig-Holstein 42.000 mal Kurzarbeit angezeigt, insgesamt für mehr als 460.000 Beschäftigte (Stand Februar 2021). Besonders Unternehmen und Angestellte im Einzelhandel, in der Gastronomie und im Gesundheitswesen konnten wir mit der Erhöhung und Verlängerung des Kurzarbeitergelds unter die Arme greifen.

■ Mit 150 Millionen Euro unterstützt der Bund das Land Schleswig-Holstein bei der Verbesserung der Kita-Qualität.

■ 300 Euro Kinderbonus aus dem Corona-Konjunkturpaket haben 300.000 schleswig-holsteinische Familien mit 500.000 Kindern im Jahr 2020 erhalten. Im Mai 2021 wird erneut ein Kinderbonus von 150 Euro ausbezahlt. Und auch das Kindergeld und der Kinderfreibetrag wurden in diesem und im letzten Jahr noch einmal erhöht.

■ Das Konjunkturpaket hat auch das 6. Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung ermöglicht – mit fast 10 Millionen Euro für Schleswig-Holstein 2020. 1,9 Millionen Euro kommen aus dem Bundesprogramm Fachkräfteoffensive nach Schleswig-Holstein, mehr als eine Million aus dem Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus.

■ Mit dem Teilhabechancengesetz, das im Januar 2019 in Kraft getreten ist, schaffen wir für



Menschen, die schon sehr lange arbeitslos sind, wieder eine Perspektive auf dem Arbeitsmarkt. In Schleswig-Holstein profitieren seit der Einführung der Maßnahme „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ 2100 Menschen von dieser spezifischen Förderung.

■ Im Haushaltsausschuss setzen wir mit dem Bundesprogramm Sanierung Kommunaler Einrichtungen ein starkes Signal für Erhalt, Sanierung und Ausbau unserer kommunalen Sport-, Jugend- und Kulturinfrastruktur. Allein im Jahr 2019 gingen 7,78 Millionen Euro Bundesförderung nach Schleswig-Holstein. Im März 2021 wurden 15,75 Millionen Euro für Projekte in Schleswig-Holstein bewilligt.

Die Landesgruppe trifft sich regelmäßig zum Gespräch mit Interessensvertretungen und Politiker*innen aller Ebenen. Darunter Vertreter*innen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Bezirk Nord, die Leitung der Arbeitsagentur Regionaldirektion Nord, der Vorstand der Deutschen Bahn und der Vorstand des Landeshandwerksrates Schleswig-Holstein e.V. sowie Minister*innen und Staatssekretär*innen aus dem Bund und Gesprächspartner*innen aus der Fraktions- und der Parteiführung. Auch mit dem Dänischen Botschafter und der Wohnungswirtschaft Norddeutschland führten die Landesgruppenmitglieder in den letzten zwei Jahren ein Gespräch. Daneben fand natürlich auch ein regelmäßiger Austausch mit unserer im Jahr 2019 neu gewählten Landesvorsitzenden Serpil Midyatli statt.

Im September 2020 sind Landtagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein in Berlin mit der Landesgruppe zusammengekommen, um über Corona-Hilfen für die Kultur- und Veranstaltungsbranche zu sprechen.

Zur Information über bundespolitische Themen in den Wahlkreisen und Betreuungswahlkreisen bieten die Mitglieder der Landesgruppe Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen zu aktuellen Themen an, in der Regel in Kooperation mit den örtlichen Landtags- und Kommunalpolitiker*innen oder anderen Mitgliedern des Deutschen Bundestages – krisenbedingt auch online.

Drei bis vier Mal im Jahr berichtet die Landesgruppe in ihrem Infobrief „Bundestag direkt“ u. a. über aktuelle Vorhaben und Tätigkeitsschwerpunkte. Den Infobrief bekommen alle Mitglieder der SPD Schleswig-Holstein und weitere Interessierte per E-Mail.

Auch über die Homepage der Landesgruppe ist er zugänglich. Der Infobrief ist zuletzt im November 2020 erschienen und behandelte Lehren, die sich zu jenem Zeitpunkt aus der Corona-Krise ziehen ließen.

DIE MITARBEITERIN DER LANDESGRUPPE,
JULIA WIGGER, IST ERREICHBAR UNTER:
TEL.: 030/227-75318
FAX: 030/227-76817
E-MAIL: SH-LG.SPD@BUNDESTAG.DE
WWW.LANDESGRUPPE.SPD-SCHLESWIG-HOLSTEIN.DE

EINZELBERICHTE DER SPD-BUNDESTAGSABGEORDNETEN

BETTINA HAGEDORN



Seit März 2018 arbeite ich als Parlamentarischen Staatssekretärin für Haushalt und Europa im Bundesfinanzministerium für Olaf Scholz. Damit verrete ich im Haushaltsausschuss, dem ich selbst seit 2002 als Mitglied angehört habe, seit 2018

kontinuierlich die Bundesregierung. Außerdem bin ich für Olaf Scholz nicht nur im Ausschuss, auf der Regierungsbank oder im Kabinett präsent, sondern auch auf Veranstaltungen oder in Verhandlungen – in Berlin, in Brüssel oder auch auf internationalem „Parkett“.

Bis vor einem Jahr glaubte ich mit z.B. der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 und der Flüchtlingskrise 2015 im Haushaltsausschuss bereits die größten Herausforderungen in Regierungsverantwortung im Bundestag erlebt zu haben. Doch mit Ausbruch der globalen Corona-Pandemie wurde unsere Regierungspolitik vor Aufgaben gestellt, deren Lösungen – auch finanziell – jede bislang bekannte Dimension übersteigen und die unter größtem zeitlichem Druck entschieden und umgesetzt werden müssen.

Fakt ist, dass Deutschland bislang im Verhältnis zu anderen Industrienationen weltweit diese Krise gesundheitlich, wirtschaftlich und sozial recht stabil bestanden hat. Gleichzeitig erleben wir, dass die Corona-Pandemie die Armen weltweit viel härter trifft als die Reichen, womit der Nährboden für sozialen Sprengstoff verstärkt wird. Das setzt nicht nur unsere europäischen Demokratien einem gewaltigen „Stress-Test“ aus, sondern vor allem die ohnehin armen und instabilen Länder. Die Corona-Pandemie ist darum für uns im Bundestag nicht nur eine nationale – sondern auch internationale – Herausforderung. Mit unserer EU-Ratspräsidentschaft ab 01. Juli 2020 haben wir bewiesen, dass wir – trotz „Brexit“ – den Nationalisten und Populisten die Stirn bieten und gerade in der Corona-Pandemie Europa durch Solidarität, Zusammenhalt und Tatkraft stark machen.

Lange vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie war klar, dass 2020 ein „Schicksalsjahr“ mit den wichtigsten Weichenstellungen für die Zukunft Europas sein würde, denn am 31. Dezember 2020 läuft der aktuelle „Mittelfristige EU-Finanzrahmen 2014-2020“ (MFR) aus und muss durch einen neuen MFR 2021-2027 ersetzt werden. Strittig war nicht nur das Volumen, das die Mitgliedstaaten einstimmig beschließen müssen, sondern vor allem, wer wie viel und vor allem wofür zahlt bzw. künftig an EU-Mitteln zu welchen Bedingungen erhält. Allen war klar: Diese Verhandlungen werden die schwierigsten in der Geschichte der EU – und dann kam Corona als zusätzliche Herausforderung und „Nagelprobe“ „on Top“.

Es war darum im März ein starkes Signal, dass Olaf Scholz mit den EU-Finanzministern einen 540 Mrd. Euro-Fond aus Liquiditätshilfen durchsetzte, in dem auch 100 Mrd. € für das Projekt SURE stecken, womit quasi in allen Staaten Europas (als Darlehen) eine Art Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise zur sozialen Absicherung der Beschäftigten finanziert werden konnte. Dieser Vorschlag war als „EU-Arbeitslosenrückversicherung“ von Olaf Scholz schon 2018 für den Fall einer künftigen Krise entwickelt und damals noch von CDU/CSU in „Bausch und Bogen“ abgelehnt worden – jetzt hat das Programm SURE 2020 in Europa positiv gewirkt. Im April folgte der deutsch-französische Vorschlag eines „Recovery-Fond“ als „EU-Konjunkturpaket“, der nach zähem Ringen am 21. Juli von 27 Staats- und Regierungschefs mit 750 Mrd. Euro – bestehend aus Zuschüssen und Darlehen – mit dem größten Haushalts- und Finanzpaket der EU-Geschichte von insgesamt 1,8 Bio. Euro beschlossen wurde. So will sich die EU gegen den historischen Wirtschaftseinbruch stemmen, den Binnenmarkt zusammenhalten und gleichzeitig nachhaltig in den Umbau der Wirtschaft mit den Schwerpunkten Klimaschutz und Digitalisierung investieren. Erst danach ab September konnte ein EU-Haushaltsentwurf 2021 als Vorschlag im Trilog zwischen EU-Parlament, Kommission und europäischem Rat verhandelt werden, wofür ich (wie 2018 und 2019) für die Bundesregierung verantwortlich bin. Das EU-Parlament hat die „Rechtstaatlichkeit“ als Bedingung für EU-Zahlungen

durchgesetzt. Nach wochenlanger Blockade durch das Veto von Polen und Ungarn gelang der deutschen EU-Ratspräsidentschaft am 10. Dezember die Einigung zum EU-Haushalts 2021, zum EU-Finanzrahmen bis 2027 und zum „Recovery-Fond“ von 750 Mrd. Euro. Das ist ein riesiger Erfolg mit Signal-Wirkung in schwierigster Zeit, an dem Finanzminister Olaf Scholz einen gewaltigen – und europaweit anerkannten – Anteil hat.

Jetzt kann es in allen europäischen Staaten gelingen, die Folgen der Corona-Pandemie zum Wohle der Menschen „abzufedern“. 2020 lag eine große Verantwortung für Europa auf uns: Als Sozialdemokrat*innen haben wir 2018 im Koalitionsvertrag der GroKo im 1. Kapitel ehrgeizige Inhalte für die Zukunft Europas durchgesetzt – 2020 war die Bewährungsprobe. Ich bin sicher: Wir haben sie bestanden!

WAHLKREISBÜRO: TEL. 04521-71611,
E-MAIL: BETTINA.HAGEDORN@WK.BUNDESTAG.DE
BUNDESTAG: TEL. 030-22773832,
E-MAIL: BETTINA.HAGEDORN@BUNDESTAG.DE
WWW.BETTINA-HAGEDORN.DE

GABRIELE HILLER-OHM



Seit 2002 vertrete ich die Hansestadt Lübeck und 27 Gemeinden in den Ämtern Berkenthin und Sandesneben. In dieser Wahlperiode betreue ich zudem die Stadt Neumünster für die SPD-Bundestagsfraktion mit.

In 2020 war meine Kreativität besonders gefragt, um Arbeitsabläufe zu regeln und mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu bleiben. So sind meine Arbeitstage geprägt von Telefon- und Videokonferenzen. Neue Formate helfen mir, im Gespräch zu bleiben. So habe ich zum Beispiel besonders während des „Lockdowns“ im März 2020 in regelmäßigen Abständen Telefonsprechstunden angeboten und viele Besuche im Wahlkreis alternativ als Videokonferenz abgehalten. Auch das beliebte Veranstaltungsformat „Fraktion vor Ort“ konnte in diesem Jahr trotz

aller Umstände digital umgesetzt werden. Diese Art von Terminen habe ich vor allem genutzt, um mich mit der Reisebranche in meinem Wahlkreis und außerhalb auszutauschen.

Auf Facebook und mit Pressemitteilungen informiere ich insbesondere meinen Wahlkreis über politische Entscheidungen und Entwicklungen auf Bundesebene. So kamen seit Januar 2020 94 Pressemitteilungen zusammen.

Während der Krise war es mir ein besonderes Anliegen, dass ich eingehende Bürgeranfragen schnellstmöglich beantworte. Dieses Angebot wurde stets gut angenommen.

TOURISMUS

Als tourismuspolitische Sprecherin koordiniere ich seit 2014 die tourismuspolitischen Vorhaben der SPD-Fraktion und bin im ständigen Austausch mit allen Akteur*innen aus Tourismuswirtschaft, Gewerkschaften und Politik.

In der aktuellen Krise ist der Austausch besonders wichtig und intensiv. So habe ich im Rahmen der Arbeitsgruppe Tourismus in diesem Jahr vier Videoschalten mit allen wichtigen Verbänden der Tourismusbranche geführt und an zahlreichen Gesprächen mit Bundesfinanzministerium und Bundeswirtschaftsministerium teilgenommen. Zudem habe ich in zahlreichen Presseinterviews den tourismuspolitischen Standpunkt der SPD-Bundestagsfraktion erläutert, beispielsweise im Deutschlandfunk. Im Wahlkreis habe ich in zumeist digitalen Veranstaltungen zu aktuellen Entwicklungen sowie staatlichen Hilfen informiert.

Politisch eingesetzt habe ich mich für umfangreiche und faire staatliche Unterstützung von Beschäftigten und Unternehmen in den Bereichen Gastgewerbe, Reisebüros, Reiseveranstalter*innen und Freizeiteinrichtungen in der Krise. In den aktuellen Verhandlungen zum Bundeshaushalt für 2021 haben wir nochmal zehn Millionen Euro für die Deutsche Tourismus Zentrale sowie eine Million Euro für das Kompetenzzentrum Tourismus festmachen können. Das Kompetenzzentrum Tourismus bietet im Übrigen mit dem Tourismus-Wegweiser ein tolles Tool an, mit dem man einen guten Überblick über den Verordnung-Wirrwarr der einzelnen Bundesländer bekommt.

Neben der Corona-Krise begleitet die Arbeitsgruppe Tourismus die Bundesregierung in der Erarbeitung und Umsetzung der Nationalen Tourismusstrategie.

ARBEIT UND SOZIALES

Auch die Arbeit im Ausschuss für Arbeit und Soziales war in weiten Teilen geprägt von der Corona-Pandemie. Mit den Sozialschutzpaketen I, II und III den November- und Dezemberhilfen sowie den Überbrückungshilfen III haben wir bislang nicht denkbare Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, um die dramatischen Folgen der Pandemie abzufedern. Das Kurzarbeitergeld, der vereinfachte Zugang zu Grundsicherung, die Verlängerung der Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld, die Regelungen zu Zuverdienstgrenzen und die Entschädigungen bei der Kinderbetreuung haben mit dafür gesorgt, dass Deutschland vergleichsweise gut durch die Krise gekommen ist. Durch die massive Nutzung der Möglichkeiten des Homeoffice, ist auch das Thema der Arbeitszeit wieder stärker in den Fokus der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. In diesem Zusammenhang setzen wir uns weiterhin für eine Umsetzung des EuGH Urteils zur Arbeitszeiterfassung ein. Eine konsequente Erfassung der geleisteten Arbeitszeit muss auch im Homeoffice gelten. Der Gesetzesentwurf von Hubertus Heil sieht das ausdrücklich vor.

Im Laufe des Jahres habe ich mich zudem kontinuierlich für ein starkes Lieferkettengesetz eingesetzt. Die Corona-Pandemie hat die Lage der Menschenrechte in vielen weniger gut entwickelten Ländern noch einmal drastisch verschlimmert. Dieses Engagement hat sich endlich ausgezahlt, das Lieferkettengesetz hat jetzt endlich konkrete Formen angenommen und wird im Deutschen Bundestag debattiert.

Unabhängig von Corona haben wir im Frühjahr das 7. SGB IV-Änderungsgesetz beraten und beschlossen, für das ich Berichterstatterin bin. Unser Ziel war es, Abläufe in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, der Rentenversicherung sowie in der Pflege- und Unfallversicherung zu vereinfachen und zu entbürokratisieren. Darüber hinaus haben wir eine Reihe von Vorgängen, wie etwa den elektronischen Abruf der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung durch die Krankenkassen digitalisiert. Insgesamt haben wir mit dem 7. SGB IV-Änderungsgesetz die Wirtschaft um 139 Millionen Euro, die Verwaltung um 54 Millionen Euro entlastet und den Bürgerinnen und Bürgern 4 Millionen Stunden Arbeitszeit im Jahr erspart.

WEITERE BEREICHE MEINER ARBEIT

Im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft bin ich stellvertretendes Mitglied. Weiterhin bin ich stellvertretende Sprecherin der Landesgruppe Schleswig-Holstein sowie Festmacherin der Küstengang, in der wir die maritime Politik für Norddeutschland vorantreiben. Innerhalb der Fraktion gehöre ich der Parlamentarischen Linken an und bin Mitglied der Obleute-Runde, in der sich alle fachpolitischen Sprecherinnen und Sprecher austauschen. Zudem bin ich Mitglied der deutsch-nordischen und der deutsch-west- und ostafrikanischen Parlamentariergruppe des Bundestages.

BUNDESTAGSBÜRO: TEL.: 030/227-73514,
E-MAIL: GABRIELE.HILLER-OHM@BUNDESTAG.DE
WAHLKREISBÜRO: TEL. 0451/3846895,
E-MAIL: GABRIELE.HILLER-OHM@WK.BUNDESTAG.DE
WWW.HILLER-OHM.DE
WWW.FACEBOOK.COM/GABIHILLEROHM
INSTAGRAM: HILLEROHM_SPD

SÖNKE RIX



Genau wie unser gesellschaftliches Leben war auch diese Wahlperiode zuletzt stark von der Corona-Pandemie geprägt. Ich bin seit 15 Jahren als Abgeordneter für den Kreis Rendsburg-Eckernförde im Bundestag, und dies ist nicht die erste Krise, die ich in dieser Zeit erlebt habe. Während der Finanzkrise im Jahr 2008 haben wir schnelle und wirksame Lösungen gefunden, um die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren. Die Corona-Pandemie ist jedoch anders; sie betrifft die unterschiedlichsten Bereiche unseres Lebens und vor allem die Gesundheit von uns allen. Die Strategien zum Umgang mit dem Virus müssen immer wieder an das aktuelle Infektionsgeschehen und an den derzeitigen Stand der Wissenschaft angepasst werden. Auch um die Folgen der Krise zu bewältigen, braucht es vielseitige Maßnahmen – und ihre stetige Überarbeitung. Das verlängerte und erhöhte Kurzarbeitergeld, der erleichterte Zugang zur Grundsicherung und die Soforthilfen für Unternehmen, Selbstständige und Künstler*innen haben vielen Menschen

ein Stück weit durch die Krise helfen können. Aber wir haben auch noch einen Weg vor uns. Nicht nur den Weg aus der Krise möchte ich als Verfechter eines starken und handlungsfähigen Sozialstaats weiterhin mitgestalten.

Ich bin Schleswig-Holsteiner, wohne und lebe hier mit meiner Familie. Der Austausch mit Bürger*innen und Genoss*innen ist mir sehr wichtig und ich freue mich über die Vielzahl an Gesprächen und Veranstaltungen, die ich in den letzten Jahren vor Ort im Wahlkreis sowie in meinen Betreuungswahlkreisen, Teilen von Nordfriesland und Flensburg-Schleswig, und zuletzt auch vermehrt online wahrnehmen konnte.

Als Bundestagsabgeordneter und Sprecher der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der SPD-Bundestagsfraktion setze ich mich für soziale Gerechtigkeit in all ihren Facetten ein – für den gerechten Zugang zu Bildung und Betreuung, für die Möglichkeit, auch im hohen Alter würdevoll und gut umsorgt zu leben oder mit einer Behinderung einer Arbeit nachgehen zu können und Wertschätzung zu erfahren, für Geschlechtergerechtigkeit. Und wir haben zuletzt einiges erreicht:

Im Juli 2019 ist das Starke-Familien-Gesetz in Kraft getreten, das gezielt Familien mit geringen Einkommen unterstützt, zum Beispiel dadurch, dass sie nicht länger Kita-Gebühren zahlen müssen. Seit Januar 2020 gilt auch Artikel zwei des Gesetzes, wodurch mehr Familien Zugang zum Kinderzuschlag erhalten.

Ende 2019 wurden die Verträge zwischen Bund und Ländern zum Gute-KiTa-Gesetz geschlossen, sodass die Förderung von mehr Personal, sprachlicher Bildung und weiteren acht Handlungsfeldern beginnen konnte. Bis 2022 investiert der Bund rund 5,5 Milliarden Euro in die frühkindliche Bildung. Begleitend zum Gute-KiTa-Gesetz haben wir mit dem Bundesprogramm Fachkräfteoﬀensive für Erzieher*innen gemeinsam mit den Ländern einen Impuls für ein attraktives Ausbildungsmodell gesetzt. Durch die dreijährige Förderung können sich Interessierte nun auch in Schleswig-Holstein vergütet und schulgeldfrei ausbilden lassen.

Im Oktober 2020 haben wir im Bundestag das Zweite Familienentlastungsgesetz beschlossen

und damit u. a. eine weitere Erhöhung des Kindergelds ab Januar 2021 um 15 Euro und eine entsprechende Anhebung des steuerlichen Kinderfreibetrags auf den Weg gebracht.

Die letzten Monate haben uns allen nochmals verdeutlicht, wie wichtig eine funktionierende Kinderbetreuung ist. Deswegen enthielt das Corona-Konjunkturpaket eine zusätzliche Milliarde Euro für den Ausbau von Kindertagesbetreuung. Eineinhalb Milliarden Euro extra haben wir wiederum für den Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung zur Verfügung gestellt. In Corona-Zeiten hat die SPD einmal mehr gezeigt, dass sie an der Seite von Familien steht.

Im März 2020 haben wir die „Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt“ ins Leben gerufen, die insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Regionen Engagement sinnvoll und nachhaltig unterstützen soll. Die Stiftung fördert zivilgesellschaftliche Projekte für Demokratie und gegen Extremismus. Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion bringen wir gerade eine Gleichstellungsstiftung auf den Weg und setzen uns damit für eine nachhaltige Gleichstellung in allen Lebensbereichen ein.

IN BERLIN:

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TEL.: (030) 227 – 77270

FAX: (030) 227 – 76270

E-MAIL: SOENKE.RIX@BUNDESTAG.DE

IM WAHLKREIS:

KANZLEISTRASSE 1, 24768 RENDSBURG

TEL.: (04331) 8685 – 765

FAX: (04331) 8685 – 745

E-MAIL: SOENKE.RIX@WK.BUNDESTAG.DE

IM INTERNET:

WWW.SOENKE-RIX.DE

[TWITTER.COM/SOENKERIX](https://twitter.com/soenkerix)

[WWW.FACEBOOK.COM/SOENKERIXMDB](https://www.facebook.com/soenkerixmdb)

[WWW.INSTAGRAM.COM/RIXSOENKE](https://www.instagram.com/rixsoenke)

DR. ERNST DIETER ROSSMANN



Seit 1998 vertrete ich den Wahlkreis 7 (Pinneberg) – meinen Heimatkreis – im Deutschen Bundestag und seit 2018 betreue ich darüber hinaus erneut den Wahlkreis 3 (Steinburg-Dithmarschen Süd) unter Einschluss von Dithmarschen-Nord.

Seit dem Eintritt in den Bundestag bin ich Mitglied des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (TA) und der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion, zuerst als stellvertretender Vorsitzender und dann neun Jahre als Vorsitzender und Sprecher. Seit Beginn der 19. Wahlperiode bin ich Vorsitzender des Bundestagsausschusses und Leiter der ständigen Berichterstatterrunde für die Technikfolgenabschätzung. Diese Funktion bietet weiterhin viele Einflussmöglichkeiten im Streiten für gute Bildung, für freie Wissenschaft und für zukunftsorientierte Forschung. Besonders bin ich stolz darauf, dass der Ausschuss auch inmitten der Corona-Pandemie unter teils schwierigen Bedingungen seiner Arbeit nachgehen und wichtige Vorhaben vorantreiben konnte. Mein Dank gilt hier auch den Mitarbeiter*innen und Kolleg*innen für den guten Austausch in der Sache.

Ehrenamtlich engagiere ich mich seit 2019 als Vorsitzender des Landesverbandes der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein und darf weiterhin amtieren als Ehrenvorsitzender des Deutschen Volkshochschulverbandes (DVV), dessen Bundesvorsitzender ich für 12 Jahre gewesen bin. Weiterhin bin ich im Beirat der Juso-Hochschulgruppen, seit 2018 Mitglied der UNESCO-Kommission, seit 2018 Mitglied im Kuratorium der Körber-Stiftung und seit 2013 Mitglied im Hochschulrat der Europa-Universität Flensburg. Parteilich gehöre ich dem SPD-Ortsvorstand in Elmshorn als Beisitzer und Ehrenvorsitzender an, nachdem ich von 1981 bis 2017 dessen Vorsitzender gewesen bin. Seit 2009 arbeite ich mit in der Grundwertekommission der SPD.

Mein Leitbild für die Verbindung zwischen Wahlkreisinteressen und Bundespolitik, zwischen Fachpolitik und der Praxis vor Ort ist immer die Verbindung von 6 Grundelementen gewesen, nämlich basisnah, bürgerorientiert, pragmatisch, zukunftsorientiert, links und frei zu sein! Die Formen der Ansprache, der Bürgerkontakte wie der Parteilarbeit haben sich dabei – wie bei den Kolleginnen und

Kollegen auch – ständig gewandelt. Auch wenn wir alle „digital“ werden, habe ich ausdrücklich nicht verzichtet auf Bahnstreckenverteilungen morgens um 6.00 Uhr, Informationsstände auf Marktplätzen und in den Stadtteilen, kleine Veranstaltungen mit Plakatierung, Briefkastenverteilungen meines Bürgerbriefes Elbblick, Sprechstunden und Radtouren und Begehungen etc.

Meine Erfahrung: Der Volksvertreter und „das Volk“ müssen sich bei aller Digitalisierung auch immer noch direkt gegenüberstehen und in die Augen gucken können. Corona hat hier auch für mich leider vieles verändert, verhindert und auch neue Idee hervorgebracht wie eine regelmäßige Telefonsprechstunde und monatlich „Die aktuelle Online-Stunde“ zu wechselnden Themen mit Expert*innen aus der Bundestagsfraktion und regionalen Gästen.

Die Arbeit für die Kreise Pinneberg, Steinburg und Dithmarschen lebt von den Anforderungen, Anregungen, Kontakten und den konkreten Projekten der Region. Wenn es da Erfolge gibt, ist die Freude groß: Klosterkirche in Uetersen, Dorfzentrum Borstel-Hohenraden, „Wilde Insel Pagensand“, Bahnstreckenrenovierungen in Elmshorn und Itzehoe; „Alte Apotheke“ in Glückstadt, neues „Bluehouse“ auf Helgoland und Investitionen beim Insel-Krankenhaus, Dithmarscher Landesmuseum in Meldorf, Digitalisierung an den Schulen und Mittel für das Berufsbildungszentrum des Handwerks in Elmshorn usw. Dies war nicht zuletzt durch die vielen engagierten Personen vor Ort möglich, die ich teilweise von der Bewerbung bis hin zur konkreten Auszahlung begleiten durfte. Aktuell arbeiten wir gemeinsam am Breitbandausbau, am Ausbau des Schienenverkehrs, der Umsetzung von Radverkehrskonzepten, der Kurzzeitpflege und der Schulmodernisierung.

Der ständige Austausch im Wahlkreis, aber auch überregional in Schleswig-Holstein und zu Fachthemen im Bundesgebiet und international als Ausschussvorsitzender bieten immer wieder neue Gelegenheiten, andere Perspektiven kennenzulernen und die „Berliner Politik“ rück zu koppeln. Gerade im Jahr 2020 der Pandemie, die uns als Weltereignis noch lange herausfordern wird, zeigt sich: Ein respektvoller, faktenbasierter Austausch von Meinungen, Haltungen, Erkenntnissen zu Bürgern wie zu Betroffenen und Beteiligten wie zu Experten geht nicht ohne die Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung und deren angemessener Kommunikation. Das heißt: Verstehen statt Meinen, bisheriges Denken in Frage stellen statt Glauben, demokratische Wege suchen und finden, statt

sich mit dem bloßen Vorzeigen von „Haltung“ oder Verkünden von Wahrheiten zufrieden zu geben.

Die konzeptionelle und politische Entwicklung und Förderung der Wissenschaftskommunikation ist eine der zentralen Aufgaben für mich in den letzten drei Jahren gewesen. Ich halte dies für ein ursozialdemokratisches Anliegen. Schon der alte Wilhelm Liebknecht sagte vor 150 Jahren: Wissen ist Macht – Macht ist Wissen. Die Corona-Pandemie hat erst recht gezeigt, wie wichtig es ist, wissenschaftliche Erkenntnisse und Ergebnisse von Forschung einem breiten Publikum zu vermitteln und für alle verständlich zu machen.

Mit Freude habe ich mich auch in allen anderen Bereichen für die Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsbelange von Schleswig-Holstein eingesetzt, sei es die Erhöhung der Bundesmittel für die Digitalisierung an den Schulen auf 5 Milliarden Euro im Rahmen des Digitalpakts, von denen Schleswig-Holstein 170 Millionen Euro erhält, und deren kurzfristige Corona-bedingte Aufstockung um 1,5 Milliarden, die Gesamtmittel des Bundes in Höhe von 3,5 Milliarden für den Aufbau bei den Ganztagschulen oder die Förderung bei der beruflichen Ausbildung und die Hochschulen. Dass hier die Fördermittel des Bundes jetzt unbefristet eingeplant werden können, ist eine große Hilfe für das Land und seine Hochschulen.

Neben der Stärkung der Wissenschaftskommunikation ist ein weiteres „Spezialthema“ für mich der EU-Bildungsraum. Was für alle Bildungsbereiche gilt und was wir in Schleswig-Holstein als Brückenland nach Skandinavien in die Ostsee und die Nordsee besonders gut wissen: Die Europa-Bildung wird immer wichtiger für den gemeinsamen Bildungs-, Arbeits- und Wirtschaftsraum Europa. Die Jugend muss Europa lernen und kennenlernen können – die Erwachsenen müssen Europa tiefer verstehen und besser vermitteln können. Der Bildungsaustausch ist für alle Abschnitte in der Bildungsbiographie auszubauen. Ich setze mich ein für das Konzept des Europa-Lehrers und Erasmus-Akademien zur Europa-Bildung für die Pädagog*innen in allen Abschnitten der Bildungsbiographie.

Das Jahr der Pandemie zeigt uns allen auf: Wir müssen größer, langfristiger, verknüpfter politisch denken und mutiger werden in unseren Zukunftsplänen und noch intensiver, realistischer und zuverlässiger aufklären über das, was notwendig ist und dafür werben. Knapp gefasst: Noch politischer werden. Das will ich als Auftrag mitnehmen in meine letzte Runde nach 33 Jahre als Volksvertreter im

Landtag und dann im Bundestag. Und das soll dann auch ab 2021 gelten für das politische Leben danach.

BERLIN

TEL.: 030/227-73447, FAX: 030/227-76318

E-MAIL: ERNST-DIETER.ROSSMANN@BUNDESTAG.DE
WAHLKREIS

TEL.: 04101/200639, FAX: 04101/553665

E-MAIL: ERNST-DIETER.ROSSMANN@WK.BUNDESTAG.DE
WWW.ERNST-DIETER-ROSSMANN.DE

DR. NINA SCHEER



Foto: Simon Bull

Den Wahlkreis 10 - Herzogtum Lauenburg/ Stormarn-Süd vertrete ich seit 2013 im Deutschen Bundestag. Seit der Bundestagswahl 2017 betreue ich zudem Stormarn-Mitte (Teil von Wahlkreis 8).

Meine beiden Wahlkreisbüros (Geesthacht und Ahrensburg) teile ich mir mit den dortigen Ortsvereinen und den Landtagsabgeordneten Tobias von Pein und Kathrin Bockey. Der Austausch mit Bürger*innen sowie Genoss*innen vor Ort ist mir ein besonderes Anliegen – Politik lebt von Kommunikation. Neben der Reihe der SPD-Bundestagsfraktion ‚Fraktion vor Ort‘ lade ich daher auch regelmäßig zu eigenen, zuletzt meist digitalen Veranstaltungsformaten ein.

Schleswig-Holstein galt lange als Energiewendepionier – für zukunftssichere Energie und Arbeitsplätze. Um die Erfolgsgeschichte der Energiewende mit weltweiter Ausstrahlungswirkung fortzuschreiben, gilt es zahlreiche Hemmnisse und den hierdurch blockierten Ausbau Erneuerbarer Energien zu beseitigen. Hierfür und für hiermit zusammenhängenden Ressourcenschutz wie auch für Biodiversität und den Erhalt von Lebensgrundlagen setze ich mich seit vielen Jahren ein.

Sowohl am Abwenden einer bundesweiten gesetzlichen Abstandsregelung für Windenergieanlagen, die bis zu 65 % Reduktion des Windenergieausbaus bedeutet hätte, als auch an der Beseitigung des sogenannten Solardeckels wirkte ich maßgeblich mit. Letzterer hätte ohne Streichung bei Erreichen von 52 GW Solarenergie (Mitte 2020) zu einem Förder-Ausbaustopp von Solarenergie geführt.

Auch der von mir 2018 als Online-Plattform initiierten ‚Sozialdemokratische Energiewende-Appell‘,

vgl. www.energiewende-appell.de, der inzwischen von über 1680 Unterzeichner*innen getragen wird, hatte an der genannten Entwicklung seinen Anteil. Aus der Initiative entwickelte sich ein Austausch-Forum, das auf meine Einladung in inzwischen zweiwöchigen Online-Treffen und bundesweit über 60 Teilnehmer*innen (steigende Tendenz) energiewendepolitische Forderungen diskutiert sowie Positionspapier- wie Forderungspapiere formuliert (vgl. energiewende-appell.de/wp-content/uploads/2020/09/2020-08-28-Forderungspapier_Der-beschleunigte-Umstieg-auf-Erneuerbare-Energien-ist-eine-sozialstaatliche-Pflicht.pdf).

Mein kontinuierliches Hinwirken auf die Steigerung der Ausbaupfade Erneuerbarer Energien und den Abbau von Hemmnissen hatte auch Einfluss auf die jüngsten Verhandlungserfolge im Zuge der EEG-Novelle, deren Fortsetzung in 2021 folgt.

Im Rahmen meiner Fraktions-Zuständigkeit für Atommüll verhandelte ich im Rahmen des Parlamentarischen Verfahrens zum Geologiedatengesetz unter anderem mehr Transparenz im Umgang mit der Veröffentlichung staatlicher und nicht-staatlicher Daten des geologischen Untergrunds im Zusammenhang mit der Suche nach einem Endlager für Atommüll.

Um Nachhaltigkeit stets als Bestandteil jedweder politischen Entscheidung mitzudenken, entwickelte ich für den Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung federführend ein Konzept zur Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsprüfung, welches der Beirat einstimmig verabschiedete. Anschließend verhandelte ich diese Ergebnisse als Auftrag zur Umsetzung in den Leitantrag zur Nachhaltigkeitswoche 2020. Wenn es im nächsten Schritt gelingt, dies gesetzlich umzusetzen, wird die Bundesregierung – als ein Bestandteil des Konzeptes – über einen Nachhaltigkeitskontrollrat jedes Gesetzesvorhaben auf seine sozial-ökologischen Auswirkungen zu überprüfen haben.

Als Rechtspolitikerin erarbeitete ich im Herbst 2020 ein Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion zum Whistleblower-Schutz, das im Dezember 2020 beschlossen wurde (www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktionsbeschluss_whistleblowing_20201215.pdf).

Es benennt die Handlungsbedarfe, um Rechtssicherheit zur Aufdeckung von gravierenden Missständen und Straftaten zu schaffen.

Zudem wirkte ich an der Haltung der Fraktion hin zu einem Verzicht des Ankaufes der Bewaff-

nung von Drohnen maßgeblich mit. In Folge einer daraufhin in der Fraktion geführten Diskussion und unter Verweis auf bestehenden öffentlichen Diskussionsbedarf wurde eine Beschaffung der Bewaffnung aktuell und für diese Legislatur verneint. Meine im Dezember 2020 veröffentlichte Positionierung ist auch als „Zwischenruf“ der SPD-Grundwertekommission erschienen (vgl. https://grundwertekommission.spd.de/fileadmin/gwk/Dokumente/GWK_ZWR_Jan2021_Final.pdf).

Für die SPD-Bundestagsfraktion initiierte und formulierte ich ein Positionspapier zum Schutz von Whistleblowern, das die Fraktion im Dezember verabschiedete und auf ein umfassendes Whistleblowerschutzgesetz zielt, auch in Bezug auf Geheimdienste (www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktionsbeschluss_whistleblowing_20201215.pdf).

Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie habe ich zudem erfolgreich Veranstalter*innen dazu aufgerufen, Tickets für nicht stattfindende Kulturveranstaltungen, wie Theater-, Konzerte- oder auch Kinobesuche anzubieten. Mit entsprechend benannten ‚Soli-Tickets‘ kann ein Beitrag zur Unterstützung des Kulturbetriebes geleistet werden. Dies wurde etwa vom Kleinen Theater Schillerstrasse, Geesthacht und Studierenden der Universität Potsdam, die daraufhin eine Online-Plattform programmierten, aufgegriffen.

Ein weiterer Erfolg für den Wahlkreis war die Installation einer sogenannten Heberleitung am Wehr in Geesthacht. Sie wird als Provisorium benötigt, um die Durchgängigkeit der Elbe für Fische am Wehr zu gewährleisten. Die Installation durch das Wasser- und Schifffahrtsamt durch Zustimmung seitens Vattenfall konnte gelingen, da ich alle Beteiligten, unter ihnen auch die örtlichen Umweltverbände, zu einem Runden Tisch zusammenbrachte, der auch Fortsetzung erfährt.

Funktionen im und für den Bundestag

- Vorsitzende des Beirates Energie, vzbv, Verbraucherzentrale Bundesverband
- Stellv. Vorsitzende des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung,
- Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit,
- Stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Umwelt in der SPD-Bundestagsfraktion,
- Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

-Stellvertretendes Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur
-Stellvertretendes Mitglied des Kuratoriums der Stiftung „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“

Partei

-Seit 2011 Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand
-Seit 2017 SPD-Kreisvorsitzende Herzogtum Lauenburg
-von 2015-2019 Mitglied des SPD-Landesvorstandes (keine erneute Kandidatur)
-Seit 1987 SPD-Mitglied

WAHLKREISBÜRO AHRENSBURG

TEL.: 04102-6916011

WAHLKREISBÜRO GEESTHACHT

TEL.: 04152-8054740

BERLINER BÜRO TEL.: 030-22773537

E-MAIL: NINA.SCHEER@BUNDESTAG.DE

WWW.NINA-SCHEER.DE

FACEBOOK.COM/NINASCHEER.SPD

MATHIAS STEIN



Seit drei Jahren vertrete ich mit großer Freude und viel Elan meine Heimatstadt Kiel sowie die Gemeinden Altenholz und Kronshagen (Wahlkreis 5) als direkt gewählter Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Ich bin ordentliches Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

und stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss sowie im Verteidigungsausschuss. Mein Engagement in den überfraktionellen Arbeitsgremien ist eng an meine Berichterstattungsthemen im Verkehrsausschuss geknüpft. So bin ich Koordinator der Parlamentsgruppe Binnenschifffahrt, Vorstandsmitglied der Parlamentsgruppe Radverkehr und Mitglied der Parlamentsgruppe Elektromobilität. Darüber hinaus bin ich stellvertretender Vorsitzender der deutsch-nordischen Parlamentariergruppe und innerhalb der Fraktion Mitglied der Parlamentarischen Linken.

Im Verkehrsausschuss vertreten zu sein, ist für Schleswig-Holstein mit seinen zahlreichen überregional bedeutsamen Infrastrukturprojekten immens wichtig. Der größte Erfolg, den ich als Berichterstatter für

Bürgerbeteiligung in den vergangenen zwei Jahren für unseren echten Norden erreichen konnte, waren die zusätzlichen 230 Millionen Euro, die Lübeck und die Region Ostholstein für übergesetzliche Lärmschutzmaßnahmen im Zuge des Baus der Schienenanbindung zur Festen Fehmarnbeltquerung bekommen werden. Wir können damit einen Großteil der Kernforderungen umsetzen, die das Dialogforum vor Ort im Rahmen der Bürgerbeteiligung aufgestellt hatte. Als Berichterstatter für Planungsbeschleunigung konnte ich außerdem dazu beitragen, dass die Marschbahn in das Maßnahmengesetzvorbereitungsgesetz aufgenommen wurde. Für das Planungsverfahren, den Lärmschutz, alternative Varianten oder Kompensationen für dieses Schienenprojekt zwischen Niebüll und Westerland ist damit der Deutsche Bundestag abschließend zuständig.

Darüber hinaus erfordert der Nord-Ostsee-Kanal weiterhin meine höchste Aufmerksamkeit. Die 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel, der Straßentunnel in Rendsburg und der Ersatz der Kleinen Schleusen in Kiel-Holtenau beispielsweise sind zentrale Infrastrukturmaßnahmen des Landes, die leider nur mühsam vorankommen. Beim Baustellenmanagement des Bundesverkehrsministeriums liegt leider viel im Argen, so dass so mancher Fortschritt in intensiven Berichterstatter-Gesprächen erst hart erkämpft werden muss. Einen großen sozialdemokratischen Erfolg konnten wir aber für den NOK verbuchen: Die Kanalgebühren wurden für 2020 und 2021 ausgesetzt. So bleibt der Kanal auch in der Pandemie attraktiv und wir verhindern, dass viele Schiffe den umweltschädlicheren Weg ums Skagerrak nehmen. Dafür habe ich mich gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Bettina Hagedorn hartnäckig eingesetzt.

Auch meine anderen Fachzuständigkeiten passen gut zu unserem Bundesland als Energiewende-Vorreiter: Als Berichterstatter der SPD-Bundestagsfraktion für Rad- und Fußverkehr sowie für Elektromobilität und alternative Kraftstoffe bin ich im Verkehrsausschuss für die solidarische Verkehrswende zuständig. Beide Bereiche haben finanziell sehr stark vom Klimaschutzpaket 2019 und den Konjunkturpaketen aus dem Jahr 2020 profitiert. Mit großzügigen Finanzhilfen für den Kauf von E-Autos und Wall-Boxen für die Garage sowie dem jetzt endlich gesetzlich geregelten Recht auf den Einbau von Ladeinfrastruktur für Mieter*innen und Besitzer*innen in Wohnungseigentumsgemeinschaften legen wir eine gute Basis für die Antriebswende im Automobilssektor. Als fahrradpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion habe ich mich besonders darüber gefreut, dass der Deutsche Bundestag am 17. Januar meinem Entschließungsantrag „Sicherer Radverkehr für Vision Zero im Straßen-

verkehr“ zugestimmt und damit das Bundesverkehrsministerium aufgefordert hat, den Schutz der Radfahrer*innen zu verbessern und die Attraktivität des Radverkehrs zu erhöhen. So sollen Kommunen künftig u.a. wesentlich leichter Tempo-30-Straßen anordnen können, ohne dass eine spezielle Gefahrenlage nachgewiesen werden muss. Bislang (Stand März 2021) widersetzt sich Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer allerdings diesem klaren Handlungsauftrag des Parlaments – wir bleiben aber an dem Thema dran!

Für die Arbeit im Wahlkreis gilt: In Pandemie-Zeiten muss man flexibel sein. Viele Veranstaltungen habe ich in den vergangenen Monaten ins Internet verlegt – beispielsweise die SPD-Umweltwoche 2020, die ich gemeinsam mit der Kieler SPD organisiert habe. Online-Veranstaltungen haben ja durchaus auch Vorteile: So konnten bei der Diskussionen zur Klimapolitik mit Fraktionsvize Matthias Miersch Interessierte aus ganz Schleswig-Holstein mit dabei

sein. Im Sommer habe ich dann wieder kleinere Veranstaltungen an der frischen Luft organisiert – ein besonderes Highlight war die Veranstaltung mit der ehemaligen Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zum Thema „5 vor 12 oder voll im Plan – wo stehen wir beim Klimaschutz?“ Zudem war ich viel mit meinem roten Lastenrad unterwegs, um mit vielen Menschen in meinem Wahlkreis einfach ein bisschen zu schnacken und zu hören, „wo der Schuh drückt“.

BÜRGERBÜRO KIEL „DOCK 1863“: 0431/70542410,
MATHIAS.STEIN.WK@BUNDESTAG.DE
BUNDESTAGSBÜRO BERLIN: 030/227-78121;
MATHIAS.STEIN@BUNDESTAG.DE
IM INTERNET: MATHIAS-STEIN.DE
FACEBOOK.COM/MATHIAS.STEIN.SPD/
TWITTER.COM/STONIE_KIEL
INSTAGRAM.COM/STEIN.MATHIAS/



Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich und Mathias Stein im Januar 2020 mit den Leihfahrrädern der „Sprottenflotte“ unterwegs in Kiel.

DIE ARBEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Von Delara Burkhardt, MdEP

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,

ich freue mich nach den wohl für mich spannendsten, intensivsten und lehrreichsten zwei Jahren meines Lebens, das erste Mal als eure Europaabgeordnete im Rahmen dieses Berichts zum Landesparteitag Rechenschaft abzulegen. Der Umfang eines Berichtes wie dieser reicht natürlich nicht ansatzweise aus, um all die wichtigen europapolitischen Fragen ausreichend zu behandeln. Von Entwicklungen zum EU-Haushalt, die gemeinsame Bekämpfung der Corona-Pandemie, sowie den Zustand und der Wahrung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Ich empfehle dazu die Lektüre meiner Newsletter, sowie die aktuellen Infos auf meiner Homepage und meinen Kanälen auf den sozialen Netzwerken für mehr Infos aufzusuchen. Hier werde ich mich nämlich auf meine parlamentarische Arbeit konzentrieren, die sich – wie üblich – auf die Arbeit in meinen Ausschüssen und den damit verbundenen inhaltlichen Zuständigkeiten konzentriert. Das heißt aber nicht, dass ich sehr gerne eure Ansprechpartnerin für alle europäischen Angelegenheiten bin, die euch beschäftigen. Gemeinsam mit meinem großartigen Team freue ich mich über eure Fragen, Kritik, Anregungen und Einladungen (Kontakt Daten findet ihr am Ende des Berichtes).

Mit dem „Europa-Eck“ in der Weißenburgstraße 36 in Kiel, haben wir uns Ende 2020 den Traum eines Ladenlokals erfüllt, das zum Reinspazieren und über Europa sprechen einlädt. Hoffentlich können wir es bald gebührend einweihen!

MEINE AUFGABEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Nach der Europawahl am 26. Mai 2019, bin ich mit dem ersten Zusammentreten des Europäischen Parlaments seit dem 2. Juli 2019 um 10 Uhr Mitglied des Europäischen Parlaments. Dort bin ich Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (kurz: ENVI). Dieser ist in dieser Legislaturperiode der größte legislative Ausschuss im Europäischen Parlament und besteht aus 69



Vollmitgliedern. Dort bin ich zuständig für die Themenbereiche internationale Klimapolitik, Biodiversität, Artenvielfalt, Kreislaufwirtschaft und Umweltstandards in internationalen Lieferketten.

Außerdem bin ich stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Der sogenannte LIBE zählt in dieser Legislaturperiode ebenfalls zu den größten Ausschüssen mit 60 Vollmitgliedern. Dort beschäftige ich mich vor allen Dingen mit Fragen der Asyl- und Migrationspolitik, Minderheitenpolitik sowie den Rechten der LGBTQI-Community.

Darüber hinaus bin ich Mitglied in zwei Delegationen des Europäischen Parlaments. Diese pflegen diplomatische Beziehungen zwischen der EU und Drittstaaten. Ich bin dort Vollmitglied in der Delegation für die bilateralen Beziehungen des Europäischen Parlaments zu Bosnien und Herzegowina und Kosovo. Aus meiner internationalen Arbeit bei den Jusos, sowie in der Friedrich-Ebert-Stiftung konnte ich bereits wertvolle Kontakte in diese Region pflegen. Der enge Austausch ist mir wichtig. Der Westbalkan gehört zu Europa, die Nachwehen des Konflikts dominieren und prägen den Alltag der Menschen in der Region bis heute. Die Perspektive eines EU-Beitritts ist für viele, vor allen Dingen junge Menschen,

in der Region Motivation und Hoffnung auf eine bessere Zukunft, Demokratie, Sicherheit und den Schutz von Menschenrechten, insbesondere für Minderheiten. Eine sehr bewegende Erfahrung war die Teilnahme an der ersten Pride in Sarajevo im September 2019.

Außerdem bin ich Stellvertretendes Mitglied in der Delegation für die Beziehungen zu Israel und Palästina. Dort fanden aufgrund der Pandemie bisher kaum Aktivitäten statt, ich bin über meine Arbeit im Vorstand des Willy-Brandt-Center Jerusalem e.V. jedoch im engen Austausch mit Partner*innen in der Region (siehe Mitgliedschaften).

MEINE PARLAMENTARISCHE ARBEIT

Da die Europäische Kommission erst seit Ende 2019 im Amt ist, war die parlamentarische Arbeit sehr stark von der Konstituierung des Parlamentes geprägt. Richtig „Fahrt“ nimmt die parlamentarische Arbeit erst seit dem Frühjahr auf. Die Pandemie veränderte aber auch unsere Arbeit und verzögerte einige Prozesse. Seit März finden die Sitzungen des Parlamentes auch digital statt. Statt Montag bis Donnerstag in Straßburg und Brüssel, bedeutete das viele Videokonferenzen – und nur in den dringendsten Fällen zu reisen.

... IM AUSSCHUSS FÜR UMWELTFRAGEN, ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT UND LEBENSMITTELSICHERHEIT (ENVI)

Umwelt- und Klimapolitik haben es von einem Randthema in das Herz der europäischen Debatte geschafft. Mit dem Green Deal gibt es – auf Druck der Sozialdemokrat*innen - einen Fahrplan für die dringend notwendige sozial-ökologische Transformation Europas. Der Green Deal besteht aus über 50 Maßnahmen: Von der Reform des Emissionshandels, über strengere Regeln für den Naturschutz im Rahmen einer Biodiversitätsstrategie, Reduzierung unseres Ressourcenverbrauchs bis hin zu nachhaltigen Lieferketten. Es geht aber nicht nur darum, den rechtlichen Rahmen für Umwelt- und Klimapolitik zu stärken, sondern auch dafür zu sorgen, dass der Wandel, den wir dazu brauchen sozial gerecht zugeht. Weitere Instrumente sind deshalb beispielsweise der sogenannte „Just Transition Fonds“ der insbesondere Regionen, die dieser Wandel besonders trifft, finanziell unterstützen soll, sowie eine Renovierungswelle, die Kommunen bei Investitionen für energetischen Sanierung unterstützen soll.

Ein persönliches Highlight in der Arbeit waren

das Vertrauen und die Verantwortung, die meine Fraktion mir mit der Erstellung eines legislativen Initiativberichts für einen „EU-Rechtsrahmen zur Eindämmung und Umkehrung der von der EU verursachten globalen Entwaldung“ entgegenbrachte. Zwar hat das Europäische Parlament kein eigenes Initiativrecht, kann aber mit dieser Form der Berichte die Kommission zum Handeln auffordern. Da Ursula von der Leyen ankündigte, alle Initiativen aus dem Parlament zu berücksichtigen, die eine Mehrheit finden, sind sie ein wichtiges Instrument. Als Verhandlungsführerin des Parlamentes durfte ich einen Vorschlag erarbeiten, der nach Monaten intensiver Arbeit und harten Verhandlungen am 22. Oktober 2020 eine Mehrheit im Plenum fand. Mein Bericht bildet nun eine Basis für einen Kommissionsvorschlag für verbindliche Regeln für die Sorgfaltspflicht von Unternehmen, welche Waren auf den europäischen Markt bringen, die ein potenzielles Risiko für Wälder und andere empfindliche Ökosysteme darstellen. Ähnlich zu den Debatten um das Lieferkettengesetz in Deutschland. Unternehmen sollten auf jeder Stufe der Wertschöpfungskette überprüfen, dass ihre Produkte nicht aus Entwaldung oder Menschenrechtsverletzungen stammen.

... IM AUSSCHUSS FÜR BÜRGERLICHE FREIHEITEN, JUSTIZ UND INNERES (LIBE)

Während die Arbeit im Umweltausschuss von Fortschritt geprägt ist, ist mein zweiter Ausschuss deutlich kontroverser und die Bretter, die es zu bohren gibt, noch dicker. Im Innenausschuss treibt mich vor allen Dingen das Thema der Asyl- und Migrationspolitik um. Mit einem sogenannten „Neuen Pakt für Migration“ möchte die Kommission die Blockade, die es vom Rat als Vertretung der Mitgliedstaaten seit 2016 gibt, lösen. Dreh- und Angelpunkt des Konflikts ist dabei die Frage der Verteilung, die momentan durch das Dublinverfahren geregelt ist und die Staaten an den EU-Außengrenzen alleine lässt. Die Folgen Europäischen Nicht-Handelns in der Frage lassen sich an der furchtbaren Situation Geflüchteter auf den griechischen Inseln sehen, die aufgrund des Brandes im Lager Moria in die öffentliche Debatte fand und – auch in Schleswig-Holstein – eine neue Welle der Solidarität entfacht haben. Hunderte Städte und Gemeinden stehen zur solidarischen Aufnahme der Menschen bereit, die unter furchtbaren hygienischen Bedingungen, ungeschützt vor Kälte und Nässe,

mitten in einer Pandemie zu Tausenden ausharren. Diese Aufnahme zu ermöglichen, dafür kämpfe ich im Europäischen Parlament. Langfristig brauchen wir aber eine Lösung, einen Neustart für die Europäische Migrationspolitik.

Für meine Fraktion habe ich außerdem eine Resolution des Europäischen Parlaments verhandelt, welche die Diskriminierung und Verfolgung der LGBTQI Community in Polen verurteilt.

Außerdem bringe ich mich im Bereich der aktiven Minderheitenpolitik ein. Mit der Dänischen Minderheit, der Friesischen Volksgruppe, den Sinti und Roma und der Deutschen Minderheit in Nordschleswig sowie dem europäischen Dachverband FUEN (Föderalistische Union Europäischer Nationalitäten) habe ich vor und nach der Europawahl einen intensiven Austausch gepflegt und tausche mich nach wie vor regelmäßig mit ihnen aus.

In konkreten politischen Vorhaben zeigt sich, wie eng der Schutz von Minderheiten mit der europäischen Ebene verbunden ist: So erarbeitet die Europäische Kommission derzeit eine neue EU-Roma Strategie. Außerdem haben wir uns als Europäisches Parlament in einer Resolution für die Umsetzung der Minority Safe Pack Initiative, die auch wir als SPD Schleswig-Holstein unterstützt haben, ausgesprochen und machen dort Druck bei der Kommission.

AKTIV IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

42 Wochen im Jahr ist Sitzungswoche im Europäischen Parlament. Montags bis donnerstags tagen die Ausschüsse in Brüssel und die Plenarwoche findet einmal im Monat in Straßburg statt. Das bedeutet für meine Arbeit vor Ort, dass ich vor allem am Freitag und am Wochenende Termine machen kann. Manchmal funktioniert es auch noch Montagvormittag. Die Pandemie hat natürlich auch meine Arbeit dort verändert/ eingeschränkt. Dennoch möchte ich von einigen Terminen von 2019 bis Anfang 2020 aber natürlich auch bis heute trotz COVID-Bedingungen berichten. Vor allem zum Thema Umwelt, Migration sowie Minderheiten habe ich viele Termine wahrgenommen. Sei es in Gesprächen mit Umweltschutzverbänden, Landwirt*innen, den Landesforsten, FridaysForFuture, Umweltbildungseinrichtungen, Einrichtungen zum Meeresschutz, Abfallhöfen, Umweltforschungsinstitute,

nachhaltigen Start-Ups, Flüchtlingshilfen, der Seebrücke, den Minderheitenvertretungen oder ihrer europäische Dachorganisation FUEN, Jugendhäusern und vielen weiteren.

Einer meiner liebsten Termine war aber immer der Freitagmorgen. Ich bin dann oft in Schulen gegangen und habe mit Schülerinnen und Schülern diskutiert. Hier und auch allgemein versuche ich immer zu vermitteln: Was passiert eigentlich auf europäischer Ebene? Wir wissen, bei welchem Supermarkt Angela Merkel einkauft, aber wir wissen viel zu wenig über den europäischen Alltag und wie europäische Politik funktioniert. Meine Social Media Kanäle ermöglichen außerdem einen transparenten Einblick in meine alltägliche Arbeit als Abgeordnete. Außerdem beantworte ich alle Nachfragen zeitnah direkt per Mail oder über Abgeordnetenwatch.de. Wer wissen will, mit wem ich mich im Detail getroffen habe, kann das in meinem Transparenzregister nachlesen. Anders als im Deutschen Bundestag ist es im Europäischen Parlament nämlich verpflichtend, alle Termine transparent zu machen, wenn man parlamentarische Funktionen innehat. Ich trage grundsätzlich alle meine Termine ein, um so transparent wie möglich zu arbeiten.

VERANSTALTUNGEN IN UND FÜR SCHLESWIG-HOLSTEIN

Neben meinen Besuchsterminen bin ich auch immer wieder zu Gast oder als Organisatorin bei Veranstaltungen in und für Schleswig-Holstein dabei gewesen. Danke an dieser Stelle für die vielen Einladungen zu euch in die Kreise und Ortsvereine. Seit dem Beginn der Corona Pandemie sind die digitalen Formate wie Online-Seminare, Podcasts oder „Insta-Lives“ viel stärker in den Fokus gerückt. Mit der Digitalisierung ging es dann sehr schnell. Einige Events möchte ich euch hier kurz vorstellen:

„MIT DEM GREEN DEAL AUS DER KRISE? Warum es auch nach der Coronakrise ambitionierte europäische Klimapolitik braucht und wie der Green Deal zum Kickstarter für die sozialökologische Wende wird“ Gemeinsam mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission und Kommissar für den European Green Deal, Frans Timmermans, sowie der Bundesumweltministerin Svenja Schulze und 450 Zuschauer*innen, habe ich den European Green Deal sowie Wege zu einer nachhalti-

gen und sozialen Zukunft diskutiert. Es war eine sehr spannende und vielfältige Diskussion. Auch für mich und mein Team war es das erste große Online Seminar, was es noch einmal besonders spannend gemacht hat!

„EUROPA-DENK-SCHULE“ Wir können Jugendliche für Politik und Demokratie begeistern. Wir müssen sie daran beteiligen und ihnen zeigen, dass sie ernst genommen werden. Um das zu erreichen, habe ich ein Herzensprojekt, die „Europa-Denk-Schule“, gestartet. 16 Schüler*innen der Immanuel-Kant-Schule haben mich bei meinem Pilotformat unterstützt. Damit habe ich ein neues Jugendbeteiligungsformat gestartet, indem Schüler*innen mich über einen längeren Zeitraum begleiten und beraten und das damit interaktiver und direkter über die Arbeit im europäischen Parlament informiert als ein einfacher Schulbesuch. Die erste „Europa-Denk-Schule“ hat mich zum „Schutz der europäischen und internationalen Wälder“ beraten. Bei meinem ersten Besuch in der Schule habe ich mich und meine Arbeit im Europaparlament vorgestellt, Fragen beantwortet und einen ersten Impuls zu unserem Thema gegeben. Bei einem zweiten Besuch hat der WiPo Kurs mir seine Vorschläge präsentiert. Mehr Infos über das Projekt und wie man es an die eigene Schule holt findet ihr auf meiner Homepage.

KEINE QUARANTÄNE FÜR DIE DEMOKRATIE Mitte April 2020 habe ich zusammen mit meinen Kolleginnen Katarina Barley und Klára Dobrev sowie über 60 Genoss*innen aus Schleswig-Holstein über die Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn diskutiert. Dort steht es momentan um die Menschen sowie die Demokratie sehr schlecht. So haben die national-konservativen Regierungen der PiS-Partei in Polen sowie der Fidesz-Partei in Ungarn ihre parlamentarischen Mehrheiten in den vergangenen Jahren genutzt, um die Grundwerte der EU systematisch zu untergraben. Es war mir sehr wichtig, dass wir das Online-Seminar veranstalten. Denn als Europäer*innen dürfen wir nicht wegschauen, wenn nationalkonservative Regierungen in Polen und Ungarn die Corona-Krise als Vorwand nehmen, um den Abbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie voranzutreiben. Ich bin froh, dass der Rat sich auf eine Rechtsstaatlichkeitsklausel hat einigen können. Nun müssen sie nur noch ihre Amtskollegen aus Polen und Ungarn überzeugen, die europäischen Werte, auf die wir uns alle geeinigt haben, auch einzuhalten.

UND WAS FÜR PROJEKTE GIBT ES SONST SO (AUSWAHL)?

BESUCHSFAHRT Jedes Mitglied des Europäischen Parlaments hat die Möglichkeit, politische Bildungsfahrten nach Brüssel und Straßburg anzubieten. Dabei wird es finanziell vom Europäischen Parlament unterstützt. Noch vor der Pandemie haben wir zum Ende des Jahres 2019 die erste und bis dato einzige Besuchsfahrt nach Brüssel unternommen. Leider mussten die nach Straßburg geplanten Fahrten im Jahr 2020 abgesagt werden. Vom 12.-14. November 2019 fand die Fahrt statt. Neben Gesprächen mit mir und dem Besuch im Europäischen Parlament, standen unter anderem Besuche beim norddeutschen Verbindungsbüro bei der EU, dem sogenannten Hanse Office, der Party of European Socialists (PES), beim Ausschuss der Regionen (AdR) an. Alle Infos rund um Besuche in Brüssel oder Straßburg gibt es auf meiner Homepage unter „Service“.

EYE 2020 Alle zwei Jahre bringt das Europäische Jugend-Event (EYE - European Youth Event, www.europarl.europa.eu/european-youth-event/en/home.html) tausende Jugendliche aus und jenseits der Europäischen Union im Europäischen Parlament in Straßburg zusammen, um ihre Ideen zur Zukunft Europas miteinander zu teilen und zu entwickeln. Als Europaabgeordnete haben wir die Möglichkeit eine Gruppe vorzuschlagen, die am EYE teilnimmt. Auch für 2020 hatten wir eine bunte Gruppe mit Teilnehmer*innen von den Jusos SH, der Seebrücke SH, FridaysForFuture Eckernförde, der Landeschüler*innenvertretung, vom Jungen Frauenbündnis Kiel e.V. sowie von der DGB Jugend SH zusammen gestellt. Leider wurde das Event aufgrund der Coronapandemie für 2020 abgesagt. Im Mai 2021 soll es dann einen neuen Versuch geben. Ob es dann jedoch schon möglich ist, wird der weitere Verlauf von COVID-19 zeigen.

PATINNENSCHAFT

Als Patin betreue ich zwei Projekte. Zum einen betreue ich Emma Lassen. Die Abiturientin ist für ein Jahr in Polen und hat ab dem 1. September 2020 einen Freiwilligendienst mit der „Aktion Sühnezeichen Friedensdienste“ (www.asf-ev.de/freiwilligendienst/) begonnen. Ihr Einsatzort ist in der Stiftung Kreisau für Europäische Verständigung im gleichnamigen polnischen Dorf Kreisau.

Dort findet man heute eine internationale Jugendbegegnungsstätte, bei dem Menschen aus verschiedenen Ländern mit einem vielfältigen Programmangebot voneinander lernen, ihren Horizont erweitern und Vorurteile abbauen können. Dafür unterstütze ich sie ein Jahr lang mit monatlich 15€ und werde von Zeit zu Zeit mit einem Bericht auf dem Laufenden gehalten.

Meine zweite Patinnenschaft ist im Zuge der Proteste der belarussischen Zivilgesellschaft aufgekommen. Dort habe ich die Gefangenen-Patenschaft für Aleh Mazhou übernommen. Nach den Präsidentschaftswahlen vom 9. August ging das Regime von Alexander Lukaschenko mit aller Härte gegen Gegenkandidat*innen, deren Wahlkampfteams, gegen Blogger*innen, friedliche Demonstrant*innen sowie Angehörige von Opposition und Zivilgesellschaft vor. Im Rahmen von Demonstrationen kam es immer wieder zu Festnahmen, nicht selten mit anschließender Misshandlung und Folter. Zu ihnen gehört auch der 25-Jährige Aleh Mazhou, dessen Freilassung ich ebenso forderte, wie die aller anderen unrechtmäßig Festgenommenen.

#WIRIMVIRUS „Was fehlt euch am meisten? Was macht euch Hoffnung?“ Unter dem Hashtag #wirimvirus, habe ich im November 2020 eine Woche lang Platz auf meinen Social Media Kanälen gemacht. Platz für junge Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten, Herausforderungen und Hoffnungen. Einblicke darin, wie die Pandemie Alltag für uns alle verändert. Mitgemacht haben u.a. eine Kosmetikerin, ein Pfleger, eine Schülerin, eine Studentin, zwei Gastronominnen, eine Veranstalterin und eine Person aus der Risikogruppe.

MITGLIEDSCHAFTEN

Ich bin Mitglied der Gewerkschaft ver.di und seit dem Jahr 2017 Teamerin für die gewerkschaftliche Berufsschularbeit der DGB-Jugend. Im Rahmen dieses Projekts werden Schülerinnen und Schüler an den beruflichen Schulen über ihre Rechte in der Ausbildung aufgeklärt. Ein Herzensehrenamt, was ich auch als Abgeordnete weitermache.

Seit 2018 bin ich Mitglied des Vorstands des Fördervereins des Willy-Brandt-Center Jerusalem e.V.. Dabei handelt es sich um ein Projekt, das durch Begegnung von jungen Menschen aus Israel und

Palästina, ganz nach dem Prinzip „Wandel durch Annäherung“, Vertrauen und Partnerschaft für Frieden aufbauen möchte. Gestartet während der Oslo-Friedensverhandlungen ist die politische Ausgangslage eine ganz andere. Dennoch ist das Willy-Brandt-Center eines der wenigen bilateralen Projekte, das die angespannte Lage überdauert.

Darüber hinaus bin ich Mitglied der Naturfreunde und des NABU. Eine große Ehre für mich ist außerdem die Aufnahme in den Mitgliederverein der Friedrich-Ebert-Stiftung durch den scheidenden Vorsitzenden Kurt Beck.

WAHLKREIS

DELARA BURKHARDT
SPD-EUROPAABGEORDNETE
EUROPA-ECK
WEIßENBURGSTRASSE 36, 24116 KIEL
ANSPRECHPARTNER*INNEN: MARC FRICKE,
PHILIPP MUNCK UND ANTONIA HEMBERGER
TELEFON: +49 (0) 431 – 289 316 02
E-MAIL: MOIN@DELARA-BURKHARDT.EU

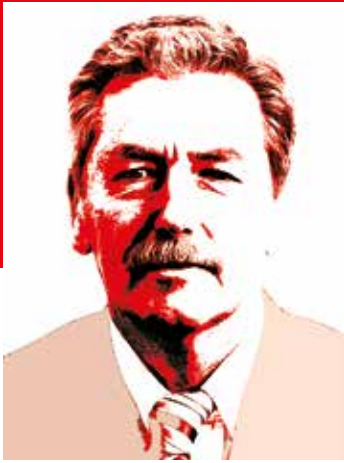
BRÜSSEL

DELARA BURKHARDT
RAUM ASP12G169
RUE WIERTZ 60, 1047 BRUXELLES
ANSPRECHPARTNER*INNEN: MARTA POLUSIK
UND GERRIT KRAUSE
TELEFON: +32 (0) 2 28 45672
FAX: +32 (0) 2 28 49672
E-MAIL: DELARA.BURKHARDT@EUROPARL.EUROPA.EU

WWW.DELARA-BURKHARDT.EU/



Foto: Bernd Marzi



WILLI PIECYK PREIS 2021

AUSSCHREIBUNG

AUSSCHREIBUNGSTHEMA 2021

Die SPD Schleswig-Holstein vergibt im Jahr 2021 zum fünften Mal den Willi Piecyk Preis. In unterschiedlichen Themenbereichen soll damit das Engagement für Europa gewürdigt und an Willi Piecyks Wirken erinnert werden.

Für das Jahr 2021 wollen wir Ideen, Initiativen und Projekte unter dem europäischen **Leitmotto „In Vielfalt geeint“** würdigen, die sich **mit der Gegenwart und Zukunft Europas aus künstlerischer und kultureller Sicht** kritisch und konstruktiv auseinandersetzen.

Kunst und Kultur sind sehr bedeutende Motoren, diese Vielfalt in Europa zu fördern und Einblicke in andere Kulturen zu geben.

Bewerben können sich Künstler*innen, Kulturschaffende, Studierende sowie alle, die in kultureller Hinsicht für die Idee des gemeinsamen europäischen Zusammenwirkens geworben oder dieses mit Leben erfüllt haben.

PREISGELD

Das Preisgeld in Höhe von **insgesamt 2.000 Euro** kann an einzelne oder mehrere Personen bzw. Gruppen oder Institutionen vergeben werden. Es können maximal bis zu drei Preise verliehen werden.

PREISVERLEIHUNG

Die Preisverleihung findet im Frühsommer 2021 statt. Die Preisträger*innen sowie alle Bewerber*innen werden rechtzeitig benachrichtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

ERSTMALIGE VERLEIHUNG IN 2011

Von 1992 bis zu seinem Tod 2008 hat sich der schleswig-holsteinische SPD-Europaabgeordnete Willi Piecyk für eine soziale und ökologische Politik in Europa eingesetzt.

Besonders bei jungen Menschen wollte er Verständnis und Engagement für ein gemeinsames Europa wecken.

JURY

Eine unabhängige Jury, die mit unterschiedlichen Akteur*innen besetzt ist, entscheidet über die Preisvergabe. Die Zusammensetzung der Jury ist auf der Preis-Homepage zu finden.

BEWERBUNGSDetails

Wir bitten darum, folgende Unterlagen einzureichen:

- Projektbeschreibung
- besonderer Beitrag des Projekts für das Thema
- gegebenenfalls öffentlich zugängliche Berichte über das Projekt (Zeitungs- oder Internetartikel)
- vorhandenes illustrierendes Material (Fotos, Videos usw.)
- Nennung der Beteiligten und
- ein/e verantwortliche/r Ansprechpartner/in mit allen Kontaktdaten.

Bewerbungsschluss ist der 15. Mai 2021.

Ein Formular zur Einreichung der Unterlagen findet sich unter dem Kurzlink:

<http://spd.sh/wpp21>

BEWERBUNGEN KÖNNEN BIS ZUM 15. MAI 2021 (POSTSTEMPEL) HIER EINGEREICHT WERDEN:

SPD LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN, NINA THIELSCHER

KLEINER KUHBERG 28-30, 24103 KIEL, TEL.: 0431-9060628, FAX: 0431-9060621

E-MAIL: NINA.THIELSCHER@SPD.DE oder unter www.spd-sh.de/willi-piecyk-preis/

IMMER DAS RICHTIGE ... AUS EINER HAND FÜR EURE PARTEIARBEIT VOR ORT!

Plakate, Flyer, Visitenkarten, Briefbögen, Türanhänger, Postkarten – **EINFACH INDIVIDUALISIEREN!**



Kulis, Baumwolltaschen, Saaten, Luftballons, Fruchtgummis – **MIT EUREM NAMEN UND LOGO!**



Viele besondere Werbeartikel **SOFORT LIEFERBAR!**



SHIRTSHOP-SPD.DE

SPD-Shirts, Jacken, Bierkrüge, Schirme, Handtücher und vieles mehr – alles individualisierbar!

SPD-STAUDIGL.DE

Eure Großflächen könnt Ihr hier ganz einfach über das Portal unseres Partners buchen!

>> JETZT MATERIALIEN BESTELLEN: SHOP.SP.DE

E-Mail: info@imageshop.de | Telefon: 030 / 25993 650